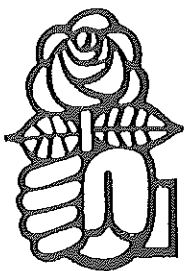


Jugend für Sozialismus



Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse



Eine **VORAN**-Broschüre

Preis: 2,50 DM

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Jugend in einer Klassengesellschaft	3
Jugendarbeitslosigkeit	4
Jugend im Betrieb	6
Jugend im öffentlichen Dienst	8
Jugend und Bildung	10
Jugend auf Wohnungssuche	12
Jugend und Freizeit	13
Jugend in der Bundeswehr	14
Jugend im Zivildienst	16
Jugend und demokratische Rechte	17
Frauen und Mädchen	19
Ausländische Jugendliche	21
II. Kapitalismus - Keine Zukunft für die Jugend	23
Wirtschaftskrisen des Systems	24
Aufrüstung und Kriegsgefahr	26
Umwelt und Verkehr	28
Atomenergie	30
Gesundheit	33
Neonazis	36
III. Der sozialistische Ausweg	39
Für eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise	40
Planwirtschaft: Trotz Bürokratie überlegen	40
Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung	41
Die Grenzen der Mitbestimmung	42
Für eine sozialistische Demokratie in Ost und West	44
Wer kann den sozialistischen Ausweg durchsetzen?	46
Für klassenkämpferische und demokratische Gewerkschaften	48
Unser Verhältnis zu den Grünen	50
Für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm	51
Für einen kämpferischen sozialistischen Juso-Verband	51

Impressum

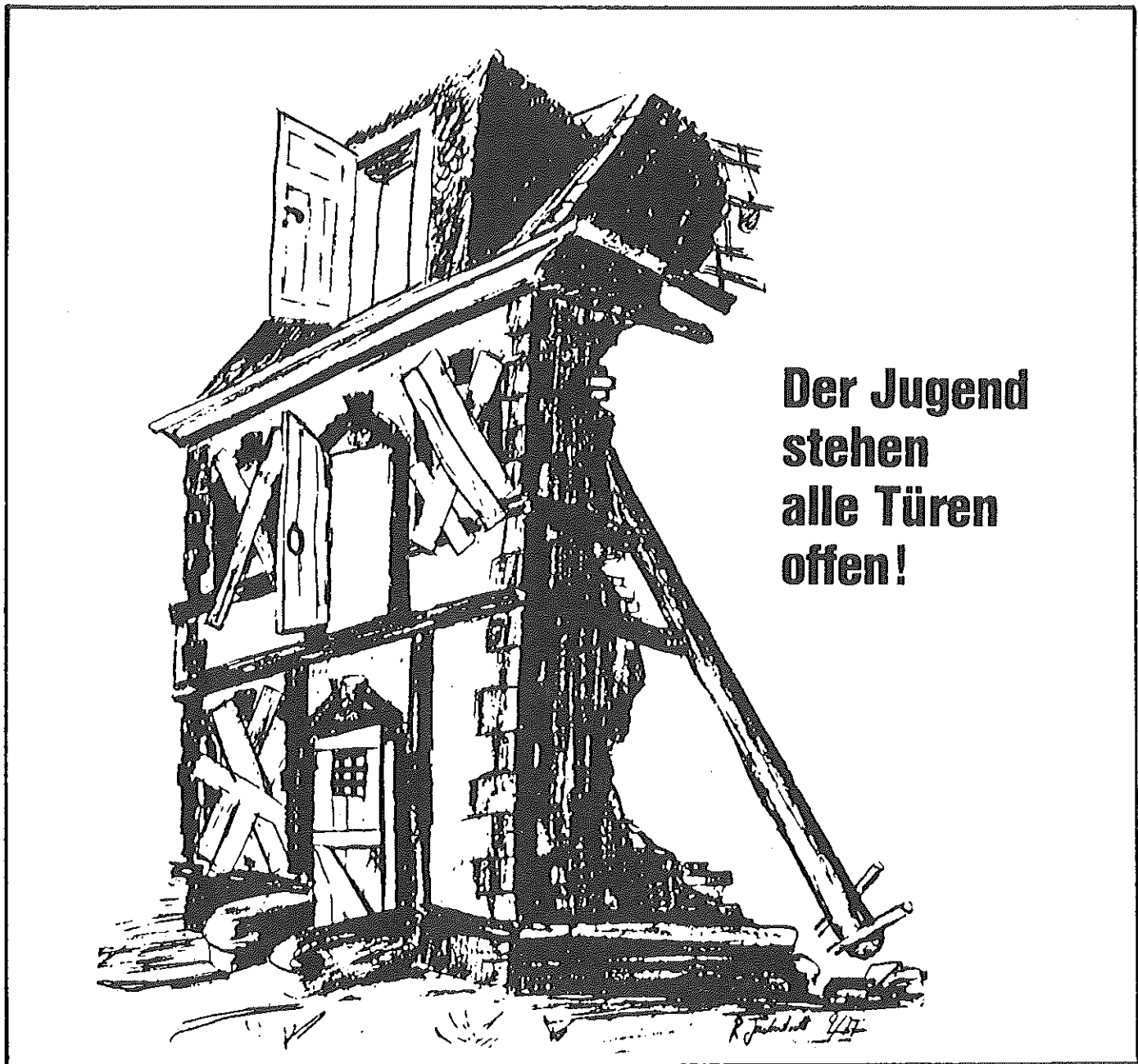
VORAN

zur sozialistischen Demokratie e.V.
5000 Köln 1, Hansaring 4
Telefon: 0221 / 134504

Bankverbindung: Postgiroamt Essen
Konto-Nr. 250059-430

Druck: Blitz-Druck GmbH
Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11

Voran ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern besteht. Finanziert wird Voran allein durch die Spenden von Lesern und Anhängern.



**Der Jugend
stehen
alle Türen
offen!**

Einleitung: Warum ein Jugendprogramm?

VORAN legt hiermit die 3. Auflage seines Jugendprogramms vor. An unserer grundsätzlichen Einschätzung muß nichts geändert werden. Unsere Aussagen, wie sie in der 1. Auflage von 1980 nachzulesen sind, wurden durch die Ereignisse der letzten Jahre bestätigt. Unsere Forderungen sind so aktuell wie vor Jahren. Sie sind aber brisanter geworden. Denn: Die wirtschaftliche Lage hat sich verschlechtert, das politische Klima hat sich verschärft. Und vor allem: Mehr Jugendliche sind bereit, für ihre Interessen zu kämpfen.

Doch das war erst der Anfang. Je mehr unsere Interessen künftig unter Beschuß

geraten durch die Unternehmer und ihren Staat, desto mehr werden wir gezwungen zu kämpfen. Die Frage ist aber: Wie können unsere Abwehrkämpfe erfolgreich sein und wie schaffen wir es, in die Offensive zu kommen und die Gesellschaft so zu verändern, daß sie unseren Interessen und Ansprüchen gerecht wird?

Unser Jugendprogramm gibt eine Antwort. Wir gehen auf die Hauptfragen ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen Alltagsprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Wir gehen davon aus, daß ein konse-

quenter Kampf gegen Angriffe von Unternehmern und Staat dazu führen muß, das Profitsystem insgesamt zu beseitigen. Deshalb ist dieses Programm ein Übergangsprogramm, d.h. ein Programm für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Das Programm allein wäre aber nur ein Fetzen Papier. Uns kommt es darauf an, die Jugend für diese Forderungen zu mobilisieren. Wir fordern die Leser deshalb auf, mit uns für die Durchsetzung dieses Programms zu kämpfen.

Redaktion VORAN
April 1988

I. Jugend in einer Klassen- gesellschaft

Wir leben im reichsten Land Europas. Aber wem gehört der Reichtum? 1,7% der Bevölkerung verfügen über 80% des gesellschaftlichen Reichtums. Eine winzige Minderheit besitzt den Großteil der Fabriken und produziert Güter. 87% der Erwerbstätigen haben nur ihre Arbeitskraft. Und die müssen sie an die Unternehmer verkaufen, damit sie einen Teil von den Werten, die sie produzieren, als Lohn zurückbekommen. Die Unternehmer und Aktienbesitzer leben dagegen von der unbezahlten Arbeit. Das ist ihr Profit. Diese Trennung in Produktionsmittelbesitzer und Lohnabhängige spaltet die Gesellschaft in zwei Klassen: Kapitalisten und Arbeiterklasse. Und diese Klassenspaltung prägt die ganze Gesellschaft bis in unser Privatleben hinein.

„Wir haben nichts vom Leben, wir haben uns alles überlegt, es ist besser, wenn wir es schnell hinter uns bringen, damit wir endlich Ruhe haben und die anderen. Es ist doch egal, wenn man stirbt, jetzt ist es sogar am besten, es kann sich dann keiner über uns ärgern, und wir fallen keinem zur Last. Die Schulausbildung ist so schwer und mühsam und die Berufsaussichten so mies und aussichtslos, daß wir keine Perspektive sehen. Wir suchen Wärme und finden keine, da hängt man in der Disco, aber da ist auch alles Scheiße und Mist. Gibt dir einer von den Typen 'ne Cola aus, verlangen die gleich, daß man sich an sie ranschmeißt. So machen wir Platz. Zwei Typen sind jetzt weniger, dafür ist ein Parkplatz freiiiiiii!“

Diese Bilanz zogen vier Jugendliche über ihr Leben im „Wohlfahrtsstaat“ BRD und nahmen sich 1984 das Leben. Und sie sind kein Einzelfall. Immer mehr Kinder und Jugendliche begehen Selbstmord. Der Drogenkonsum steigt. Die Jugendkriminalität nimmt zu.

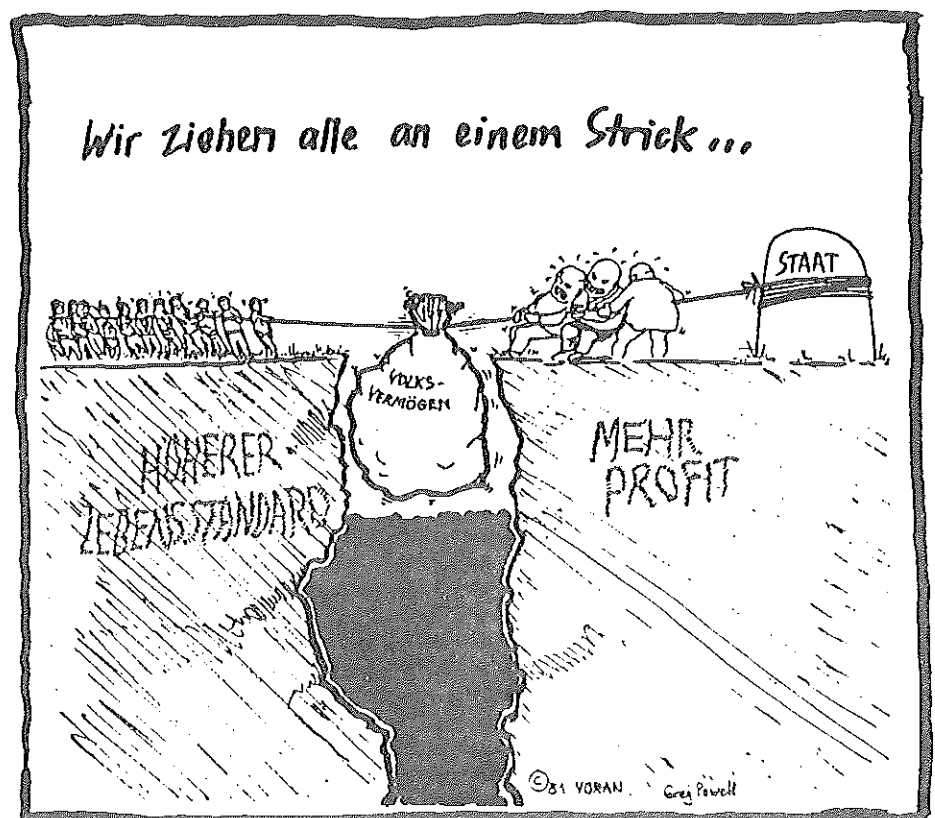
Die Unternehmer bestimmen, ob wir eine Lehrstelle oder einen Ausbildungsplatz bekommen. Also haben wir uns ihren Ansprüchen anzupassen. Das fängt

schon in der Schule an. Der aufgezwungene Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze führt zum Konkurrenzkampf in der Schule, im Studium und in der Ausbildung.

Die Produktion von Waren wird von den Profitinteressen bestimmt. Wenn die Unternehmer die von uns produzierten Waren nicht mehr absetzen können, schränken sie einfach die Produktion ein. Produktionskapazitäten sind ungenutzt. Menschen werden arbeitslos. Aber weil die Unternehmer trotzdem ihre Gewinne steigern wollen, werden die Löhne gedrückt und über den Staat von den Armen zu den Reichen umverteilt. So sind z.B. die Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen, Rentner, Ba-

fög- und Sozialhilfeempfänger von 1980 bis 1985 um 60 Mrd. DM gesunken, während die Gewinne der Kapitalisten um 70 Mrd. DM gestiegen sind (Spiegel 1/87).

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der Anteil der Nettolöhne an dem Gesamt-Nettoeinkommen lag '86 auf dem gleichen Niveau wie 1950: 58,1%. Aber diese 58,1% müssen sich heute 87% der Erwerbstätigen teilen, die lohnabhängig sind. 1950 waren weniger als 66% der Erwerbstätigen lohnabhängig. Bei den Steuern ist es genauso. Ein immer größerer Anteil an den Steuereinkünften des Staates wird von den Arbeitern aufgebracht. Der Anteil der Lohnsteuer stieg von 13% im Jahr 1969 auf





33% im Jahr 1983. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Körperschaftsteuer (für Unternehmen) von 9% auf 6%.

Wenn wir dann mit unserem Geld einkaufen gehen, bittet uns der Staat nochmals zur Kasse: Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Kaffeesteuer,

Biersteuer, Zuckersteuer, Getränkesteuer . . . und obendrauf kommt dann noch der dicke Batzen Mehrwertsteuer. Finanziert wird mit diesen Steuern in erster Linie ein Staatsapparat, dessen Aufgabe es ist, die Unternehmerinteressen gegen das Interesse der Masse der Bevölkerung zu verteidigen. Bundeswehr, Polizei, Gefängnisse, Bürokratie . . . sind die Kosten einer Klassengesellschaft. Denn die Freiheit der Unternehmer ist die Unfreiheit der Arbeiterklasse. Und um 90% der Bevölkerung in Unfreiheit zu halten, ist schon ein gewaltiger Staatsapparat nötig.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So steht es im Grundgesetz. Wert ist sie rund 400,- DM plus Warmmiete. So hoch ist der Sozialhilfessatz. Und immer mehr Jugendliche werden zu Sozialhilfeempfängern. 1986 waren fast 30% der Sozialhilfeempfänger Jugendliche und Kinder unter 18 Jahren. Das Arbeitslosengeld von Jugendlichen ist oft nicht höher als die Sozialhilfe. Das Bafög reicht hinten und vorne nicht. Und bei vielen Jobs verdienst Du gerade zuviel zum Sterben und zuwenig zum Leben. Alles gibt es zu kaufen. Die Supermärkte sind voll. Aber Du kannst Dir nichts leisten. Es gibt viel Stoff für Träume, wie alles sein könnte. Aber Dir fehlt das Geld und die Macht, die Träume zu verwirklichen. Und Du mußt zusehen, wie diejenigen, die schon reich sind, noch Subventionen und Steuererleichterungen bekommen.

Rüstungswahnsinn und Umweltzerstörung verstärken das Gefühl einer unmenschlichen Gesellschaft. Und von wegen Demokratie und Gleichheit vor dem Gesetz. Kein Manager des Chemie-Konzerns Sandoz wurde nach der größ-

ten Rheinverseuchung vor den Kadl gebracht. Kein einziger Haftbefehl wurde erlassen. Aber wehe, wenn die Schelben eines Supermarktes klirren oder in Wackersdorf der Bauzaun beschädigt wird. Dann ist der Landfriede gestört. Die „Störer“ bekommen einen Polizeiknüppel über den Schädel und werden dem Haftrichter vorgeführt.

Alle sind vor dem Gesetz gleich. Doch manche sind eben gleicher. Die Reichen können sich immer gute Rechtsanwälte leisten und finanziell ein viel höheres Risiko eingehen als die Masse der Bevölkerung. Und vor allem ist die Justiz keine neutrale Instanz, sondern eindeutig Klassenjustiz. Wer ein paar mal beim Schwarzfahren erwischt wird, hat die Alternative, ein paar Hundert Mark zu bezahlen oder ins Gefängnis zu wandern. Unternehmer, die Steuern hinterziehen oder gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen, werden mit Samthandschuhen angefaßt. Ist das soziale Gerechtigkeit?

Sicher, der Lebensstandard in der BRD ist allgemein noch relativ hoch. Aber je mehr das kapitalistische System in die Krise kommt, desto krasser wird der Unterschied zwischen arm und reich. Im langen Nachkriegsaufschwung fiel es den Unternehmern relativ leicht, unter dem Druck der organisierten Arbeiterbewegung Zugeständnisse zu machen. Die Klassenunterschiede wurden unter der Ideologie der Sozialpartnerschaft begraben. Diese Zeiten sind ein für allemal vorbei. Die Probleme, die wir in dieser Gesellschaft haben, machen immer deutlicher, daß die alten Gegensätze zwischen den Klassen immer noch bestehen und sogar wieder schärfer hervortreten.

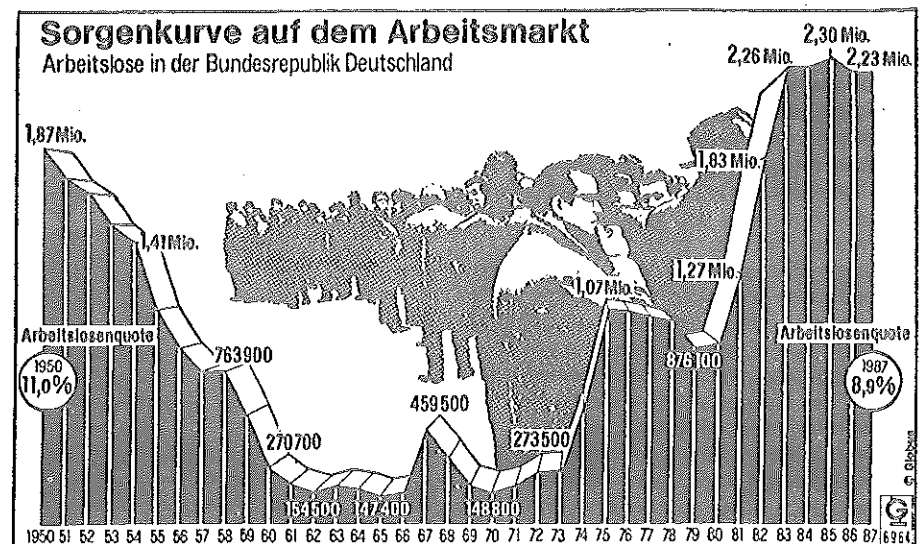
Jugendarbeitslosigkeit

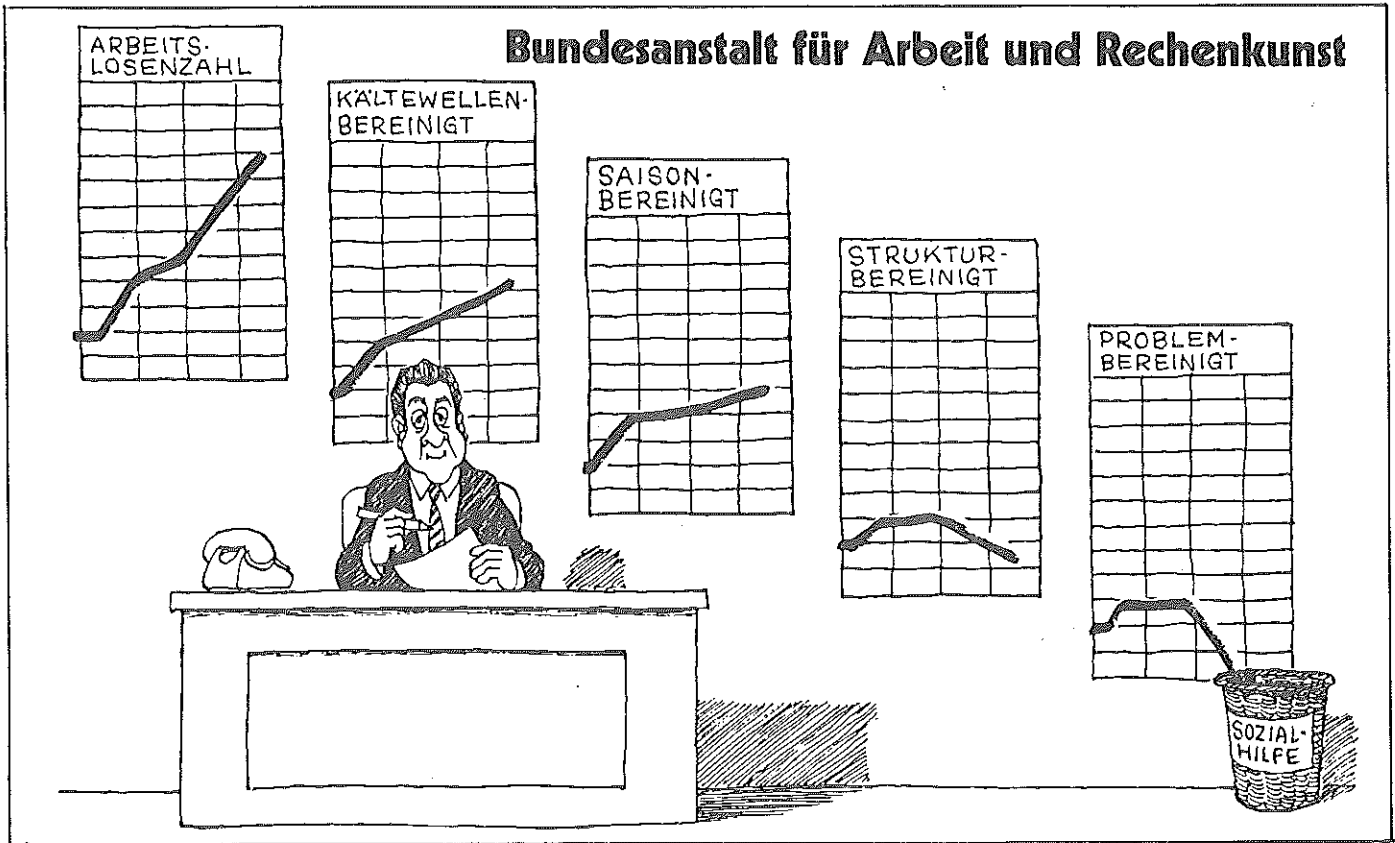
Bei der Schulentlassung geht's immer sehr feierlich zu. Der Direktor erzählt uns: Jetzt beginnt der Ernst des Lebens. Recht hat er. Der „Ernst des Lebens“ bedeutete 1986 für 1 Million Jugendliche unter 25 Jahren, arbeitslos zu sein. Diese Zahl nennt der DGB. Die offizielle Arbeitslosigkeit beschönigt das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit. Viele sind überhaupt nicht registriert. 400.000 hängen in „Warteschleifen“: Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr, freiwilliges soziales Jahr, Maßnahmen der Arbeitsämter und die einjährige Berufsfachschule.

Am schlimmsten betroffen sind Hauptschüler, Jugendliche ohne Schulabschluß, Mädchen, Sonderschüler und ausländische Jugendliche. Wer schon mal monatelang Dutzende von Betrieben abgeklappert hat, um eine Lehrstelle zu finden, der weiß, wie man sich hinterher fühlt. Wenn hinter einem noch 10 andere stehen, fragt man nicht lange, ob der angebotene Beruf überhaupt eine Zukunft

hat. Trotzdem – die Antwort ist meistens ein achselzuckendes: „Tut mir leid!“ Hört sich aber eher an wie: „Du bist für uns wertlos, wir brauchen Dich nicht!“

Jahr für Jahr bleiben laut Berufsbilanz des DGB rund 200.000 bis 250.000 Jugendliche unter 25 Jahren ohne jegliche Vollausbildung. 1985 wurden





697.000 Lehrverträge abgeschlossen. Das waren 8500 weniger als 1984. Die Großbetriebe in der Industrie bilden immer weniger aus. Auf 100 Beschäftigte in Großbetrieben kommen nur 2 Auszubildende. Im Handwerk und im Einzelhandel sind die Lehrstellen in den letzten Jahren stark in die Höhe gegangen. Hier werden Auszubildende als billige Arbeitskraft ausgebeutet. Von Ausbildung oft keine Spur. Und nach der Lehre werden die Verkäuferinnen, Kfz-Mechaniker, Bäcker, Friseurinnen und Arzthelferinnen wieder vor die Tür gesetzt. Platz frei für die nächsten Opfer. Jede 5. Friseurin und jeder 5. Kfz-Mechaniker werden nach der Ausbildung arbeitslos.

In den kommenden Jahren werden viel mehr Jugendliche eine Berufsausbildung abschließen als Erwerbstätige mit entsprechender Qualifikation aus dem

Beschäftigungssystem ausscheiden. Allein daraus schätzt der DGB eine Arbeitslosigkeit von einer Million bis 1995. Von den Ende September 1986 arbeitslos gemeldeten 20-24jährigen hatten über 50% eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Nur die Hälfte der offiziell registrierten Arbeitslosen unter 20 Jahren bekommen Geld vom Arbeitsamt. Die meisten jugendlichen Arbeitslosen gehen leer aus. Sie müssen ihren Eltern auf der Tasche liegen. Große Sprünge machen – das ist nicht drin. Hin und wieder findet man eine Gelegenheitsarbeit. Aber dazu vergeht einem schnell die Lust. Miese Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, man

wird herumgeschubst und ausgenutzt.

Ohne eigenes Einkommen kann sich keiner ein eigenes Leben aufbauen. Unabhängigkeit vom Elternhaus, eigene Wohnung? – Das bleiben unerfüllbare Träume. „Ich komme mir vor wie aus der Gesellschaft ausgestoßen“, hört man von Arbeitslosen. Sogar die meisten Gewerkschaften verwehren arbeitslosen Jugendlichen den Eintritt als Neumitglied.

Was bleibt? Auf der Straße oder in Kneipen rumhängen, den Frust aufstauen, bis er sich mal Luft macht. Kein Wunder: Schlägereien, Alkoholismus und Drogenabhängigkeit nehmen unter Jugendlichen zu. Das muß sich ändern!

Deshalb fordern wir:

- ▶ Arbeit oder vollen Lohn. Wir wollen nicht eine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben.
- ▶ Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle mit einem Mindestlohn von 1000,- DM netto ab 18 Jahren; finanziert durch eine Umlage aller Unternehmer. Auch wer nicht ausbildet, soll zahlen.
- ▶ Übernahmegarantie für alle Auszubildenden nach Abschluß der Lehre.
- ▶ Umwandlung aller Zeit- und Leiharbeitsplätze sowie ABM-Stellen in feste Arbeitsverhältnisse.
- ▶ Für eine offensive Kampagne aller DGB-Gewerkschaften zur Organisierung Arbeitsloser; Öffnung aller DGB-Gewerkschaften für Arbeitslose.
- ▶ 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten bei vollem Lohnausgleich, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung. Gleichmäßige Aufteilung der notwendigen Arbeit auf alle.
- ▶ Jede Firma, die mit Entlassungen droht, muß all ihre Geschäftsbücher offenlegen. Wir wollen wissen, wo die Profite hingekommen sind.
- ▶ Wenn die Unternehmer eine Firma schließen wollen, muß sie verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden.
- ▶ Wiederinbetriebnahme geschlossener Fabriken in Staatsregie und Aufnahme sinnvoller Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- ▶ Für ein massives öffentliches Programm zum sinnvollen Einsatz vorhandener Arbeitskräfte in Dauerarbeitsplätzen und bei voller tariflicher Bezahlung bzw. 1500,- DM Mindestlohn, um z.B. den Mangel an Wohnungen, Jugendzentren, Sportstätten, Krankenhäusern, Umweltschutzmaßnahmen zu beseitigen.

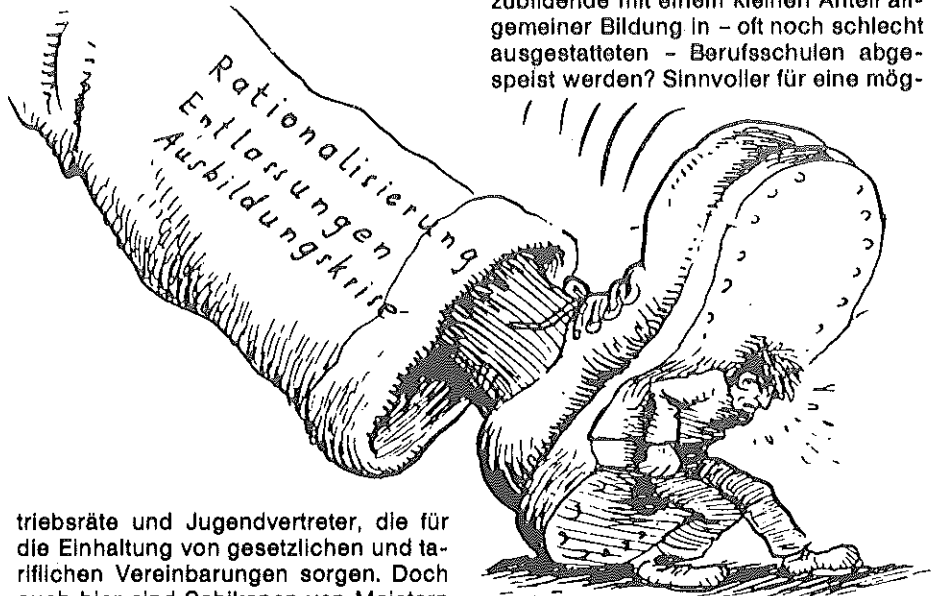


Jugend im Betrieb

Die einen werden durch Arbeitslosigkeit kaputt gemacht, die anderen durch zu viel Arbeit. Die Konsequenz müßte sein, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Nicht so in einer kapitalistischen Gesellschaft. Für die meisten beginnt bereits die Lehre mit harter Schufferei. Nur 14% der Auszubildenden wurden 1985 in Großbetrieben ausgebildet. 38% dagegen in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten und 25,3% in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Und in den Kleinbetrieben sind Auszubildende nichts anderes als billige Arbeitskräfte. Der Lehrstellenmangel wird sogar ausgenutzt, um Auszubildende in „Schnupferlehren“ bei Hungerlöhnen oder ganz ohne Lohn auszubeuten und gleichzeitig gnadenlose Auslese zu betreiben. In den Kleinbetrieben sind die Auszubildenden und Arbeiter dem Chef meist völlig ausgeliefert. Wagt es jemand aufzumucken, heißt es: „Wenn es Dir nicht paßt, kannst Du gehen, draußen warten Hunderttausende.“ Wer seine Lehre abbricht, hat schlechte Chancen, eine andere Lehrstelle oder einen Job zu bekommen. Sprüche wie „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ tun ihr übriges, daß die meisten Jugendlichen die Lehre in der Hoffnung durchziehen, danach würde alles besser.

Jährlich decken die Gewerbeaufsichtsämter 50.000 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz auf. Die Dunkelziffer ist weit höher. Die Kohl-Regierung hat sich bei der Reduzierung dieser Verstöße große Verdienste erworben. Mit der Änderung des Jugendarbeitsschutzes 1984 wurden sie einfach legalisiert. Doch selbst das neue, unter-

nehmerfreundlichere Jugendarbeitsschutzgesetz ist keine absolute Grenze für die Ausbeutung der Jugend. Selbst Kinderarbeit ist in der BRD keine Seltenheit (z.B. in Landwirtschaft, Gastronomie und Kleinbetrieben). Wer eine Lehrstelle in einem Großbetrieb oder im öffentlichen Dienst bekommt, kann von Glück reden. Hier gibt es Gewerkschaften, Be-



triebsräte und Jugendvertreter, die für die Einhaltung von gesetzlichen und tariflichen Vereinbarungen sorgen. Doch auch hier sind Schikanen von Meistern und Vorgesetzten an der Tagesordnung. Außerdem sind immer mehr Azubis älter als 18 Jahre. Das heißt, es sind immer weniger wahlberechtigt bei den Jugendvertreterwahlen. In vielen Betrieben können aus diesem Grund keine Jugendvertreter gewählt werden.

Auch die Ausbildungsinhalte lassen zu wünschen übrig. Das, was besonders

im praktischen Teil der Lehre im Betrieb vermittelt wird, könnte oft auch in kürzerer Zeit erlernt werden. Es wäre also von Gewerkschaften zu prüfen, inwieweit nicht so manche Lehre verkürzt werden könnte, ohne daß die Qualität darunter leidet. Die strikte Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Ausbildung sollte ebenfalls aufgehoben werden. Warum soll nicht ein Schüler der Sekundarstufe II (ab 10. Klasse) auch praktische, berufliche Ausbildungszweige belegen können? Und warum sollen Auszubildende mit einem kleinen Anteil allgemeiner Bildung in - oft noch schlecht ausgestatteten - Berufsschulen abgespeist werden? Sinnvoller für eine mög-

lichst umfassende Allgemeinbildung und Förderung praktischer Fähigkeiten wäre daher die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung.

Dazu muß die Ausbildung aus der Hand der Unternehmer, der Industrie- und Handelskammern herausgenommen werden. Berufsausbildung sollte eine Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung durch eine Kombination von schulischem, betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten sein.

Selbst die beste Ausbildung ist heute keine Garantie mehr für einen Arbeitsplatz. Immer mehr Auszubildende werden nach der Lehre arbeitslos. Nur rund 50% der Azubis arbeiteten nach ihrer Ausbildung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis im erlernten Beruf. Viele bekommen nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Dank „Beschäftigungsförderungsgesetz“ der Kohl-Regierung ist die Hälfte der Neueinstellungen nur noch befristet.

Die wachsende Arbeitslosigkeit wird von den Unternehmern benutzt, um die Belegschaften immer stärker auszubeuten. Die Löhne werden gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. In vielen Betrieben wird die Schichtarbeit ausgedehnt. Die einen machen Überstunden, die anderen Kurzarbeit. Mit den 1,5 Mrd. Überstunden, die 1985 geleistet wurden, hätten 952.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Leiharbeit als moderne Form der Sklaverei nimmt immer mehr zu.

Stark angestiegen ist die Zahl der Jugendlichen, die in ABM-Maßnahmen ge-

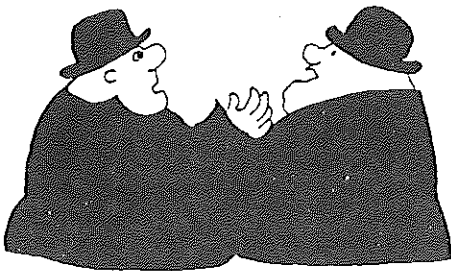


«Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Papa!»

steckt werden. Sie arbeiten als gewerbliche Arbeiter für 6 Mark Stundenlohn, als Angestellte bekommen sie etwa 70% des Tarifgehaltes, allerdings ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld. Da solche ABM-Maßnahmen in der Regel kürzer als 12 Monate sind, fallen viele danach aus der Arbeitslosenunterstützung. 1983 wurde sogar die Kindergeldberechtigung für Jugendliche in ABM-Maßnahmen gestrichen. Moderne Produktionstechnologien werden nicht eingesetzt, um Arbeitsplätze zu verkürzen und Arbeitsplätze humaner zu gestalten. Im Gegenteil. Eine Umfrage der IG-Metall im Jahre 1985 erbrachte folgendes Ergebnis: „Überfallartig dringen neue Techniken in die Werkhallen und Büros ein. Vorwarnzeiten durch umfassende Information und Schulung werden den betroffenen Arbeitnehmern nur ausnahmsweise gegönnt. Die oft versprochene arbeitserleichternde Wirkung von Computern und Robotern verkehrt sich ins Gegenteil. Streß, Hektik und gesundheitliche Belastungen nehmen weiter zu, das Betriebsklima wird noch frostiger. Der Vormarsch der kleinen Chips vergrößert die Sorge um Arbeitsplatz und Einkommen.“ Dabei hat die Rationalisierungswelle erst begonnen.

Eine andere Gefahr kommt von den Arbeitsstoffen. Die Zahl chemischer Arbeitsstoffe ist unüberschaubar. Täglich kommen neue hinzu. Sie dürfen in der Produktion verwendet werden, ohne daß man weiß, wie sie auf die Beschäftigten wirken. Berufsbedingte Krankheiten steigen enorm an, wobei der Arbeiter den Beweis erbringen muß, daß seine Krankheit von der Arbeit kommt.

Aber das Schlimmste steht uns erst noch bevor. Massenentlassungen und Betriebsschließungen, wie sie heute in den Krisenbranchen Stahl, Werften und Bergbau stattfinden, werden in den nächsten Jahren in allen anderen Branchen stattfinden. Hauptbetroffene werden die Jugendlichen sein. Viele werden niemals die Gelegenheit bekommen, überhaupt einen Betrieb von innen zu sehen – außer das Arbeitsamt. Immer weniger werden eine Lehrstelle bekommen. Und selbst die, die eine Lehrstelle erhalten, werden immer stärker ausgebeutet als ausgebildet. Diese Misere muß beseitigt werden.



„Was die heute nur immer haben mit den Lehrstellen und so.... Aktien braucht der Mensch, Anteile, Dividenden... Lehrstelle... habe ich nie eine gebraucht....“



Ich lerne jetzt „Fachhilfsbeweger“. Ist ein ganz neuer Ausbildungsberuf. Voll den Erfordernissen der Wirtschaft angepaßt: 3 monatige Multi-Ex-Stufenausbildung. Kann jetzt noch „Ober-Fachhilfsbeweger“ werden. -Echt geile Chancen hier, wenn Du Volksschule hast!

Deshalb fordern wir:

- ▶ Kein Auszubildender darf mit ausbildungsfremden Hilfstätigkeiten beschäftigt werden.
- ▶ Ein verschärftes Jugendarbeitsschutzgesetz, dessen Einhaltung von den Gewerkschaften überwacht werden muß. Keine Ausnahmeregelungen und keine Überstunden mehr. Für ein absolutes Verbot von Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche.
- ▶ Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben und Büros. Streikrecht für Auszubildende. Wahl einer Jugend- und Auszubildendenvertretung im Betrieb für alle Jugendlichen unter 18 Jahren sowie alle Azubis, egal welchen Alters.
- ▶ Ausbildung 'raus aus Unternehmerhand und unter demokratische Kontrolle von Auszubildenden, Gewerkschaften und Staat.
- ▶ Finanzierung der gesamten Berufsausbildung durch die Unternehmer (sie sind ja schließlich die Nutznießer).
- ▶ Eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung. Unser Wissen und Können darf nicht mehr auf die Erfordernisse eines einzigen Betriebes (des Ausbildungsbetriebes) zugeschnitten sein. Wir wollen eine breit angelegte, qualifizierte Berufsbildung:
 - Ausbildung von Facharbeitern hauptsächlich in überbetrieblichen Lehrwerkstätten;
 - hauptamtliche, pädagogisch qualifizierte Ausbilder für alle;
 - demokratische Kontrolle der Gewerkschaften über Lehrinhalte und -methoden;
 - Aufhebung des dualen Systems und Integration von berufs- und allgemeinbildenden Schulen.
- ▶ Einen Mindestlohn von 1000,- DM netto für Azubis und von 1500,- DM netto für alle Arbeitnehmer über 18 Jahre. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Eine gleitende Lohnskala, die gewährleistet, daß die Einkommen automatisch an die Preissteigerungen angepaßt werden.
- ▶ Einen garantierten und qualifizierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf nach Ende der Ausbildung.
- ▶ Umwandlung von ABM-, Leiharbeits- und befristeten Stellen in dauerhafte, qualifizierte Arbeitsverhältnisse.
- ▶ 30 Tage Mindesturlaub für alle. Zusätzlich 2 Wochen Bildungsurlaub für alle.
- ▶ Einsatz neuer Technologien im Interesse der Beschäftigten. Keine Abgruppierung, kein Wegfall von Sonderzuschlägen und keine Entlassungen bei Einführung neuer Techniken, sondern Arbeitszeitverkürzung und gegebenenfalls Umschulung ohne Lohnverlust für alle. Die Einführung neuer Technologien und Arbeitsstoffe im Betrieb muß der Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaft unterstellt werden. Einsatz der neuen Technologien und Arbeitsstoffe für die Ziele: Senkung der Arbeitszeit auf ein Minimum, Abbau der Schichtarbeit und Abschaffung gesundheitsschädigender Arbeiten.

Jugend im öffentlichen Dienst

„Ich geh' in den öffentlichen Dienst. Da verdien' ich zwar weniger, hab' aber eine bessere Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz.“ So dachten und denken noch immer viele Jugendliche. Doch die Zeiten haben sich geändert. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind rar geworden. Die staatliche Umverteilung hat die Beschäftigten im öffentlichen Dienst besonders getroffen. Der Streichung und Kürzung von Sozialleistungen fielen Ar-

Immer fettere Bezüge und Diäten und genehmigen sich ständig neue Stellen. Der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird dagegen Einkommensverzicht, intensiveres Arbeiten und Stellenabbau zugemutet. Der Staat soll eine Vorreiterrolle übernehmen im Angriff auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, damit die Unternehmer dann in der Privatindustrie umso leichteres Spiel haben. Öffentliche Dienstleistungen sol-

den und viele Stückgutbahnhöfe geschlossen werden sollen. Dahinter steckt das Profitinteresse der LKW-Lobby.

Im Personenverkehr sollen bis 1990 15.500 Bahnkilometer abgebaut werden. Fahrpläne sollen weiter ausgedünnt und gewinnbringende Dienstzweige privatisiert werden. Schon heute werden viele Azubis nur noch in minderqualifizierte Berufe übernommen.

Der Abbau der Bahn dient einzig und allein den Profitinteressen der Autoindustrie, Bauindustrie, Speditionen, Versicherungskonzernen und allen anderen Konzernen, die am Individualverkehr verdienen. Gleichzeitig wird eine enorme Verschwendung an gesellschaftlichen Ressourcen betrieben (Rohstoffe, Energie, Landschaft, Arbeitskraft). Es wird noch mehr Unfälle geben, die Umweltzerstörung durch Abgase wird fortschreiten. Nicht die Bahn ist der Defizitbetrieb im Verkehr, sondern der Auto- und LKW-Verkehr. Die Rechnungen werden bloß ständig gefälscht. Allein die gesellschaftlichen Folgekosten des Individualverkehrs betragen mehr als 40 Mrd. Mark im Jahr. Das jährliche Defizit der Bahn beträgt dagegen nur einen winzigen Bruchteil davon. Bei einem gesellschaftlich sinnvollen Einsatz der Mittel für das Verkehrssystem wäre bei einem geringen Aufwand ein weitaus effektiveres, schnelleres, bequemes und umweltfreundlicheres Verkehrssystem und Nulltarif im Personenverkehr möglich.

Bei der Bundespost soll es nach den Plänen der Regierung zu den größten Angriffen aller Zeiten kommen, mit katastrophalen Auswirkungen für die Postbeschäftigten und die „kleinen“ Postkunden – die Masse der Bevölkerung. Großkunden der Post (Großfirmen) und multinationale Konzerne im Bereich der Telekommunikation wollen das Post- und Fernmeldewesen voneinander trennen und das Monopol der Post aufgeben, mit



beitsplätze im Sozialbereich zum Opfer, überall wurden Planstellen gestrichen, Besetzungssperren oder ein totaler Einstellungsstopp verhängt, Auszubildende wurden zum Teil nicht mehr übernommen, Ausbildungsvergütungen in den Krankenhäusern gekürzt, Zulagen gestrichen. Das Personal muß jährlich Millionen Überstunden leisten und hat ständig Urlaubsrückstände. Im Schichtdienst können oft die vorgeschriebenen Ruhepausen nicht eingehalten werden. 1983 wurde vom Bundesinnenminister sogar eine Nullrunde für den öffentlichen Dienst gefordert.

Der Arbeitskräftemangel in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes hat zu langen Wartezeiten an den Schaltern und bei den Ämtern geführt. Der Service wurde verschlechtert. In den Krankenhäusern ist eine ausreichende Versorgung und Betreuung der Patienten nicht mehr zu gewährleisten. Obwohl Tausende von Ärzten, Krankenschwestern und -pfleger arbeitslos sind, werden sie nicht eingestellt. Auszubildende und Zivildienstleistende ersetzen ausgebildetes Personal. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und die Krise der Staatsfinanzen soll auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgetragen werden. Von den Kürzungen verschont bleiben natürlich die hohen Staatsbeamten und die Abgeordneten. Sie kassieren

len privatisiert werden, wenn Profite erwirtschaftet werden können. Hinter dieser Forderung verbirgt sich auch die Schwierigkeit der Unternehmer, ihr Kapital in anderen Bereichen profitbringend zu verwerten.

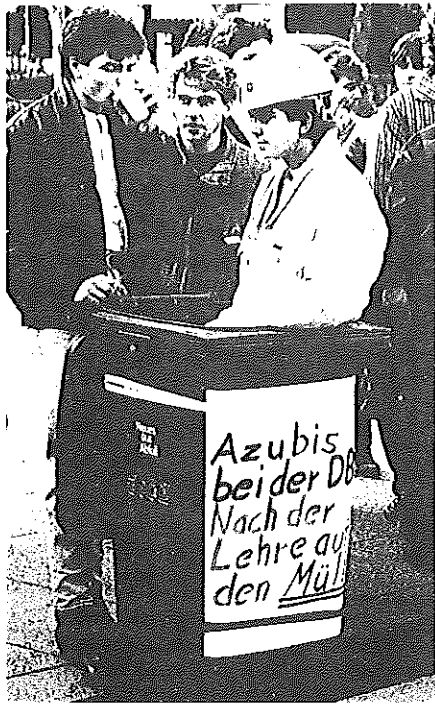
Auf Bundespost und Bundesbahn ist ein Generalangriff geplant. Das sieht bei der Bahn so aus, daß auf vielen Bahnhöfen die Güterabfertigung eingestellt wer-



dem Ziel der Privatisierung des Fernmeldewesens oder anderer gewinnbringender Bereiche. Bereiche, die Verluste bringen oder jahrzehntelang hohe Investitionen verlangen, sollen bei der Post bleiben. Die Paketzustellung, bei der bereits vor Jahren das Postmonopol aufgehoben wurde, macht das deutlich. Das flache Land und den Kleinkram kann die Post übernehmen, die dicken Brocken reißen sich „United Parcel Service“ (UPS) und andere private Zusteller unter den Nagel. Verluste werden sozialisiert, Gewinne privatisiert.

Ein neues Management bei der Post soll gleichzeitig dafür sorgen, daß rationalisiert, d.h. Personal abgebaut und die Arbeit intensiviert wird. Für den normalen Postkunden bedeuten die Pläne der Regierung Verschlechterungen bei der Post- und Zeitungszustellung, Gebührenerhöhungen für Postversand und Telefongebühren, allgemeine Verschlechterungen des Services.

Die Angriffe auf die öffentlichen Unternehmen werden oft mit dem bürokratischen Leerlauf gerechtfertigt, der dort herrscht. Die staatliche Bürokratie wurde aber nicht von den einfachen Arbeitern, Angestellten und Beamten installiert,



sondern von den Kapitalisten, die den Staat in der Hand haben und oft an der Spitze der staatlichen Unternehmen sitzen. Staatliche Unternehmen, die sich unter der Kontrolle des Kapitals befinden, orientieren sich nicht an den Interessen der Masse der Beschäftigten, sondern an den Interessen des Kapitals. Sie sind in der Regel die unprofitablen, aber notwendigen Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft. Und als solche sind sie genauso undemokratisch geführt wie jeder kapitalistische Betrieb, nur mit dem Unterschied, daß die Chefs hohe Staatsbeamte sind.

Das Beamten(un)recht wurde geschaffen, um die Belegschaften im öffentlichen Dienst zu spalten und zu diszi-



Die Krise der kommunalen Haushalte ist Folge der kapitalistischen Wirtschaftskrise.

plinieren. Beamte dürfen nicht streiken. Sie müssen sogar Streikbrecherarbeit leisten, falls die Arbeiter und Angestellten in den Streik treten. Sie sind zu besonderer Unterwürfigkeit dem Staat gegenüber verpflichtet. Die Wahrnehmung von demokratischen Rechten kann Disziplinarmaßnahmen oder sogar Berufsverbot zur Folge haben. Der Verdienst von Beamten ist im einfachen und middle-

ren Dienst niedriger als bei Angestellten oder Arbeitern. Sie sind gezwungen Nebenaktivitäten aufzunehmen, um ihre Existenz zu sichern. Der sichere Arbeitsplatz hat einen unverschämten hohen Preis.

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgetragen werden.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Stopp dem Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst.
- ▶ Einstellung aller ausgebildeten Sozialarbeiter, Erzieher, Kindergärtner, Ärzte, Krankenhauspersonal und aller anderen ausgebildeten Kräfte des öffentlichen Dienstes.
- ▶ Übernahme aller Auszubildenden des öffentlichen Dienstes in ein festes Arbeitsverhältnis entsprechend ihrer Qualifikation.
- ▶ 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- ▶ Für einen garantierten Mindestlohn von 1500,- DM netto und einen entsprechenden Mindestlohn bei Teilzeitbeschäftigung. Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit.
- ▶ Keine Privatisierung von staatlichen Betrieben und Bereichen des öffentlichen Dienstes.
- ▶ Für den vollständigen Erhalt des Postmonopols bzw. Wiedereinführung des Postmonopols im Paketdienst mit garantierter Übernahme der Beschäftigten von privaten Paketzustellerfirmen.
- ▶ Massiver Ausbau der Leistungen von Bahn und Post, insbesondere Ausbau des Schienennetzes und bessere Verbindungen im Personenverkehr bei gleichzeitiger Reduzierung des Straßenbaus bzw. Stopp des Baus von Autobahnen und Bundesstraßen.
- ▶ Einführung des Nulltarifs im öffentlichen Personenverkehr.
- ▶ Güterverkehr soweit wie möglich weg von der Straße auf die Schiene bei garantierter Übernahme der LKW-Fahrer und Angestellten von Speditionen in den öffentlichen Dienst.
- ▶ Schluß mit der Spaltung in Arbeiter, Angestellte und Beamte. Streikrecht für alle. Für ein einheitliches, demokratisches Dienstrecht im öffentlichen Dienst mit Arbeitsplatzgarantie für alle.
- ▶ Abschaffung der Kontrolle des Kapitals und der Bürokratie in staatlichen Unternehmen und Dienstleistungsbetrieben. Ersatz der undemokratisch zustandekommenen Verwaltungsräte, Vorstände und ähnlichen durch einen demokratisch gewählten Rat aus je einem Drittel Belegschaftsvertreter, Gewerkschaftsvertreter und Vertretern des Staates. Die 2/3 Arbeitervertreter müssen jederzeit rechen-schaftspflichtig und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als ein durchschnittliches Einkommen im öffentlichen Dienst.
- ▶ Ausbau der Mitbestimmungsrechte zur Arbeiterkontrolle in allen staatlichen Betrieben und Einrichtungen; Wahl der Vorgesetzten und jederzeitige Abwählbarkeit.

Jugend und Bildung

Ohne Moos nix los. Das gilt nicht nur für arbeitslose Jugendliche, sondern auch für Schüler und Studenten. Als schwächste Glieder in der Familie müssen sie oft die stärksten Einschränkungen hinnehmen. Viele Eltern können es sich nicht leisten, ihren Kindern regelmäßig Taschengeld zu geben. Die Kohl-Regierung hat zu allem Übel das Schülerbafög gestrichen und das Studentenbafög auf Vollدارlehen umgestellt. Nur 27% der Studenten erhielten 1985 überhaupt

die Profite. Dies zeigt: das kapitalistische Bildungssystem ist nicht nach unseren Interessen gemacht.

Die Kohl-Regierung hat mit ihrer Bafög-Streichung dafür gesorgt, daß weniger Kinder aus Arbeiterfamilien höhere Schulen und Hochschulen besuchen können. Der Anteil der Studenten aus der hohen Einkommenschicht ist nach einer Erhebung von 1982 bis 1986 um 4% gestiegen, während der Anteil aus mittleren und unteren Einkommenschichten

gesunken ist. 1985 besuchten nur 18% aller Arbeiterkinder ein Gymnasium.

Der Traum von der Chancengleichheit für alle ist vorbei. Wer trotz Konkurrenz- und Leistungsdruck die eine oder andere Hürde im Bildungssystem bewältigt, dem stehen noch längst nicht alle Türen offen. Wer z.B. das Abi geschafft hat, kann noch lange nicht studieren. Nicht jeder kann das Geld dazu aufbringen, zumal jetzt auch noch Studiengebühren eingeführt wurden. Der Numerus Clausus schränkt von vornherein die Fächerwahl ein. Viele Studiengänge sind heute ohne Perspektive für einen entsprechenden Arbeitsplatz. Folglich weichen viele Abiturienten auf Lehrberufe aus. Wegen des Lehrstellenmangels verdrängen sie dort die Realschüler. Die Realschüler verdrängen die Hauptschüler, und die wiederum die Sonderschüler.

Der zweite Bildungsweg wird verbaut. Mit langen Wartezeiten sollen Interessenten abgeschreckt werden.

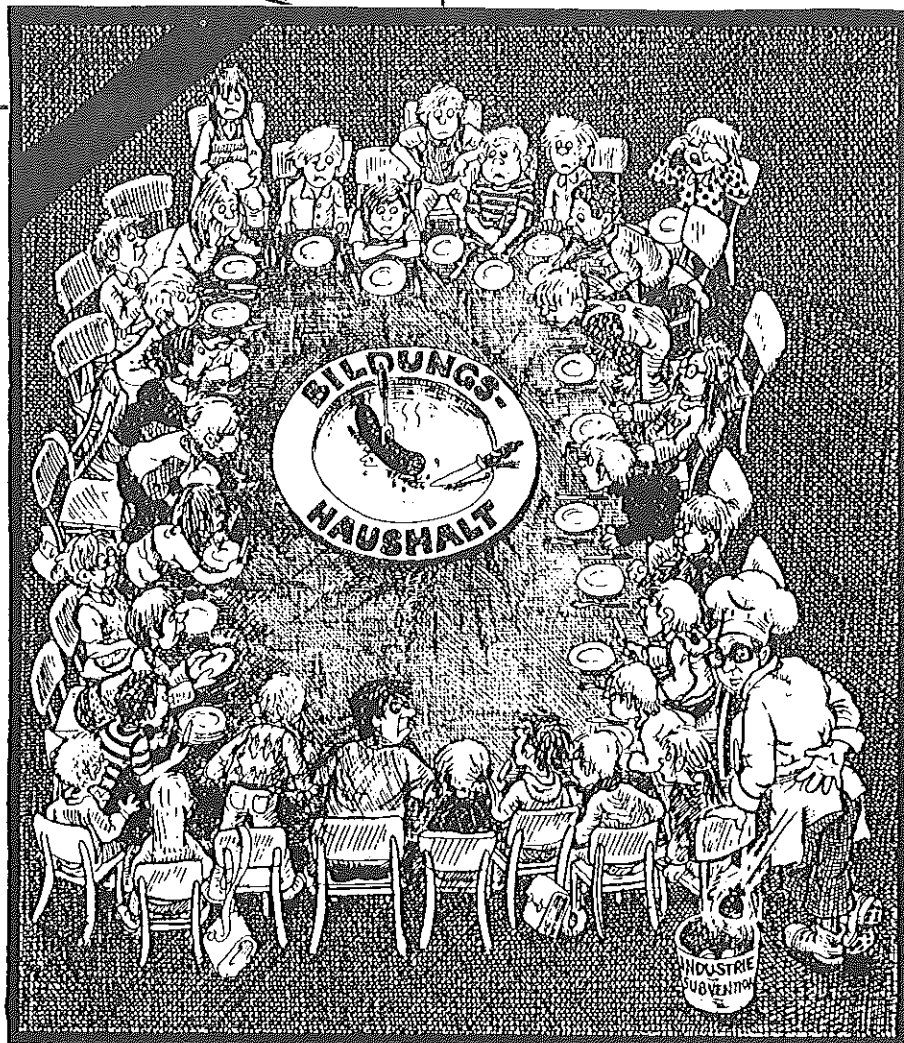
Die Bildung ist ein Stiefkind der Nation. Von der Grundschule bis zur Uni fehlt es an Unterrichtsräumen und -material und vor allem an Lehrkräften. Obwohl zu Beginn des Schuljahres 1987/88 85.000 Lehrer auf eine Einstellung warteten, wurden nur 5300 eingestellt. Zu große Klassen und Kurse und Unterrichtsausfall bestimmen den Schulalltag. Besonders hoch ist der Unterrichtsausfall an den Berufsschulen. Hier ist auch ein großer Teil der „unversorgten“ Jugendli-



Bafög. Und selbst der Höchstsatz reicht nicht aus für die Existenzsicherung. Es gibt viel zu wenig billige Studentenwohnungen. Wie sollen Schüler und Studenten Bücher, Lehrmittel, Klassenfahrten und Exkursionen finanzieren? Angeblich gibt es ja Lehrmittelfreiheit. Trotzdem müssen Schüler und Studenten für dies alles bezahlen.

Du suchst Dir einen Job - nebenher oder in den Ferien. Doch Schüler- und Studentenjobs werden immer seltener und immer schlechter bezahlt. Außerdem: Was ist das für eine Gesellschaft, in der Schüler und Studenten zusätzlich zu ihrem Lern- und Prüfungspensum arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern, während Millionen arbeitslos sind? Es ist eben eine Gesellschaft, die kein Interesse daran hat, daß die Masse der Bevölkerung eine höhere Bildung erhält. Deshalb werden alle möglichen Hürden eingebaut. Vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus gibt es heute zuviel Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte, Gesellschaftswissenschaftler und Akademiker.

Arbeitslose, Hilfskräfte und das Heer von Arbeitskräften, das durch die Rationalisierung - wenn überhaupt - nur noch gering qualifizierte Tätigkeiten ausführt, brauchen kein Studium, kein Abitur und nicht mal eine Mittlere Reife. Jede Mark, die für Bafög und bessere Bildungseinrichtungen ausgegeben wird, schmälert



SCHÜLER-POWER



OHNE ENDE
GEGEN
EURE



BILDUNGSWENDE

chen in den Warteschleifen der schulischen Weiterbildungsmaßnahmen. Veraltete Unterrichtsräume und Lehrwerkstätten, überholtes und viel zu wenig Unterrichtsmittel – so sieht es hier aus.

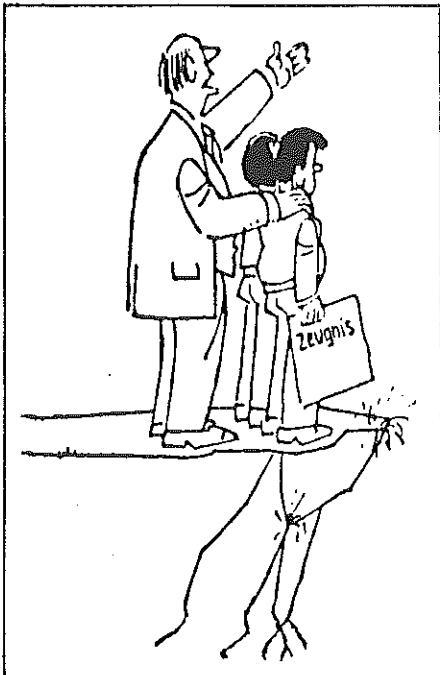
Die Lehrinhalte sollen entsprechend der „geistig-moralischen Wende“ verschoben werden. Die Gesellschafts-, Sozial- und Kunstwissenschaften werden zugunsten des naturwissenschaftlichen und mathematisch-technischen Bereichs reduziert. Die Lehrinhalte werden stärker an der herrschenden Klasse orientiert. Unter dem Begriff „Friedenserziehung“ wird eine positive Einstellung zu Bundeswehr und NATO eingetrichtert. Art und Ablauf des gesamten Schulunterrichts tragen auch nicht gerade dazu bei, daß Schule Spaß macht.

Die Unternehmer wollen verhindern, daß wir die Klassenstruktur, die Mechanismen und die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Gesellschaft durchschauen. Kritische bzw. linke Lehrer

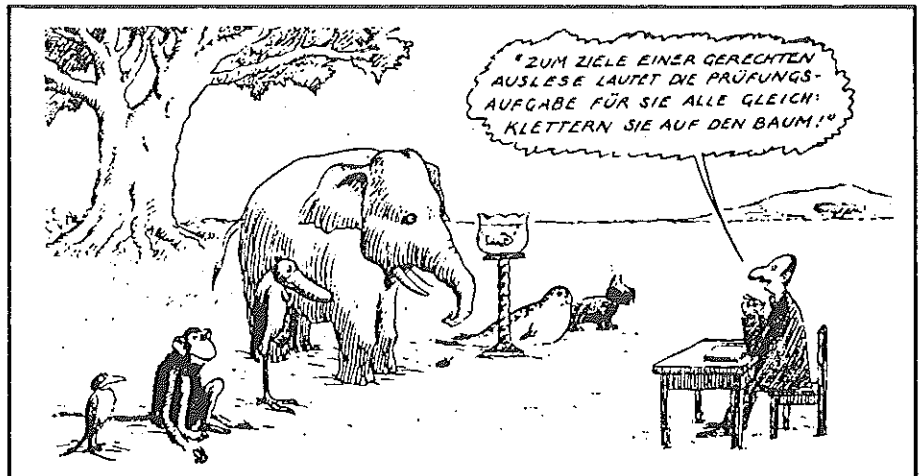
werden diszipliniert oder mit Berufsverbot verfolgt. Schüler, Studenten, Lehrer und Eltern haben keinen Einfluß auf Lehrinhalte, -methoden und -bedingungen. Es darf keine demokratische Entscheidung darüber stattfinden. Schule und Uni sollen uns daran gewöhnen, daß in der Wirtschaft und Gesellschaft oben bestimmt wird, was unten gemacht wird. Schüler- und Studentenvertretungen haben nur wenig Rechte und sind eher All-

bi-Einrichtungen als echte Mitbestimmungsorgane. Sie müssen mehr Rechte erhalten.

Bildungspolitik ist vor allem Ländersache. Leider bieten die SPD-Kultusminister den CDU-Regierungen nicht Paroli bei der Wende in der Bildungspolitik. Dabei könnten sie sich auf Millionen Schüler und Studenten stützen, die von den Angriffen betroffen sind. Im ersten Halbjahr '87 kam es sogar zu spontanen Streiks an Schulen und Hochschulen gegen Abi-Deform, Elitebildung, Einführung von Studiengebühren und Abbau von Planstellen. Diese Bewegung der Schüler und Studenten war größer als die Studentenbewegung Ende der '60er Jahre. Leider machten die SPD-Minister trotzdem Kompromisse mit der CDU und betreiben sogar in den von ihnen regierten Ländern den Abbau früherer Fortschritte. Dagegen ist die Bildungsreform, einst das Prunkstück des SPD-Programms der „großen inneren Reformen“ nie wirklich konsequent angepackt worden. Ein Kernstück der Reformpläne war die Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung (duales System). Davon spricht heute kein SPD-Minister mehr. Eine gründliche Reform des Bildungswesens ist aber heute dringender denn je.



„Die Schule konnte dich nur vorbereiten, den Schritt ins Leben mußt du nun selber tun“



Deshalb fordern wir:

- ▶ Keine Kürzung, sondern massive Erhöhung der Bildungsausgaben.
- ▶ Senkung der Klassen-, Kurs- und Seminarstärken auf maximal 15 Schüler und Studenten.
- ▶ Keine Planstellenabbau an den Bildungseinrichtungen, sondern sofortige Einstellung aller Lehrer.
- ▶ Für volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Bildungseinrichtungen. Weg mit den Studiengebühren.
- ▶ Angemessene darlehensfreie, elternunabhängige Ausbildungsförderung (Bafög) für Schüler und Studenten. 600 Mark im Monat für Schüler ab 16 und 1000 Mark für Schüler und Studenten ab 18 Jahre.
- ▶ Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und Einführung der ganztägigen integrierten Gesamtschule als Regelschule.
- ▶ Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, so daß Jugendliche gleichzeitig Berufsausbildung und Hochschulreife erhalten.
- ▶ Vollständige Umorientierung bei den Lehrinhalten und -methoden unter Kontrolle von Schülern, Eltern, Lehrern, Studenten, Dozenten und Gewerkschaften.
- ▶ Abschaffung von Noten an allen Bildungseinrichtungen.
- ▶ Wahl einer kollektiven Schul- bzw. Hochschulleitung durch Schüler, Lehrer, Eltern bzw. Studenten und Uni-Angestellte aus ihrer Mitte.
- ▶ Für demokratisch gewählte Schüler- und Studentenvertretungen mit vollen demokratischen und gewerkschaftlichen Rechten.

Jugend auf Wohnungssuche

Du willst von zu Hause ausziehen. Willst endlich alleine wohnen, mit Freund(in) zusammenziehen, in einer Wohngemeinschaft leben. Du stellst fest, es gibt zu wenig Wohnungen. Für jede angebotene Wohnung gibt es viele Bewerber – bis zu einigen Hundert. Klarer Fall, daß sich die Vermieter alles rausnehmen können: Quadratmeterpreise bis zu 20 Mark, Kautionen oder diskriminierende Bedingungen (keine Ausländer, nur Wochenendpendler, keine Raucher, keine Wohngemeinschaften, keine Kinder, keine Katzen, keine Besuche nach 22 Uhr usw.). Wenn Du nicht zu den Gut- bis Höherverdienenden und nicht zur Kategorie „ruhiges Ehepaar mittleren Alters ohne Anhang“ gehörst, dann kannst Du Dich ganz schön abkämpfen, um eine Wohnung zu kriegen.

Ein Dach über dem Kopf zu haben ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse des Menschen. Aber nicht mal dieses Bedürfnis ist erfüllt in dieser Gesellschaft. Es herrscht Wohnungsnot. Seit Mitte der 70er Jahre steigt die Zahl der Obdachlosen in der BRD. Fast eine Million Menschen, 60% davon Kinder und Jugendliche, müssen in Obdachlosenunterkünften hausen. Oft stand die Arbeitslosigkeit am Beginn des sozialen Abstiegs. Gleichzeitig stehen zwischen 300.000 und 1 Million Wohnungen leer, weil sie zu teuer sind oder mit ihnen spekuliert wird.

Die Reichen wohnen in luxuriösen Häusern, haben gleich mehrere Wohnungen oder eine Villa. Verzwelfelte Jugendliche, die leerstehende Häuser instandbesetzen, werden strafrechtlich verfolgt und kriminalisiert. Dabei sind die Kriminellen diejenigen, die Häuser leerstehen lassen und mit ihnen spekulieren.

Angeblich gibt es für die Ärmern Sozialwohnungen. Der Begriff „sozial“ ist

dabei oft Etikettenschwindel. Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften verhalten sich eher „gemein“ als „nützig“, allen voran die Neue Heimat. Obwohl mehr als 8 Millionen Haushalte Anspruch auf Sozialwohnungen hätten,

gibt es nur 4 Millionen. Und von diesen 4 Millionen wird die Hälfte bis 1995 dem „freien Markt“ überlassen. Neue Sozialwohnungen werden fast keine mehr gebaut.

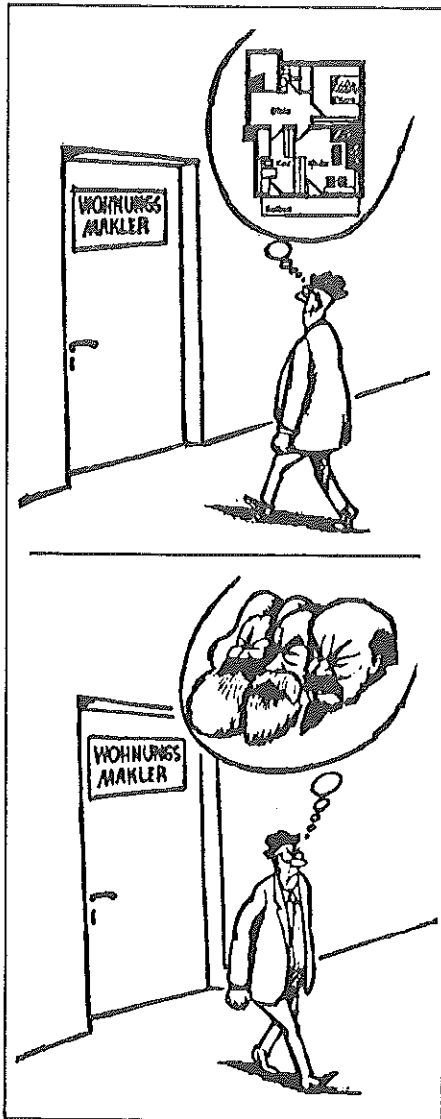
200.000 Bauarbeiter sind Mitte der 80er Jahre arbeitslos. Tausende von Baufirmen sind pleite gegangen. Baumaterial liegt auf Halde. Ausgewiesenes Bauland wird nicht bebaut, sanierungsbedürftige Wohnungen werden nicht saniert. Und der Grund dafür? Es bringt den Bodenspekulanten, Baulöwen und Kredithalen nicht genügend Profit. Diese feinen Herren haben sich stattdessen auf den Bau von Bürohäusern, Versicherungspalästen, Verwaltungsklötzen, extravaganten Luxuswohnungen oder einfach aufs Spekulieren verlegt. Ganze Straßenzüge werden aufgekauft, die Mieter rausgeekelt, die Wohnungen abgerissen, zweckentfremdet (leerstehen gelassen) oder in Eigentumswohnungen verwandelt.

Milliardensummen an Gewinn werden heute dadurch gemacht, daß Häuser aufgekauft werden und die Wohnungen dann einzeln als Eigentumswohnungen verkauft werden. Von 1976 bis 1984 wurden 500.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen verwandelt. Besonders Altbauwohnungen, die bislang noch zu den günstigeren Wohnungen gehörten, fallen dieser Entwicklung zum Opfer. Die



Spekulanten bedienen sich terroristischer Methoden, um Mieter loszuwerden. Der größte Dorn im Auge der Spekulanten sind die Mieterschutzgesetze. Der Mieterschutz ist eine der größten Errungenschaften der SPD-geführten Regierung in den 70er Jahren gewesen. Aber keine Reform im Kapitalismus ist sicher. 1982 wurde durch eine Gesetzesänderung der CDU/CSU/FDP-Regierung der Mieterschutz zugunsten der Gewinnsucht der Vermieter eingeschränkt.

Seither gibt es Staffelmieten, Mietpreiserhöhungen bis zu 30% innerhalb von 3 Jahren, schlechtere Bestimmungen über Vergleichsmieten, Zeltmietverträge. Gleichzeitig wurde der Wohnungsbau steuerlich entlastet. 20 bis 25 Milliarden Mark ließ sich der Staat das 1985 kosten. Das Wohngeld wurde insgesamt um lächerliche 0,9 Milliarden Mark erhöht. Durch diese Maßnahmen



sollte der Wohnungsbau wieder in Gang kommen. In Wirklichkeit gab es aber einen weiteren Rückgang des Wohnungsneubaus. Und der Kampf um den vorhandenen Wohnraum hat sich verschärft. „Die Zeit ist reif für eine rigorose Liberalisierung des Wohnungsmarktes“, so ein Geschäftsführer des Haus- und Grundbesitzervereins 1986. Die Wohnungshalle wollen Beseitigung des Kündigungsschutzes, Beseitigung der Mietpreisbin-

dung, Aufhebung des Zweckentfremdungsverbotes, Aufhebung der Sozialbindung von Sozialwohnungen.

Solange die Wohnraumversorgung vom Profitsystem abhängig ist, wird es weiterhin Wohnungsnot geben. Und sie wird mit zunehmender Wirtschaftskrise noch schlimmer werden. Der Wohnungsbau ist das beste Beispiel dafür, daß die soziale Marktwirtschaft nicht sozial ist und nicht funktioniert.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Stärkung der Mieterrechte. Weg mit Staffelmieten und allen Mietrechtsänderungen nach 1982. Abschaffung von Kautionen.
- ▶ Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- ▶ Verbot von Maklern. Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung.
- ▶ Sofortiger Mietpreisstopp. Billige Warmmieten, die nicht mehr als 20% des Nettoeinkommens verzehren dürfen.
- ▶ Streichung aller Schuldzinsen auf den Wohnungsbau, an denen sich die Großbanken nur dumm und dämlich verdienen.
- ▶ Genügend Wohnraum für alle (mindestens 25qm pro Person zuzüglich Küche, Bad, Toilette)
- ▶ Bereitstellung von ausreichenden staatlichen Mitteln für ein umfassendes Programm zur Altbaumodernisierung bei Beibehaltung der vorherige Miethöhe. Keine Stadtsanierung ohne Zustimmung der Betroffenen.
- ▶ Überführung aller Wohnungen in Gemeineigentum, die aus spekulativen Gründen leerstehen, und Vermittlung an Wohnungssuchende. Legalisierung aller Besetzungen leerstehender Häuser und Wohnungen.
- ▶ Überführung von Grund und Boden in Bebauungsgebieten in Gemeineigentum. Enteignung aller Spekulanten, Besitzer großer Wohnungsbestände und Großgrundbesitzer. Entschädigung nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.
- ▶ Verstaatlichung der großen Baugesellschaften unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- ▶ Einstellung aller arbeitslosen Bauarbeiter.
- ▶ Ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung zur Fertigstellung von 1 Million menschenwürdigen und preiswerten Wohnungen jährlich, bis die Wohnungsnot beseitigt ist, bei Berücksichtigung ökologischer Faktoren.
- ▶ Verstaatlichung aller Banken und Bausparkassen. Zinslose Kredite zur Finanzierung des staatlichen Wohnbauprogramms.

Jugend und Freizeit

Also wenn man schon die ganze Woche schuftet, sollte man jedenfalls vom Abend und den Wochenenden was haben. Aber weit gefehlt. Einkaufen, Hausarbeit, Ämterbesuche rauben einen beachtlichen Teil der Freizeit. Zum wirklichen Ausspannen ist gar nicht viel Zeit übrig.

Wenn wir kaputt von der Arbeit nach Hause kommen, fehlt die Energie, kreativ zu sein. Also nehmen wir, was geboten wird. Kneipen, Disco, Kino, Spielhallen sind nicht jeden Abend drin. Sie kosten teures Geld. Dazu kommen die Fahrpreise, wenn in Deinem Stadtviertel nichts los ist. Und auf dem Lande? Da fahren abends nach acht nicht mal mehr Busse in die nächste Stadt (geschweige denn zurück). Selbst wenn man ein eigenes Mofa, Moped oder Auto hat, ist Benzin auch nicht zum Nulltarif zu haben. Es geht also leicht ein 20-Mark-Schein drauf, wenn Du abends mal weggehen möchtest. Für ein Konzert ist es locker das Doppelte. Wen wundert's, wenn sich viele Jugendliche abends vor Flimmerkiste, Video, eigener Stereoanlage oder

Radio verkümmeln. Aber auch Schallplatten und CDs sind viel zu teuer, um sich alles anzuschaffen, was einem gefällt.

Dabei kostet die Produktion einer LP gerade 4 Mark.

Auf die Dauer ist das auch frustrierend. Der Mensch ist schließlich ein soziales Wesen und will Freunde und Freundinnen haben, mit denen er gemeinsam was



Wenn man abends mal weggehen möchte, geht leicht ein 20-Mark-Schein drauf.

unternehmen kann.

Am Wochenende öfters mal wegfahren, z.B. in die Berge, an einen See oder in eine fremde Stadt? Wer träumt nicht davon? Aber selbst in der billigsten Pension muß Du heute 20 Mark für eine Nacht hinblättern. Hinzu kommen Fahrtkosten, Eintritts- und Essenspreise. Kann man also vergessen. Wenn es gut geht, kannst Du Dir ein paar Wochen Urlaubsreise leisten. Aber wenn Du dafür nicht ein paar Hundert Mark beiseite gelegt hast, kannst Du gleich zu Hause blei-



Fußball und Geschäft: hohe Eintrittspreise in Stadien und Spitzeneinkommen für Top-Profis.

ben, weil es sonst eher Streß und Verzicht als interessantes Erlebnis und Erholung ist.

Umsonst gibt es also kaum etwas von dem, was wir in der Freizeit unternehmen wollen. Wer irgendwelche Hobbys betreibt, muß das Geld dafür meist durch eisernes Sparen zusammenkratzen. Manche Freizeitträume sind oft gar nicht zu verwirklichen: z.B. in einer Band Musik zu machen. Instrumente, Übungsräume, Anlage und Unterricht müssen auch

erst mal finanziert sein.

Im Grunde gestalten wir nicht unsere Freizeit, sondern unsere Bedürfnisse werden vermarktet. Die Freizeitindustrie hat ganze Stäbe von Psychologen im Einsatz, die nach unseren innersten Wünschen forschen, aber nicht um sie zu befriedigen, sondern um sie für ihre Profitinteressen auszubeuten. Wen wundert es also, wenn wir selbst in unserer Freizeit mit uns und der Welt unzufrieden sind. Das muß aufhören!

Deshalb fordern wir:

- ▶ Selbstverwaltete, materiell und personell gut ausgestattete Jugend- und Kommunikationszentren in allen Stadtteilen und Dörfern, mit täglicher Öffnungszeit bis mindestens 24.00 Uhr.
- ▶ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- ▶ Jeder, ob jung oder alt, muß in seiner Freizeit allen seinen Hobbys nachgehen können, ohne Unsummen dafür bezahlen zu müssen!
- ▶ Verstaatlichung der Schallplattenindustrie, Senkung der Plattenpreise und Verwendung der Profite zur Förderung von Nachwuchskünstlern!
- ▶ Massiver Ausbau der Sport-, Freizeit-, Bildungs- und Kultureinrichtungen!
- ▶ Freier Eintritt für Jugendliche und Arbeitslose in Kinos, Theater, Museen, Schwimmbäder, Sportveranstaltungen, Konzerte usw. Freier Zugang zu Sportanlagen.
- ▶ Nulltarif in allen öffentlichen Nahverkehrsmitteln! Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und des Radwegnetzes.
- ▶ Umwandlung und Ausbau von Jugendunterkünften in öffentliche Jugendhotels und Campingplätzen in allen größeren Städten und Erholungsgebieten mit preiswerten Übernachtungs- und Essenspreisen und gutem Essen.
- ▶ Verstaatlichung der großen Reiseunternehmen, Hotel- und Charterfluggesellschaften.
- ▶ Verstaatlichung der Medienkonzerne unter demokratischer Kontrolle. Zugang zu den Medien für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Jugend in der Bundeswehr

„Die Bundeswehr ist die Schule der Nation.“ Hier lernt man die edelsten Tugenden der Nation: Befehlsgehorsam, Parieren, Schnauze halten. Und damit man den Frust durchhält, lernt man noch was: Saufen und kiffen.

Ab 1989 muß 3 Monate länger gedient werden. Wegen der geburten schwachen Wehrpflichtigenjahrgänge sehen die Herrschenden die „Verteidigungsfähigkeit“ der Bundeswehr in Gefahr. Um die Zahl der Rekruten auf 200.000 bis 250.000 zu halten, werden zusätzlich die Tauglichkeitskriterien herabgesetzt und der freiwillige Dienst von Frauen eingeführt. Der freiwillige Frauenwehrdienst soll wohl die Wehrpflicht von Frauen zu einem späteren Zeitpunkt ermöglichen.

Rund 300,- DM Sold ist gerade ein mickriges Taschengeld. Wenn es dagegen um Offiziere geht, spielt Geld keine Rolle. Von 1985 bis 1991 sollen 1200 Offiziere zwischen 45 und 52 Jahren freiwillig frühpensioniert werden. Sie erhalten 70% ihres Gehaltes als Rente und 40.000 Mark Abfindung. Um ihre Rente aufzubessern, übernehmen sie einen hochbezahlten Posten in der Wirtschaft. Die Frühpensionierung kostet 560 Millionen Mark.

Nach oftmals 60 Stunden Wehrdienst kann's den meisten nicht schnell genug

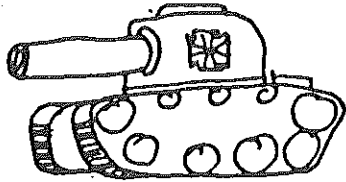
gehen. „NATO-Rallye“ wird's im Jargon genannt, wenn's am Freitagnachmittag endlich nach Hause geht: „Wochenendflucht aus Kasernendrill – immer mehr Soldaten rasen mit PKW in den Tod“, so überschrieb eine Tageszeitung einen Artikel.

Durch Krankfeiern, Blaumachen (einerseits) und Anpassen und Mundhalten (andererseits) versuchen die meisten, sich das Kasernenleben so angenehm wie möglich zu machen. „Keiner hat mich je gefragt, ob ich durch den Schlamm robben will. Ich wurde dazu gezwungen.“



Zu verweigern hatte ich keine Lust – das kostet ja noch mehr Zeit. Jetzt sag ich mir halt: „Das geht auch vorbei.“ Innere Überzeugung ist bei den meisten Wehrpflichtigen nicht vorhanden. Selbst bei vielen der rund 66.000 Berufssoldaten oder der ca. 190.000 Zeitfreiwilligen nicht. Die machen das meist nur, weil sie

WAS IST DAS?



NATÜRLICH, EIN PANZER.

keine Lehrstelle, keinen Studien- oder Arbeitsplatz kriegen.

Politische Betätigung ist verboten. In der „Schule der Nation“ werden die demokratischen Grundrechte oft mit Füßen

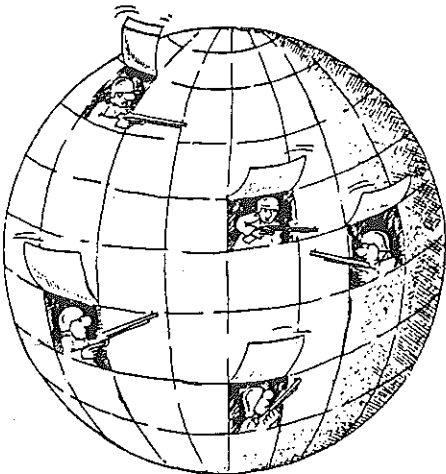
UND DAS?



NATÜRLICH, EIN ARBEITER.
DER MUSS DEN PANZER BAUEN.

getreten. Beschwerden einzureichen trauen sich die meisten nicht. Und die vorgesetzten Offiziere sind oft auf dem rechten Auge blind. Neonazis dürfen unbehelligt in der Bundeswehr ihr Unwesen treiben. Linke werden schikanieret, gedrückt und geschlaucht. Im „Interesse der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr“ wird nach einem Urteil des Bundeswehrverwaltungsgerichts von 1981 Soldaten verboten, Anti-AKW-Aufkleber auf ihrem Privat-PKW zu haben, wenn sie auf dem Kasernengelände parken.

Übungen und Manöver beweisen: Die Bundeswehr wird von den Herrschenden nicht nur für den Krieg nach außen,



gegen einen anderen Staat trainiert. Genauso wird der Krieg nach innen, der Bürgerkrieg gegen Demonstranten oder streikende Arbeiter geübt. Die Generäle lassen z.B. die Niederschlagung eines Generalstreiks, die Räumung einer besetzten Fabrik und Straßenkampf gegen

aufgelöst werden. Und wir sind nicht bereit, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten – schon gar nicht mit Waffen und nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. Wir wollen selbst entscheiden, für wen und mit welchen Mitteln wir kämpfen.

Doch mit der Forderung nach Auflösung der Bundeswehr alleine ist es nicht getan. Wir Sozialisten treten heute für die Verteidigung der Interessen der einfachen Soldaten – unserer Kollegen in Uniform – gegen Schikane und Unterdrückung von Meinungsfreiheit ein.

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN SOLDAT.
DER LERNT, IN DEM
PANZER ZU STERBEN.

den „Inneren Feind“ vorbereiten! Junge Arbeiter in Uniform sollen gegen ihre eigenen Kollegen in Zivil, gegen ihre Brüder, Schwestern, Väter, Mütter, Freunde und Bekannte vorgehen. Soweit darf es nicht kommen. Die Bundeswehr muß



NATÜRLICH, EIN UNTERNEHMER.
DER SICH AN DEM ARBEITER, DEM
SOLDATEN UND DEM PANZER
KRUMM UND DÄHLICH VERDIENST HAT.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Verkürzung des Wehrdienstes auf 12 Monate und geänderte Tauglichkeitskriterien. Weg mit Reserveübungen.
- ▶ Keine heimatferne Stationierung für Soldaten und Wehrpflichtige. Keine Kasernierung.
- ▶ Lohnfortzahlung bei der Bundeswehr bzw. 1500,- DM netto Mindestsold.
- ▶ Keine Frauen zur Bundeswehr, weder freiwillig noch verpflichtend.
- ▶ 35-Stunden-Woche und 35 Tage Mindesturlaub jährlich für Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten.
- ▶ Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften (einschließlich der Möglichkeit jederzeitiger Abwahl).
- ▶ Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung bei der Bundeswehr; Rede- und Versammlungsfreiheit.
- ▶ Für eine gewerkschaftliche Kampagne zur Organisierung der Soldaten.
- ▶ Sofortige Auflösung des militärischen Abschirmdienstes (MAD).
- ▶ Für das Recht, auf allen Ebenen demokratische Soldatenkomitees zu wählen, welche die Interessen der Mannschaften vertreten.
- ▶ Militärische Ausbildung unter die Kontrolle der Gewerkschaften.
- ▶ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter, Angestellte und Gewerkschafter. Kein Einsatz gegen Streikende und Demonstranten.

Jugend im Zivildienst

Im Grundgesetz steht, daß der Zivildienst nicht länger als der Wehrdienst sein darf. Trotzdem verlängerte die Kohl-Regierung den Zivildienst ab 1. Januar 1984 auf 20 Monate und erhielt für diese Regelung grünes Licht vom Bundesverfassungsgericht. Daran zeigt sich wieder einmal: Die wirkliche Verfassung, das sind die tatsächlichen Machtverhältnisse.

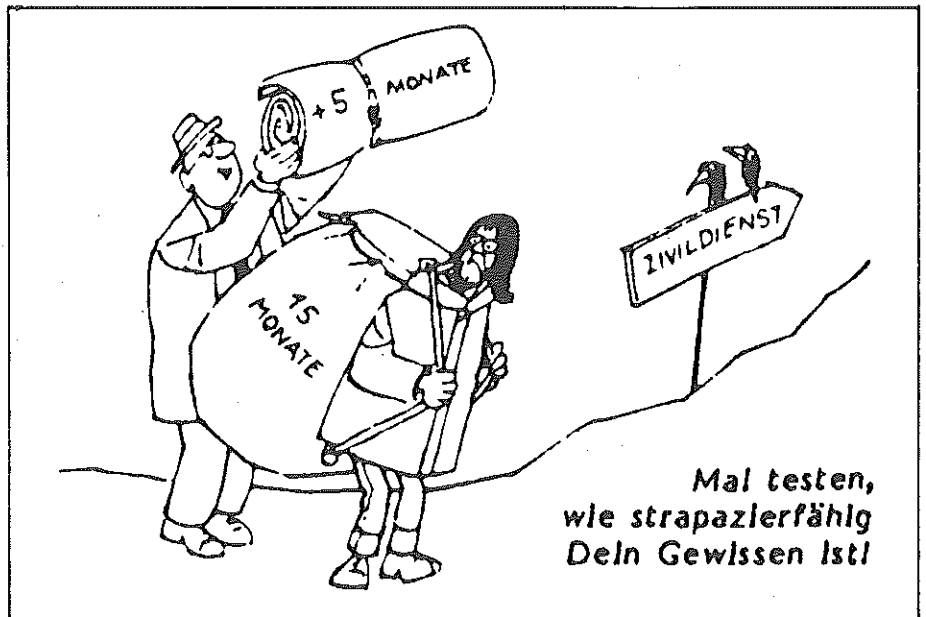
Begründet wurde die Verlängerung mit Wehrübungen, die Soldaten nach ihrem Wehrdienst ableisten müssen. Wehrübungen wurden als Argumente herangezogen, um eine Bevorteilung der Zivildienstleistenden zu konstruieren, die mit der Zivildienstverlängerung ausgeglichen werden sollte. Tatsächlich dauern Wehrübungen im Durchschnitt aller Soldaten 3 1/2 Tage. Daraus läßt sich also keine monatelange Verlängerung des Zivildienstes begründen.

Deshalb wurde das Zusatz-Argument geschaffen, der Zivildienst sei leichter als die Bundeswehr, und nur durch eine Verlängerung des Zivildienstes ließe sich die Wehrgerechtigkeit wieder herstellen. Nach dem Urteil des Bundesver-

Ab 1. September 1987 wurden außerdem die Zuschüsse an die Trägerstellen halbiert bzw. ganz gestrichen. Das hat zur Folge, daß sich manche Einrichtun-

gen mit niedrigem Etat überhaupt keine ZDLer mehr leisten können (z.B. Jugendhäuser). Immer mehr Zivildienstleistende müssen sich um immer weniger Stellen reißen.

Das Heer von Zivildienstleistenden verrichtet seinen Dienst in Krankenhäusern, Altersheimen, beim Roten Kreuz



Im Gegensatz zum Wehrdienst sind die Aufgaben von Zivildienstleistenden gesellschaftlich notwendig.

oder sonstigen karitativen oder sozialen Einrichtungen. Die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal, die Bezahlung ebenso. Die ZDLer leisten die Arbeit einer vollen Arbeitskraft und bekommen dafür einen mickrigen Sold. Weil sie billige Arbeitskräfte sind, werden sie gegenüber fest Angestellten bevorzugt, und diese werden dann arbeitslos, obwohl sie oft eine qualifizierte Ausbildung und / oder Berufserfahrung haben.

Aufgaben, die Zivildienstleistende heute übernehmen, sind im Gegensatz zum Wehrdienst gesellschaftlich notwendig. Aber es ist nicht einzusehen, daß diese Aufgaben durch Superausbeutung auf Zivildienstleistenden abgewälzt werden, während viel qualifiziertes Personal mit Sozialberufen arbeitslos ist. Der Zivildienst muß deshalb genauso wie die Bundeswehr abgeschafft werden.

Zur Verbesserung der Situation der ZDLer treten wir ein für:

fassungsgerichts kann der Zivildienst um 1/3 länger sein als der Wehrdienst.

Während Jugendoffiziere an den Schulen für die Bundeswehr Werbung betreiben dürfen, ist den Vertretern von Organisationen der Zivildienstleistenden der Zutritt zu den Schulen verboten.

Nachdem das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer erleichtert wurde, soll mit den o.g. Methoden vom Zivildienst abgeschreckt werden und Jugendliche in die Bundeswehr gezwungen werden. Wenn das nicht ausreicht, sind weitere Abschreckungsmaßnahmen vorgesehen: Verstärkte Militarisierung des Zivildienstes, Umwandlung in Arbeitsdienst, Kasernierung.

- ▶ Rücknahme der Zivildienstverlängerung; Verkürzung des Zivildienstes auf 12 Monate.
- ▶ Volle Lohnfortzahlung für Zivildienstleistende bzw. 1500,- Mark Mindestsold und Unterhaltssicherung.
- ▶ 35-Stunden-Woche für alle Zivildienstleistende und mindestens 6 Wochen Erholungsurlaub im Jahr.
- ▶ Freie Wohnungswahl. Keine Kasernierung von ZDLern. Keine Umwandlung in einen Arbeitsdienst.
- ▶ Freie Wahl zwischen Wehr- und Ersatzdienst.
- ▶ Abschaffung aller militärischen Vorschriften, Gleichstellung aller Zivis mit den Arbeitern und Angestellten ihrer Dienststelle.
- ▶ Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung. Volles Streikrecht für ZDLer. Abschaffung von Disziplinarmaßnahmen.
- ▶ Passives und aktives Wahlrecht bei der Wahl von Betriebsräten bzw. Personalvertretungen.
- ▶ Öffnung der Gewerkschaften für ZDLer und eine gewerkschaftliche Kampagne zur Organisierung von ZDLern.

Jugend und demokratische Rechte

Die BRD wird uns immer als demokratischer Rechtsstaat dargestellt. Wir dürfen angeblich alles sagen.

Aber wir haben nichts zu sagen. Und selbst die freie Meinungsäußerung wird einem zum Verhängnis. In der Schule, im Betrieb, bei Ämtern bist Du immer abhängig, weil andere Macht über Dich haben. Du brauchst gute Noten, um eine Lehrstelle oder einen Studienplatz zu bekommen. Wie leicht sind sie in den Sand gesetzt, wenn Du Dich in der Schule nicht anpaßt.

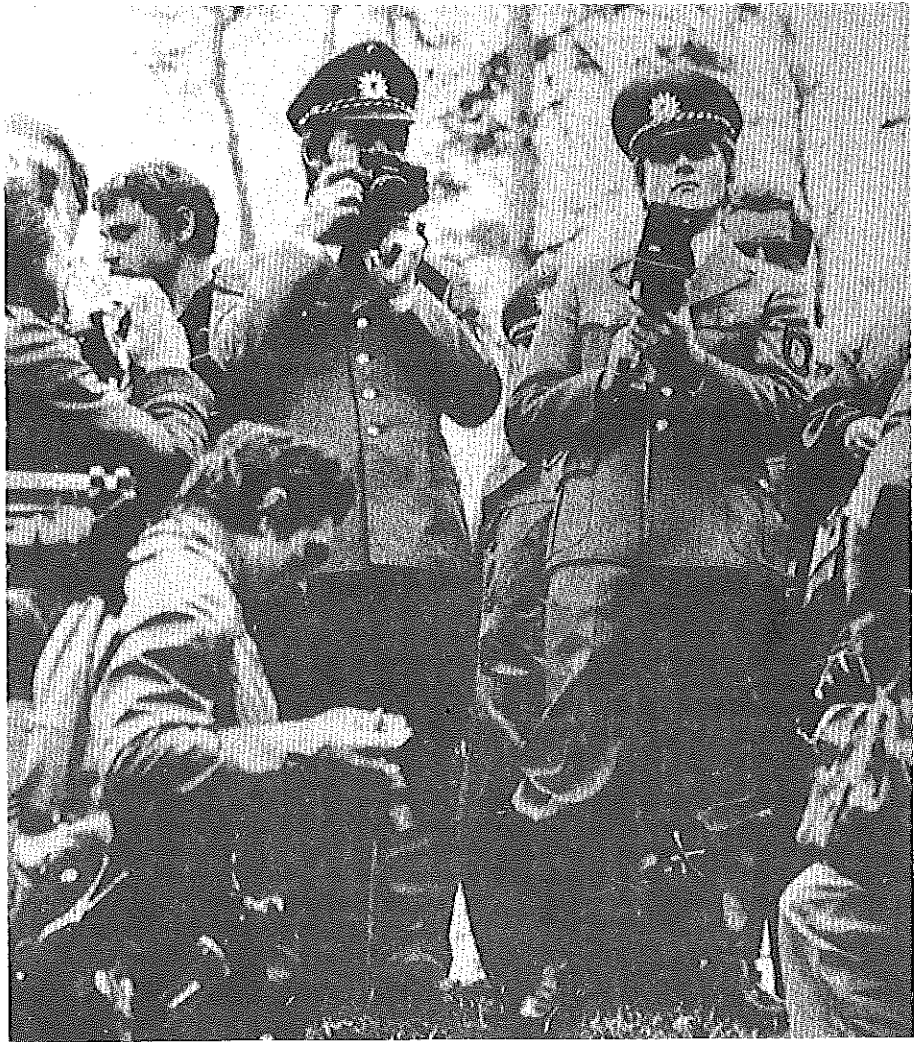
Du hast keinen Einfluß auf Lehrinhalte und auf die Schulleitung. Schülerzeitungen werden zensiert. Die Schulleitung öffnet Post an die Schülersvertretung. Auf Schülerstreiks folgen Disziplinarmaßnahmen. Sobald Du anfängst, von den demokratischen Rechten Gebrauch zu machen um Deine Interessen zu vertreten, wird mit Druck von oben geantwortet. Das geht soweit, daß der Verfassungsschutz Schüler und Lehrer überwacht.

Und in den Betrieben? Da hat es Demokratie auch nie gegeben. „Achtung! Hier endet der demokratische Sektor der BRD“, dieses (unsichtbare) Schild scheint über jedem Fabrikator zu hängen. In Unternehmerkreisen und bei staatlichen Behörden kursieren „schwarze Listen“. Darauf sind aktive Gewerkschafter, politisch linksgerichtete Arbeiter und Angestellte, unbequeme Jugendvertreter und Betriebsräte vermerkt. Es häufen sich die Fälle, wo Kolleginnen und Kollegen wegen des Anprangerns von Verstößen gegen gesetzliche Vorschriften und Mißstände entlassen werden.

Der Berufsverbotsbeschuß hatte bis 1986 10.000 Fälle von Berufsverboten zur Folge. Fast alle Berufsverbote richteten sich gegen Linke. Aktivisten der NPD dürfen im Staatsdienst bleiben.

Bei der Bundeswehr herrscht das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Von Demokratie keine Spur.

Wer aus spekulativen Gründen Wohnungen leerstehen läßt, macht sich der Zweckentfremdung schuldig. Wenn es



Die Methoden, mit denen „die Verfassung geschützt“ werden soll, sprechen für sich selbst

hoch kommt, gibt es dafür ein Bußgeld, das von den Spekulanten locker aus der Portokasse bezahlt wird. Geht aber im Verlauf einer Demonstration gegen Wohnungsnot und Räumung Instandbesetzer Häuser eine Fensterscheibe zu Bruch, so hat sich der Jugendliche darauf gefaßt zu machen, entsprechend dem neuen Demonstrations(un)recht wegen schweren Landfriedensbruchs bis zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt zu werden. Nach dem Motto „Die Großen läßt man laufen, die Kleinen hängt man

auf“ wurden die 1700 Politiker und Manager, die in die Flick- und Partei-spendenaffäre verwickelt waren, per Verzicht auf Anklageerhebung oder durch Gerichtsurteil freigesprochen.

Die Polizei ist dazu da, die Interessen der Kapitalisten zu verteidigen. Sie sorgt z.B. dafür, daß Streikbrecher bei Streiks in die Betriebe kommen. Bei Aussperrung der Unternehmer verhilft sie dagegen der Belegschaft nicht in den Betrieb. Im Juni 1986 raubte die Hamburger Polizei über 600 friedlichen Demonstranten





das Recht auf Demonstrationsfreiheit, indem sie 13 Stunden einkesselt wurden.

Zwischen 1971 und 1981 starben nachweislich 166 Personen in der BRD durch eine Polizeikugel. Die Dunkelziffer ist weit höher, da nicht alle Fälle in der Presse veröffentlicht werden. Offizielle Statistiken gibt es nicht. Die Täter werden meist freigesprochen. Zwei Jugendliche im Alter von 17 und 18 Jahren, die an Pfingsten 1986 in Wackersdorf auf Wasserwerfer mit Luftpistolen geschossen, wurden dagegen zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Während in der BRD 1984 Drucker und Metalller für die 35-Stunden-Woche streikten, zog das Grenzschutzkommando mit 1612 Mann und schweren Waffen ins Manöver und probte den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse. In Wackers-

rende Arbeiter einsetzbar sind. Unter dem Vorwand der Terroristenfahndung wurden in den letzten Jahren unzählige Gesetzesänderungen verabschiedet:

- Verschärfung des Demonstrationsrechts;
- Schleppnetzfahndung (Polizei- und Grenzschutz können Daten und Personenkontrollen mehrere Monate speichern und zu anderen Zwecken weiterverwenden.);
- Zentrales Verkersinformationssystem oder ZEVIS (Polizei, Bundesnachrichtendienst und militärischer Abschirm-

ses" (die vollständige Personenerfassung wird dadurch bei Grenzübergängen und Straßensperrungen technisch ermöglicht).

Weitere Gesetze zur Überwachung sind geplant. Gleichzeitig wird mit einem millionenschweren Ausbauprogramm Personal und Material bei Bundesgrenzschutz und Polizei aufgestockt. Weitere Eskalationen der Gewalt sind damit vorprogrammiert. Dafür ist nicht der einzelne Polizist verantwortlich, sondern die Leitungsgremien und die politisch Verantwortlichen. Wir brauchen dringend



Nicht der einzelne Polizist ist für die Eskalation der Gewalt verantwortlich, sondern die polizeiliche Führung und die politisch Verantwortlichen.

POP! STOLIZEI!

ÄH: STEI! POLIZOP!

NEIN, ÖH... STOP! POLIZ...

Weg isser...!



dorf setzte die Polizei chemische Kampfstoffe CS und CN ein, obwohl diese nur für den Kriegsfall entwickelt wurden und im Krieg zwischen verschiedenen Nationen laut Genfer Konvention sogar verboten sind - im Bürgerkrieg eben nicht.

Die Methoden, mit denen der Verfassungsschutz die Verfassung schützt, sprechen für sich selbst. Verfassungsschützer sind in die Terroristenszene verwickelt. Der bürgerliche Staat hat eindeutig Interesse an terroristischen Anschlügen, damit Polizeieinsätze gerechtfertigt werden und unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung Gesetze verabschiedet werden können, die dann auch gegen streikende und demonstrie-

dienst, Verfassungsschutz und andere Ämter erhalten freien Zugriff auf die Daten von 30 Millionen Kfz-Haltern);

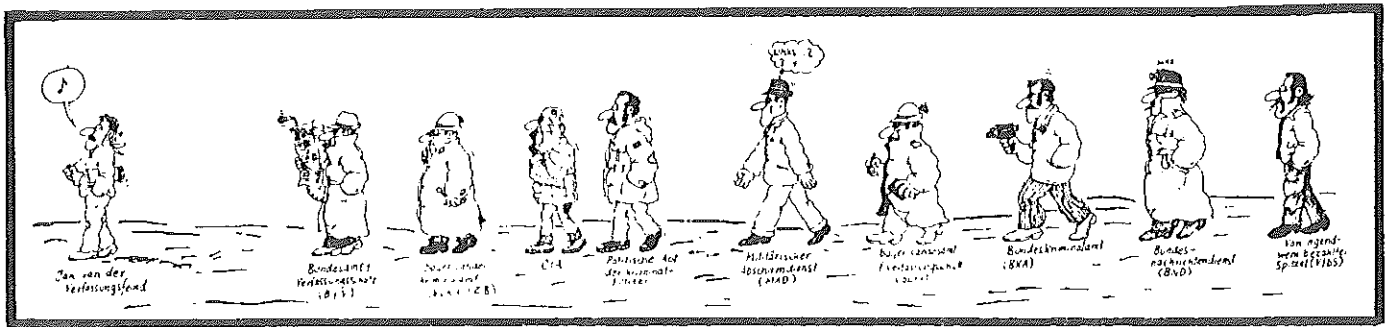
- Einführung des „fälschungssicheren maschinenlesbaren Personalauswei-

gewerkschaftliche Kontrolle in polizeilichen Einrichtungen und bei Einsätzen.

Die Volkszählung 1987 wurde nicht durchgeführt, um Daten zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohnungen und sozialen Einrichtungen zu erhalten, sondern unter anderem dafür, das System der Überwachung zu vervollkommen. Und während Boykotteure verfolgt und kriminalisiert werden, wurde bei der Durchführung der Volkszählung von den zuständigen Stellen laufend gegen geltendes Recht verstoßen.

Und von wegen Pressefreiheit. Das ist in erster Linie die Freiheit von 200 Verlegern, tagtäglich ihre Meinung Millionen von Arbeitern, Angestellten, Jugendlichen in den Kopf zu trichtern. In welcher Zeitung wird denn schon die Meinung eines Jugendlichen über seine Alltagsprobleme abgedruckt. Nicht anders ist es bei Rundfunk und Fernsehen. Auch hier gilt: Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden. Redakteure, die kritische Sendungen produzieren, bekommen zunehmend Schwierigkeiten.

Andere Beispiele für die engen Schranken der bürgerlichen Demokratie ließen sich beliebig aufzählen. Arbeiter und Jugendliche sind mit den Bossen nicht „gleichberechtigt“.



Dennoch sind sich die Herrschenden ihrer Herrschaft nicht sicher. Dies wird deutlich in folgender Aussage des ehemaligen Chefs des Verfassungsschutzes Günther Nollau: „Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob unsere Demokratie die Kräfte besitzt, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifle ich.“ Das ist eine realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse.

Wir können aber nicht zusehen, wie Stück um Stück der demokratische Handlungsspielraum eingeengt wird, den sich die organisierte Arbeiterklasse in der Nachkriegsgeschichte erkämpft hat.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Streikrecht auch für Schüler, Studenten, Lehrlinge und Beamte.
- ▶ Vernichtung aller Volkszählungsdaten und aller Schnüffeldateien.
- ▶ Weg mit der Einschränkung des Demonstrationsrechts, den „Anti-Terror“- , „Sicherheits“- und „Notstands“-Gesetzen.
- ▶ Weg mit den Berufsverboten und sofortige Einstellung aller Kollegen, die Opfer von Berufsverboten sind.
- ▶ Ersatzlose Auflösung von Verfassungsschutz, Militärischem Abschirmdienst und ähnlichen Organen.
- ▶ Schluß mit der polizeilichen Überwachung bei Demos, Streiks und Versammlungen.
- ▶ Weg mit der neuen Polizeiabwaffnung.
- ▶ Kommunalisierung der Polizei. Kein heimatfremder Einsatz.
- ▶ Gewerkschaftliche Kontrolle über Polizeiausbildung und -dienst. Auflösung von Bundesgrenzschutz, politischen Kommissariaten, Sondereinsatzkommandos (SEK's) und ähnlichen Polizeisondereinheiten.
- ▶ Verstaatlichung der Medienkonzerne unter demokratischer Kontrolle. Zugang für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Frauen und Mädchen

In Artikel 3 des Grundgesetzes ist geregelt, daß Männer und Frauen gleichberechtigt sind und daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf. Aber nirgends kann dieses Recht eingeklagt werden. Die wirkliche Verfassung, das sind auch hier die tatsächlichen Machtverhältnisse. Und die richten sich voll gegen Frauen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft gehören Frauen und Mädchen zu den doppelt unterdrückten Schichten der Gesellschaft. Ebenso wie die Männer haben sie unter all den Zwängen zu leiden, durch die die arbeitende Klasse insgesamt unterdrückt wird. Darüber hinaus sind sie zusätzlich in allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Telle und herrsche, das ist eines der Hauptprinzipien einer Klassengesellschaft.

Frauen werden von den Unternehmern als eine besondere industrielle Reservearmee behandelt. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs werden sie zur Aufnahme von Lohnarbeit aufgefordert. In der Krise sollen sie am häuslichen Herd bleiben, sich um die Familie kümmern und möglichst noch auf Abruf für einen miesen Teilzeitjob zur Verfügung stehen.

Frauen sind oft zuerst und am härtesten von Arbeitslosigkeit betroffen und werden von der Statistik nur teilweise erfaßt. Sie sind das Gros der Dunkelziffer bei der Arbeitslosigkeit.

Mädchen bekommen immer schlechter Lehrstellen. 3/4 aller Besucher von

„Warteschleifen des Berufsvorbereitungsjahres“ und 2/3 aller Ausbildungsplatzsuchenden waren 1986 Mädchen. Von den 200.000 bis 250.000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die jedes Jahr ohne jegliche Vollausbildung bleiben, sind 2/3 junge Frauen.

57% der Arbeiter in der BRD sind Facharbeiter. Aber nur 6% der Arbeiter-

rinnen sind Facharbeiter. 39% der männlichen Angestellten haben eine verantwortliche Stellung. Bei den Frauen sind es nur 7%. Obwohl es seit 1955 in der BRD offiziell keine besonderen Frauenlohngruppen gibt, finden sie letzten Endes ihre Anwendung doch in den sogenannten Leichtlohngruppen. Diese regeln den Tarifflohn für vorwiegend „leichte und leichtere“ Arbeit. Von „leicht“ kann in den seltensten Fällen die Rede sein, denn die Regel sind Akkord- und Fließbandarbeit, die u.a. vorzeitig zu Ver-



schleißerscheinungen führen.

Im öffentlichen Dienst zeigt sich die Diskriminierung daran, daß das Gros der Frauen in die unteren Besoldungsgruppen eingestuft ist. In den Sozialberufen werden die Löhne der Frauen mit dem Argument der Nächstenliebe nach unten gedrückt und aus den Frauen ihre letzte Energie herausgepresst. Von der Privatisierung öffentlicher Leistungen sind vor allem Frauen betroffen. Auch das Steuerrecht diskriminiert die Frauen. Durch die gemeinsame Besteuerung der Ehepaare ist die Steuer für verheiratete Frauen in der Regel höher.

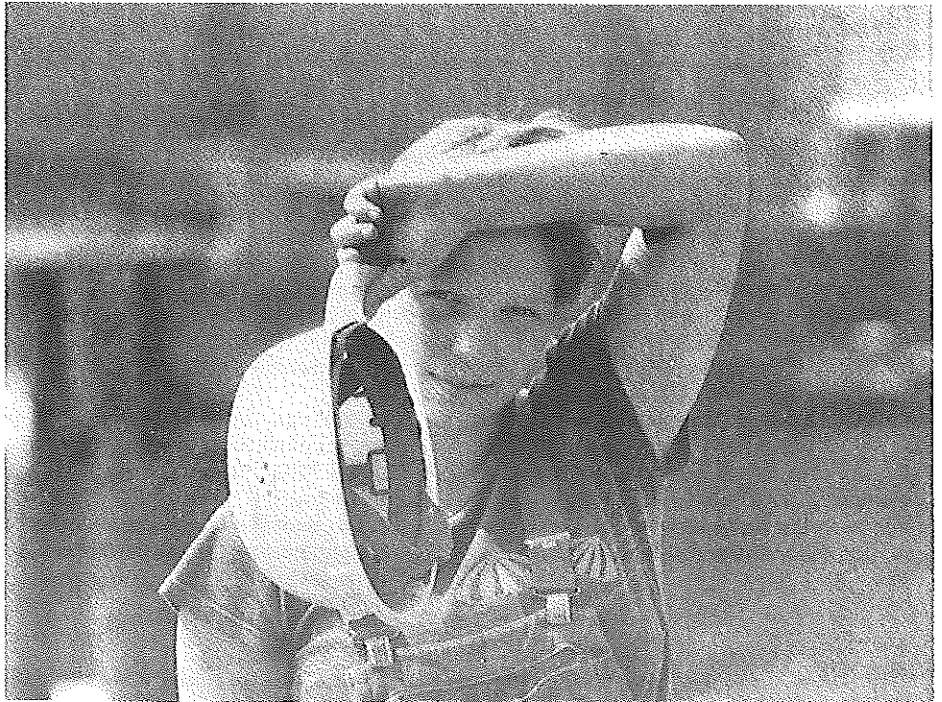
Nur die Hälfte der Frauen im arbeitsfähigen Alter sind erwerbstätig. Dieser Anteil hat sich trotz Aufschwung seit 1960 kaum erhöht. Ein großer Teil der Frauen sind Hausfrauen. Das heißt, sie leisten unbezahlte Arbeit und sind isoliert von der Gesellschaft. Es ist ein Wahnsinn, wenn man überlegt, daß Millionen von Frauen jeden Tag für eine einzige Familie einkaufen und Essen kochen müssen. Welche Zeitverschwendung, welche Verschwendung von Energie. Wieviel rationeller und billiger könnte das durch die Einrichtung von guten öffentlichen Kantinen gemacht werden. Die Privatisierung vieler Arbeiten in die privaten Haushalte raubt den Frauen einen großen Teil ihres Lebens. Selbst eine Frau, die berufstätig ist, hat gegenüber ihrem berufstätigen Mann im Durchschnitt ein Drittel weniger Freizeit, da die Rollenerziehung den Frauen die Hausarbeit aufhalet.

Gegen die Benachteiligung der Frauen im Berufsleben wird oft die Forderung nach Quotierung von Arbeitsplätzen erhoben. Es kann aber nicht darum gehen, den Mangel an Arbeitsplätzen „gerechter“ zwischen Männern und Frauen zu verteilen, sondern diesen Mangel ganz abzuschaffen. Die Abschaffung des Arbeitsplatzmangels erfordert den gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern gegen das kapitalistische System. Quotierung kann dazu führen, daß die Unter-

nehmer Männer und Frauen noch besser gegeneinander ausspielen können.

Die Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft führt dazu, daß Frauen und Kinder als schwächste Glieder in der Gesellschaft am meisten unterdrückt sind. Diese Gewalt überträgt sich auch auf die zwischenmenschliche Beziehungen: Gewalt von Männern gegenüber

Studie im Betrieb sexuell belästigt. 35% geht dabei von Vorgesetzten aus. Wen wundert es dann, daß im Zusammenhang mit sexuellen Belästigungen die Opfer ihren Arbeitsplatz verlieren. 45.000 Frauen wurde 1982 im Zusammenhang mit sexuellen Belästigungen oder Vergewaltigungen gekündigt. 160.000 haben selbst gekündigt.



Frauen wird von diesen weitergegeben an die Kinder, von älteren Kindern wiederum an jüngere.

Alle fünf Minuten wird in der BRD eine Frau vergewaltigt. Die wenigsten erstatten Anzeige, weil der Gang zur Polizei und zu den Gerichten eine einzige Demütigung ist und die Opfer von Verbrechen oft zu Mitschuldigen gemacht werden. Frauen können sich nicht frei bewegen in dieser Gesellschaft. Sie werden angemacht und bedroht. Auch in den Betrieben gibt es sexuelle Belästigungen. Jede vierte Frau wird nach einer Infas-

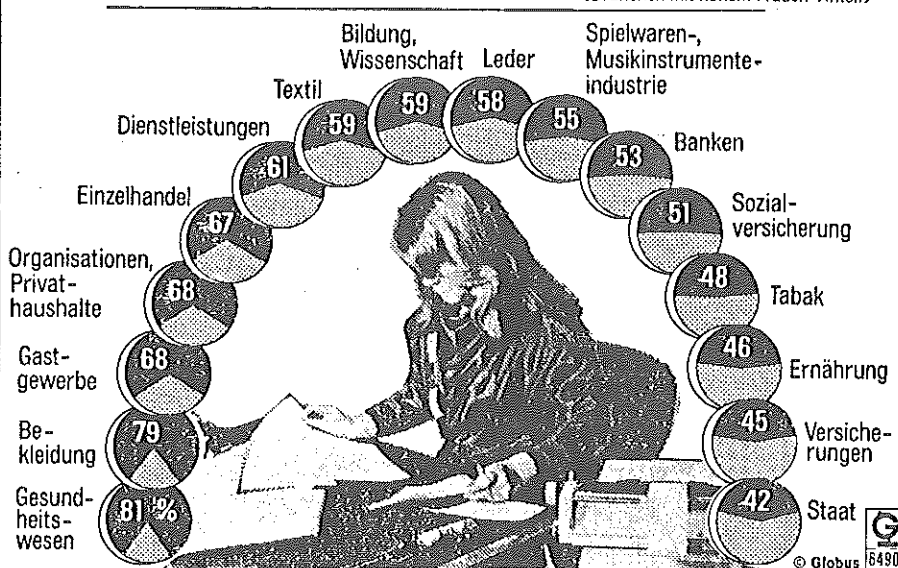
Und je tiefer die wirtschaftliche Krise wird, desto schlimmer wird die Unterdrückung der Frau. Alles, was die Frauen erkämpft haben, steht auf dem Spiel.

Die Zurückdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben oder die völlige Abdrängung in mißere Jobs verschärft die Situation der Frauen. In immer mehr Bereichen wird den Frauen ein Höchstmaß an Flexibilität abverlangt – vor allem bei Teilzeittjobs. Von individueller Arbeitseinteilung kann keine Rede sein. Die Frauen müssen sich nach den Betrieben richten. Unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung soll sogar das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben werden. Damit soll mehr Flexibilität in der Industrie durchgesetzt werden. Es hat auch nichts mit Gleichberechtigung zu tun, wenn Frauen zur Bundeswehr sollen.

Die ideologische Offensive gegen die Frauen, die derzeit von den bürgerlichen Parteien betrieben wird, ist totale Heuchelei. Dies wird vor allem bei den Diskussionen um die Abtreibung deutlich. CDU/CSU und Kirchenvertreter haben einen Propagandafeldzug mit dem Ziel gestartet, die soziale Indikation abzuschaffen. Sie behaupten, daß die BRD so reich wäre, daß jedes Kind in materieller Sicherheit aufwachsen. Die BRD ist reich. Aber wer hat den Reichtum in den Händen? In keinem Fall die Masse von Frauen und Familien. In Stuttgart, einer der reichsten Städte der BRD, mußten 1982 3400 alleinerziehende Mütter mit einem Kind von 493,- DM monatlich ihre Lebensmittel bestreiten, Strom bezahlen

Wo Frauen arbeiten

Anteil der weiblichen Arbeitnehmer 1985 in %
(Branchen mit hohem Frauen-Anteil)



und ihre kulturellen und sozialen Bedürfnisse befriedigen. In welchem Elend wachsen diese Kinder auf? Von Reichtum keine Spur. Und wo sind die Wohnungen für Frauen und Eltern mit Kindern? Wo die Kindertagesstätten und Kindergärten? Wer kann sie bezahlen?

Die materiellen Voraussetzungen für die Kinder sind längst nicht für alle gegeben. Und selbst wenn sie vorhanden wären, müßte es immer noch der Frau selbst überlassen bleiben, ob sie Kinder will oder nicht; und das heißt auch, ob sie eine Schwangerschaft abbricht oder nicht. Die Propaganda vom Schutz des ungeborenen Lebens ist unglaubwürdig,



solange nicht mal geborenes Leben geschützt wird. Sie ist ein reaktionärer Vorwand für Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen und für die Unterdrückung der Frau.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Jungen und Mädchen.
- ▶ Gleiches Recht auf eine freigewählte, qualifizierte Ausbildung für alle.
- ▶ Einen garantierten Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder den vollen Lohn für alle.
- ▶ Abschaffung der Leichtlohngruppen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1500,- DM netto. Rentengleichheit bei Witwen und Witwern.
- ▶ Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter.
- ▶ Abschaffung von Akkord- und Fließbandarbeit für beide Geschlechter.
- ▶ Keine Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen. Stattdessen Einschränkung der Nacharbeit für Männer.
- ▶ Wahlweise für Vater und Mutter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung.
- ▶ Genügend kostenlose staatliche ganztägige Kindergärten und Kindertagesstätten ohne Altersbegrenzung samt dem erforderlichen qualifizierten Personal.
- ▶ Billige Kommunale Restaurants und Wäschereien von guter Qualität, um die Frau von Haushaltsroutine und -schufferei zu befreien.
- ▶ Weg mit dem § 218. Kostenlose Familienplanung und das Recht auf Abtreibung.
- ▶ Das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen Kinder zu kriegen.
- ▶ Aufbau von ausreichend Frauenhäusern, in die Frauen, die von ihren Männern mißhandelt werden, jederzeit kostenlos aufgenommen werden und in jeder Hinsicht optimal betreut werden. Kostenlose Kinderbetreuung inbegriffen.
- ▶ Frauen nicht in die Bundeswehr – weder freiwillig noch verpflichtend.

Ausländische Jugendliche

Stell Dir vor: Du bist hier geboren, sprichst nur deutsch. Plötzlich bekommt Du eine Anzeige von der Ausländerbehörde, weil Du nicht rechtzeitig zu Deinem 16. Geburtstag eine Aufenthaltserlaubnis beantragt hast. Und schon hast Du Dich nach dem Ausländergesetz strafbar gemacht. So schnell können ausländische Jugendliche strafbar gemacht werden.

Für Ausländer und besonders für Asylbewerber gibt es viele Sondergesetze, mit denen sie diskriminiert werden. Die Europäische Gemeinschaft hat daran kaum was verändert. Ausländerhaß,

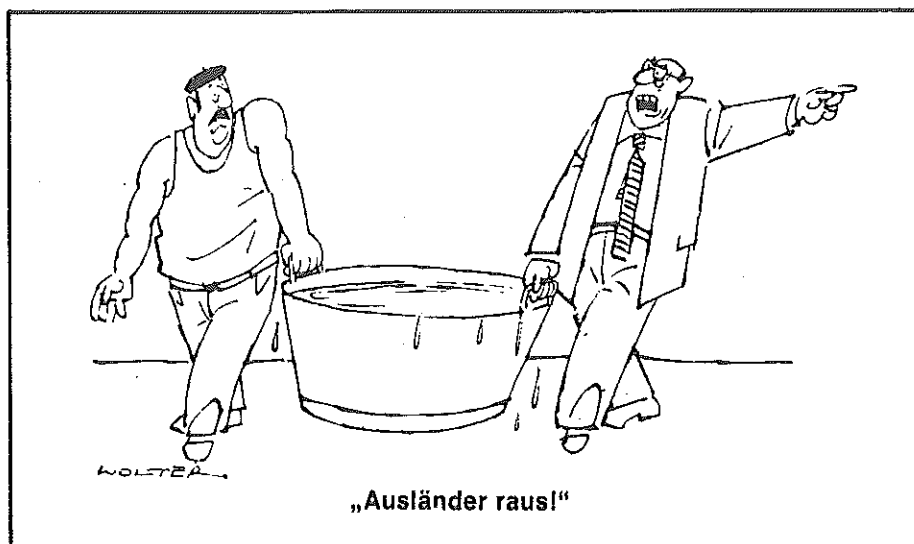
Diskriminierung, Vorurteile werden durch bürgerliche Hetzblätter und Neonazis geschürt, und zwar mit Absicht. Damit soll verhindert werden, daß deutsche und ausländische Arbeiter und Jugendliche ihre gemeinsamen Interessen erkennen. Es soll ablenken von den eigentlichen Ursachen für Krise und Arbeitslosigkeit. Am schlimmsten trifft es dabei die Asylbewerber. Das ist in den bürgerlichen Medien die Rede von einer „Asylantenflut“. Bundesinnenminister Zimmermann geht sogar mit falschen Zahlen hausieren. 605.000 Flüchtlinge hätte es angeblich im September 1985 in

der BRD gegeben. Nach Angaben des Hochkommissars für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen und deutscher Hilfsorganisationen waren es aber nur 126.000 Flüchtlinge. Im Vergleich dazu hat die BRD unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg 11,3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen.

Von den 15 Millionen Flüchtlingen, die es derzeit auf der Welt gibt, befinden sich nur 5% in Europa. Und der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung liegt in der BRD bei 0,2%, in Schweden liegt dieser Anteil bei 1,09%, in Frankreich bei 0,31%.

Außerdem wird behauptet, daß das Asylrecht von sogenannten Wirtschaftsasylanten mißbraucht würde. Aber jeder, der sein Land verlassen muß, weil er dort seine Existenz nicht mehr sichern kann, ist ein politischer Fall. Er flieht vor ökonomischen Verhältnissen, die nicht von ihm verursacht werden, sondern von dem politischen System.

Die Asylantenhetze dient einzig und allein dazu, die Asylbewerber zu Sündenböcken der Krise zu machen und das Asylrecht weiter einzuschränken. Insgesamt lebten Ende 1985 4,38 Millionen Ausländer in der BRD. D.h. 7,1% der Bevölkerung sind Ausländer. Das sind 300.000 weniger als 1982. Die meisten dieser Menschen wurden in den 60er und 70er Jahren von den Unternehmern in die BRD geholt, um ihre Arbeitskraft auszubeuten.



Mehr als die Hälfte, nämlich 2,2 Millionen Ausländer, leben seit mehr als 10 Jahren in der BRD. Die Enthüllungen von Günther Wallraff haben schlaglichtartig deutlich gemacht, unter welch katastrophalen Bedingungen viele Ausländer arbeiten und leben müssen.

Die Wohnverhältnisse sind zum Teil haarsträubend. Für feuchte, dunkle Kellerlöcher mit katastrophaler Beengtheit sacken die Wohnungsspekulanten horrenden Mieten ein. Es ist kein Einzelfall, wenn in Großstädten abbruchreife Häuser an Ausländer vermietet werden: In einem Raum schlafen, kochen, essen und „wohnen“ und pro Kopf bis zu 400 Mark monatlich zahlen. Mit den Geldern, die die Sozialämter für die Unterbringung von Asylbewerbern aufbringen, verdienen sich deutsche Hoteliers und Spekulanten goldene Nasen.

Das bundesdeutsche Ausländerrecht ist gesetzlich verankertes Unrecht. Ausländer werden zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. Ohne Aufenthaltserlaubnis gibt's keine Arbeitserlaubnis und ohne Arbeitserlaubnis keine Aufenthaltserlaubnis ... ein Teufelskreis! Der Ermessungsspielraum, über den die Behörden bei der Auslegung des Ausländerrechts



verfügen, ist nur ein beschönigender Ausdruck für Willkür. So geschieht es z.B., daß ausländische Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, einfach abgeschoben werden, obwohl sie kein Wort ihrer Muttersprache verstehen. Die Familie wird auseinandergerissen. Für ausländische Arbeiter bestehen viele Grundrechte praktisch nicht. Sie haben z.B. kein Wahlrecht. Politische Betätigung kann weitgehend verboten werden.

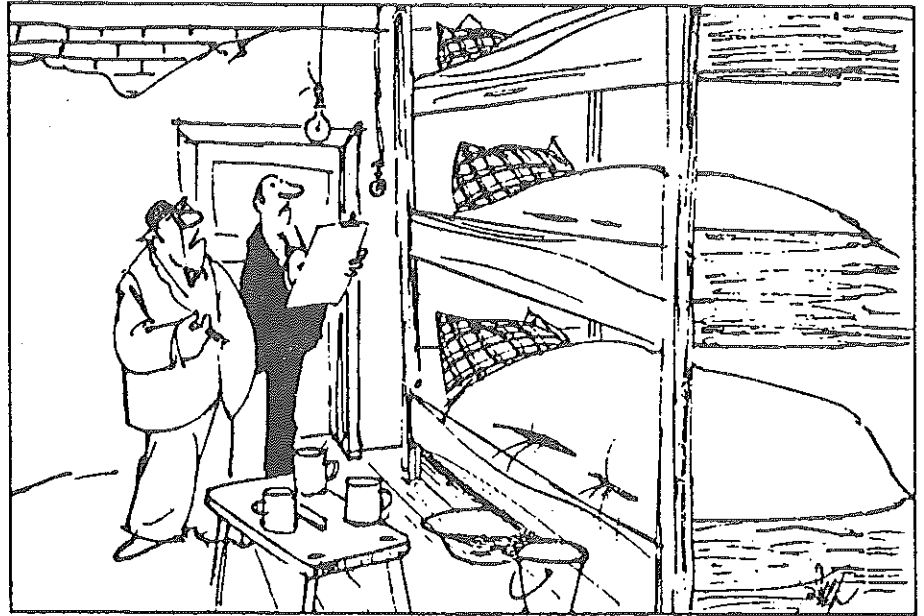
1973 wurde der Anwerbestopp verhängt. 1974 wurden Erschwernisse für die Arbeitserlaubnis eingeführt. Anfang der 80er Jahre wurden sogenannte Rückkehranreize eingeführt und gleichzeitig die Nachzugsberechtigung für Kinder von 16 auf 6 Jahre reduziert. 1983 wurde in dem Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern

beschlossen, den Rückkehrwilligen den Arbeitnehmeranteil der Rente auf einen Schlag auszubezahlen. Um den Arbeitgeberanteil, den die ausländischen Arbeiter erarbeiteten, wurden sie betrogen.

Und es ist bezeichnend für den Zynismus der Kohl-Regierung, daß im „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und Entlastung der Familie“ ausländischen Familien die Steuern erhöht wurden. Ausländer, bei denen die Familie im Ausland wohnt, erhalten nur noch Steu-

die Aussichten für diejenigen Jugendlichen, die in der BRD aufgewachsen sind und gezwungenermaßen mit ihren Eltern zurückkehren müssen. Aber auch für diejenigen ausländischen Jugendlichen, die in der BRD bleiben, ist die Lage miserabel. Nur jeder 5. ausländische Jugendliche zwischen 15 und 18 erhält eine Lehrstelle und davon sind nur 1/3 Mädchen.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß ausländische Jugendliche gegen deutsche



„Hier integrieren wir drei Italiener, acht Spanier oder zwölf Türken“

erklasse I. Das bedeutet, daß ein ausländischer Arbeiter, der brutto 2900,- DM verdient und dessen Familie im Ausland lebt, 278,90 DM mehr Steuern bezahlen muß als sein deutscher Kollege. Das Ehegattensplitting konnte er noch nie in Anspruch nehmen.

Wer eine Aufenthaltsberechtigung beantragt, muß unter anderem ausreichend Wohnraum nachweisen. Je nach Bundesland werden pro Person bis 12 Wohnraum verlangt. Diese Anforderung würden längst nicht alle deutschen Familien erfüllen!

Unter dem Druck steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Diskriminierung sind viele Arbeiter wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt – ohne Perspektive. Besonders trostlos sind dabei

ausgespielt werden. Das schwächt uns und stärkt die Bosse. Überall auf der Welt sind es die gleichen Konzerne, die für die ökonomischen und politischen Zustände verantwortlich sind. 500 multinationale Konzerne beherrschen 90% des Weltmarktes. Daimler macht z.B. in der BRD unter bürgerlich demokratischen Verhältnissen Riesenprofite. In Ländern der 3. Welt unterstützt der Konzern Militärregimes, um die Arbeiter unter Hungerlöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen und ohne gewerkschaftliche Rechte auszubeuten. Telle und herrsche, das ist das Prinzip der kapitalistischen Wirtschaft. Nur wenn wir uns nicht mehr spalten lassen werden wir in der Lage sein, uns aus der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Hände weg vom Asylrecht. Keine Abschiebungen mehr.
- ▶ Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber.
- ▶ Keine Gettobildung, sondern ausreichenden und billigen Wohnraum für alle.
- ▶ Für alle Jugendlichen, deutsche und ausländische, eine Berufsausbildung und einen garantierten Arbeitsplatz mit einem Mindestlohn von 1500,- DM netto.
- ▶ Kostenloser deutscher Sprachunterricht bei voller Unterhaltssicherung (Lohnfortzahlung, Bafög o.ä.).
- ▶ Zusatz-Kurse für ausländische Kinder und Jugendliche an allen Schulen zur Förderung der Zweisprachigkeit.
- ▶ Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze, Steuernachteile und aller übrigen diskriminierenden Gesetze und Bestimmungen. Völlige rechtliche Gleichstellung. Volles Wahlrecht auf allen Ebenen nach 2jährigem Aufenthalt in der BRD.
- ▶ Eine von SPD und den Gewerkschaften geführte Kampagne zur vollständigen und aktiven Bekämpfung von Ausländerhaß, Vorurteilen und Benachteiligungen.

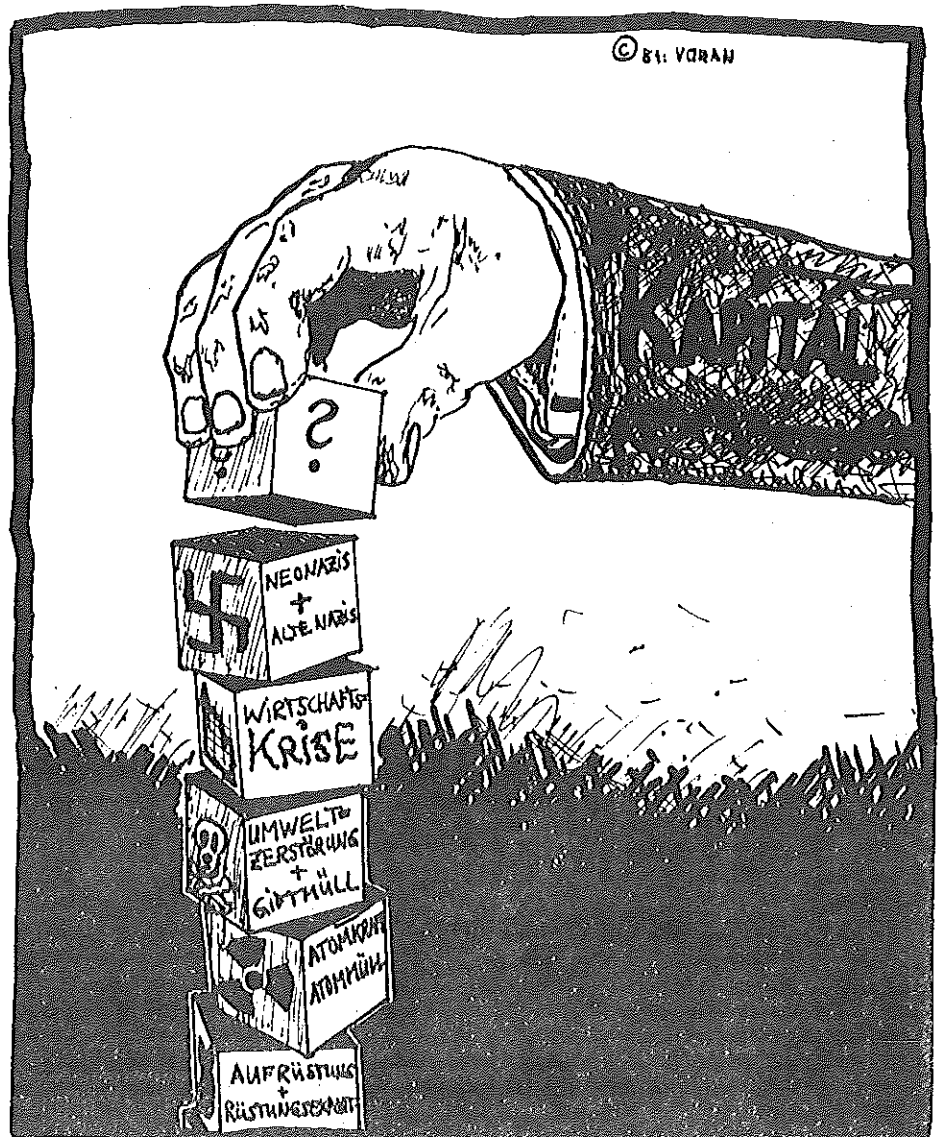
II.

Kapitalismus - keine Zukunft für die Jugend

Mit unserer Gesellschaft gehts bergab. Tagtäglich gibt es neue Schreckensmeldungen: Hungerkatastrophen, Kriege, Massenelend, steigende Arbeitslosigkeit, Regierungskrisen, Staatsaffären, Börsenkrachs, Wirtschaftseinbrüche, Wohnungsnot, Armut, Reaktorunfälle, Waldsterben, Umweltverseuchung, Nahrungsmittelvergiftungen, Krankheiten... und überall steigende Tendenz. Wer kann schon optimistisch in die Zukunft blicken. Nicht mal die Kapitalisten - und denen geht es noch am besten.

Der Kapitalismus schlittert weltweit von einer Krise in die nächste. Und wer wird sie ausbaden? Wer muß die Folgen tragen? - Vor allem die jungen Generationen. Ständig wird uns eingehämmert: „Ihr müßt maßhalten! Eure Ansprüche sind zu hoch! Ihr müßt den Gürtel enger schnallen!“ Ist es denn zuviel verlangt, wenn wir eine ordentliche Schulausbildung, eine Lehrstelle, einen Studienplatz, einen sicheren Arbeitsplatz, ein existenzsicherndes Einkommen, eine gesunde Umwelt und Frieden wollen? Warum sollen wir zugrunde gehen, während die herrschende Klasse in Saus und Braus lebt?

Der Kapitalismus hat uns in den Industrieländern nichts zu bieten außer immer größerem gesellschaftlichen Elend und immer größeren Horror in den Ländern der „Dritten Welt“. Nur wenn wir dieses Profitsystem abschaffen und durch eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft ersetzen, die Rücksicht auf die Natur nimmt und keinen hemmungslosen Raubbau betreibt, dann kann die Lebensqualität aller arbeitenden Menschen mit Hilfe der modernen Technik sogar noch in bisher unvorstellbare Höhen angehoben werden.



Wirtschaftskrisen des Systems

„Die nächste Krise kommt bestimmt!“ – Das ist die einzige sichere Prognose, die man für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft abgeben kann.

Seit seinem Bestehen hat der Kapitalismus weltweit mit schöner Regelmäßigkeit Krisen erzeugt: mal kleinere, mal größere, manchmal sogar katastrophale. Jede Krise trifft die Arbeiter und die Jugend besonders hart. Arbeitsplätze gehen flöten. Die Löhne werden gesenkt. Die Zukunftsaussichten verdüstern sich.

In der BRD ist dies nicht anders. Seit 1950 besteht eine langfristige Tendenz: Das Wachstum der Wirtschaft (des Bruttosozialproduktes) geht zurück. Man kann den Durchschnittswert ausrechnen, den das jährliche reale Wachstum

des Bruttosozialproduktes während der drei Nachkriegsjahrzehnte erreichte. Das ergibt folgendes Ergebnis:

50er Jahre: 7,9 Prozent

60er Jahre: 5,0 Prozent

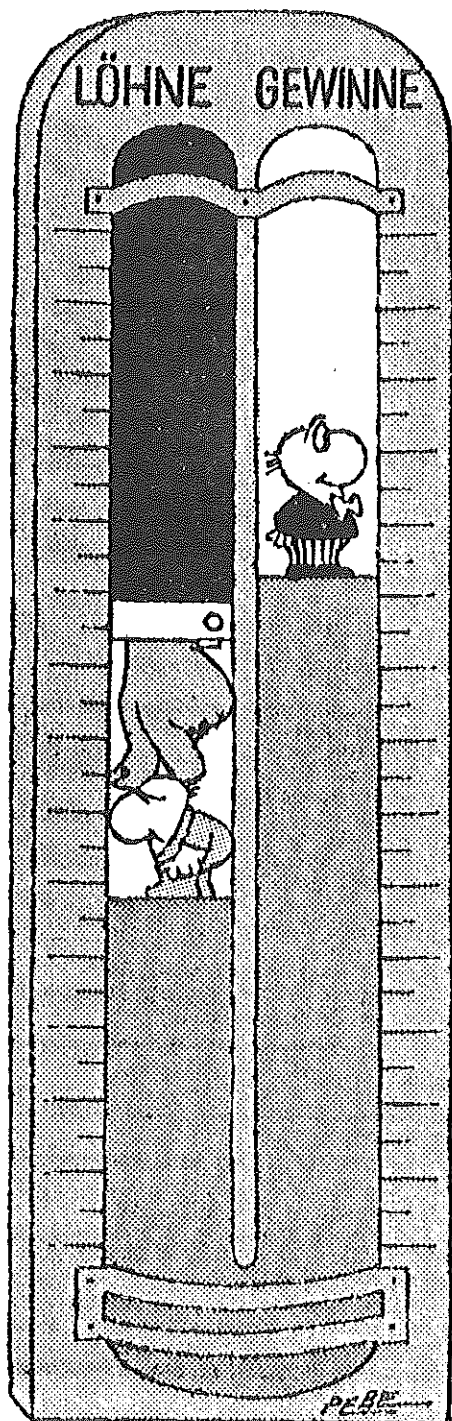
70er Jahre: 3,1 Prozent

80er Jahre: 1,3 Prozent

Bereits im Zeitraum 1950–1974 ist das Wachstum regelmäßig für eine kurze Zeit abgesackt. Diese „Krisen“ hat aber kaum jemand beachtet. Wegen der allgemein hohen Wachstumsraten gab es während dieser Konjunkturlinbrüche immer noch 3–4% Zuwachs. Schlimme Auswirkungen

des Lebensstandard könnte steigen. Tatsächlich wachsen aber Armut und Elend in der Dritten Welt, leben immer mehr Menschen auch in den Industrieländern in materieller Not.

Gibt es keinen Ausweg? Offensichtlich nicht. Sonst wäre es gar nicht erst so weit gekommen. Wer einen Ausweg wüßte, könnte damit bestimmt eine Menge Geld verdienen. Viele kluge Professoren haben schon Vorschläge gemacht, wie der Kapitalismus Krisen vermeiden könnte. Dafür haben sie sogar Nobelpreise bekommen. Aber wenn man ihre Vorschlä-



gen hatten diese Verlangsamungen auch nicht.

Seit Mitte der 70er Jahre ist dies anders. Jeder Konjunkturlinbruch läßt das Sozialprodukt sofort schrumpfen (sogenannte Rezession). Folge: emporschießende Arbeitslosenzahlen mit allen möglichen üblen Auswirkungen.

1–2%ige Zuwachsraten wie 1983–87 werden heute schon als großartige Aufschwünge und Booms gefeiert. Früher gab es in der Hochkonjunktur Vollbeschäftigung. Heute gibt es nicht mal mehr einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit im Boom.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat längst aufgehört, eine fortschrittliche Rolle zu spielen. Denn es kann die ungeheuren wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten nicht mehr gesamtgesellschaftlich nutzbringend einsetzen. Das sieht man z.B. daran: Die Hälfte der jährlichen Agrarüberschüsse würden ausreichen, um die ganze Weltbevölkerung satt zu machen. Trotzdem sterben jährlich 40 Millionen Menschen an Hunger; die Agrarüberschüsse werden vernichtet.

Alein in den westlichen Industrieländern gab es 1986 30 Millionen Arbeitslose; Produktionsanlagen liegen brach. Damit könnten weltweit dringend benötigte Güter hergestellt werden, der Le-

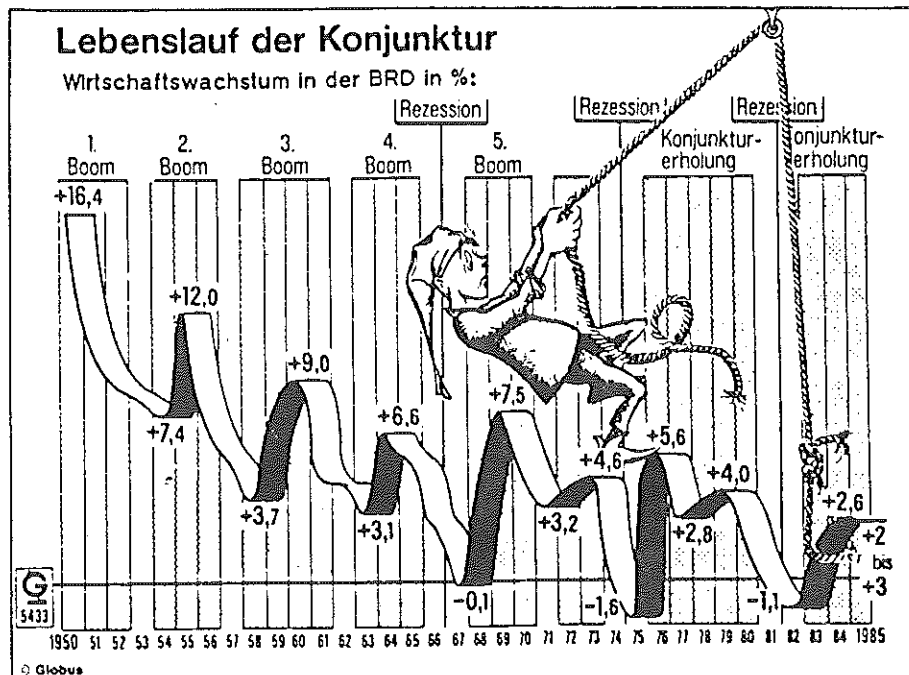
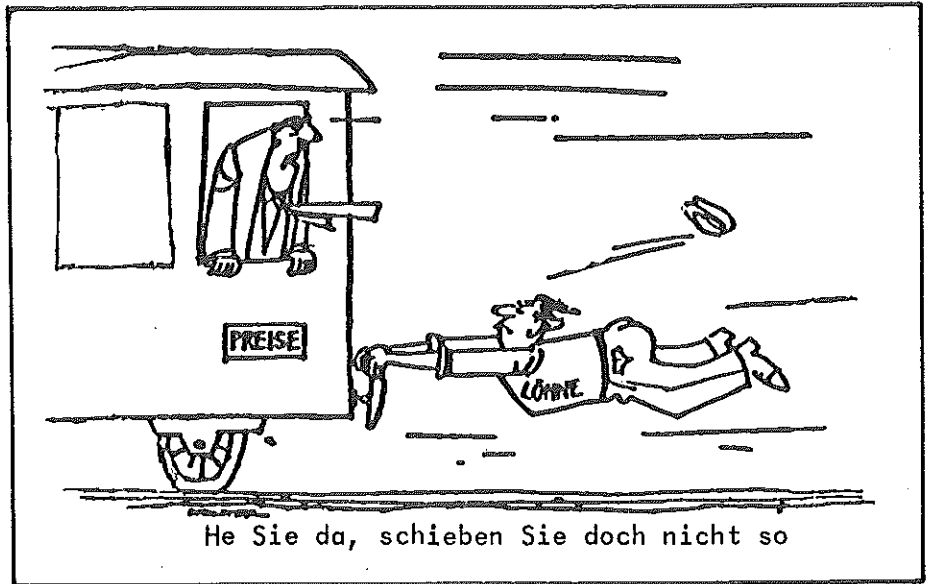
ge ausprobiert hat, dann haben sie nie funktioniert. Heutzutage sind die kapitalistischen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker ratloser denn je.

Wie kommt es überhaupt zur Krise? Das liegt am kapitalistischen System selbst. Es beruht darauf, daß der Großteil der Fabriken, Maschinen usw. (die Produktionsmittel) nur einigen wenigen Privateigentümern gehören. Diese produzieren Waren. Die Privateigentümer machen sich gegenseitig Konkurrenz. Jeder will so viel wie möglich verkaufen. Also produziert jeder so schnell und viel und billig wie er kann. Die Produktion steigt. Jeder muß einen möglichst hohen Gewinn einstreichen, wenn er als Kapitalist bestehen will. Deshalb hält jeder die Löhner „seiner“ Arbeiter so gering wie's geht. Mit den Löhnen kaufen die Arbeiter die Waren (außer was die Kapitalisten selbst verbrauchen).

Nun kommt regelmäßig ein Punkt, wo mehr Waren produziert werden, als abgesetzt werden können. Warum können sie nicht abgesetzt werden? Nicht weil alle Arbeiter speisatt wären. Sondern weil sie als denkbare Käufer nicht genug Geld zum Bezahlen haben. Und verschenken tut ein Kapitalist natürlich nichts! Also bleibt er auf seiner Ware sitzen – er leidet an einer Überproduktionskrise.

Die hat sich früher so dargestellt, daß die Lager überfüllt waren und auf Halde produziert wurde. Heute, wo es durch computergesteuerte Produktionsabläufe kaum Lagerhaltung gibt und Marktchancen frühzeitig berechnet werden können, fährt er die Produktion herunter und läßt Produktionskapazitäten brachliegen. Die regelmäßigen Überproduktionskrisen äußern sich also heute in Form von Überkapazitäten. In dieser Lage läßt der Kapitalist kurzarbeiten oder entläßt einen Teil der Arbeiter. Arbeitslose Arbeiter haben keinen Lohn, und ohne Lohn können sie nichts kaufen. Die Absatzkrise verschärfte sich immer mehr.

Je schärfer die Absatzkrise ist, umso mehr Kapitalisten gehen bankrott. Nur die Stärksten und Größten halten durch. Jeder Bankrott zieht eine gewisse Menge Waren und Kapital aus dem Verkehr. Gab's genug Bankrotte, dann ist die Ver-



nen Handelskriegen zwischen den Industrieländern.

Das Finanzsystem hat sich gegenüber der Produktion und dem Warenhandel bis zu einem gewissen Grad verselbständigt. Das wird früher oder später zu umso turbulenteren Entwicklungen führen: starke Wechselkursschwankungen, Aktienkursstürze, Inflation, Bankenkrähe, Staatsbankrotte.

Die Dritte-Welt-Länder sind hoffnungslos verschuldet. Aber auch die USA – die größte Wirtschaftsmacht der Welt – schiebt einen Gesamtschuldenberg vor sich her, der fast doppelt so groß wie der Wert einer US-Jahresproduktion ist. In jedem Staat steigt die Verschuldung auf schwindelnde Höhen. Es muß sogar damit gerechnet werden, daß es in den 90er Jahren zu einer weltweiten wirtschaftlichen Depression kommt wie 1929. Die Auswirkungen wären noch katastrophaler.

Selbst ohne eine solche Depression ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit in der BRD in den nächsten Jahren auf 6 Millionen ansteigt. Soweit darf es nicht kommen. Ein Zurück zu den Zuständen wie in den 30er Jahren muß verhindert werden.

stopfung auf dem Warenmarkt beseitigt. Es kann wieder aufwärts gehen – bis zur nächsten Krise.

Diese Krisen könnte man nur vermeiden, wenn man die gesamte Produktion aller Kapitalisten plant. Und wenn sich jeder an den Plan hält. Aber kein Kapitalist hält von diesem Ansinnen etwas. Da könnten sie ja gleich alle ihr Eigentum verschenken, wenn sie damit nicht mehr nach eigenem Gutdünken verfahren dürften!

Wegen des Privateigentums an Produktionsmitteln und wegen der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander entsteht das Chaos, die Anarchie, die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise.

Sie ist darum untrennbar mit regelmäßigen Wirtschaftskrisen verbunden. Wer die Wirtschaftskrisen abschaffen will, der muß den Kapitalismus abschaffen.

Die Perspektiven für den Kapitalismus versprechen keine Änderung dieser Aussichten. Ein neuer langanhaltender und breiter Aufschwung ist unmöglich. Die langfristige Tendenz ist Stillstand

oder gar Abstieg vom erreichten Produktionsniveau. Nur schwache Aufschwünge werden diese Tendenz vorübergehend unterbrechen.

In den kommenden Rezessionen wird die hohe Exportabhängigkeit der BRD zu einem Faktor größter Instabilität werden. Die Widersprüche des Kapitalismus haben sich weltweit enorm verschärft. 500 multinationale Konzerne beherrschen heute 90% des Weltmarktes. Der Konkurrenzkampf um einen schrumpfenden Weltmarkt führt zu versteckten und offe-

Deshalb fordern wir:

- ▶ Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- ▶ Entschädigung der enteigneten Kapitalbesitzer nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.
- ▶ Demokratische Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Harmonisierung einer krisenfreien Produktion.
- ▶ Abschaffung der Ausbeutung der unterentwickelten Länder durch den Aufbau einer weltweiten Föderation sozialistischer Staaten. Internationale Planung der Nutzung von Rohstoffen und aller Kapazitäten und Ressourcen zum Vorteil aller. Internationale Zusammenarbeit bei der Beseitigung und Verhinderung von Umweltschäden und der Vernichtung von Waffen.

PROFIT
RATIONALISIERUNG

Aufrüstung und Kriegsgefahr

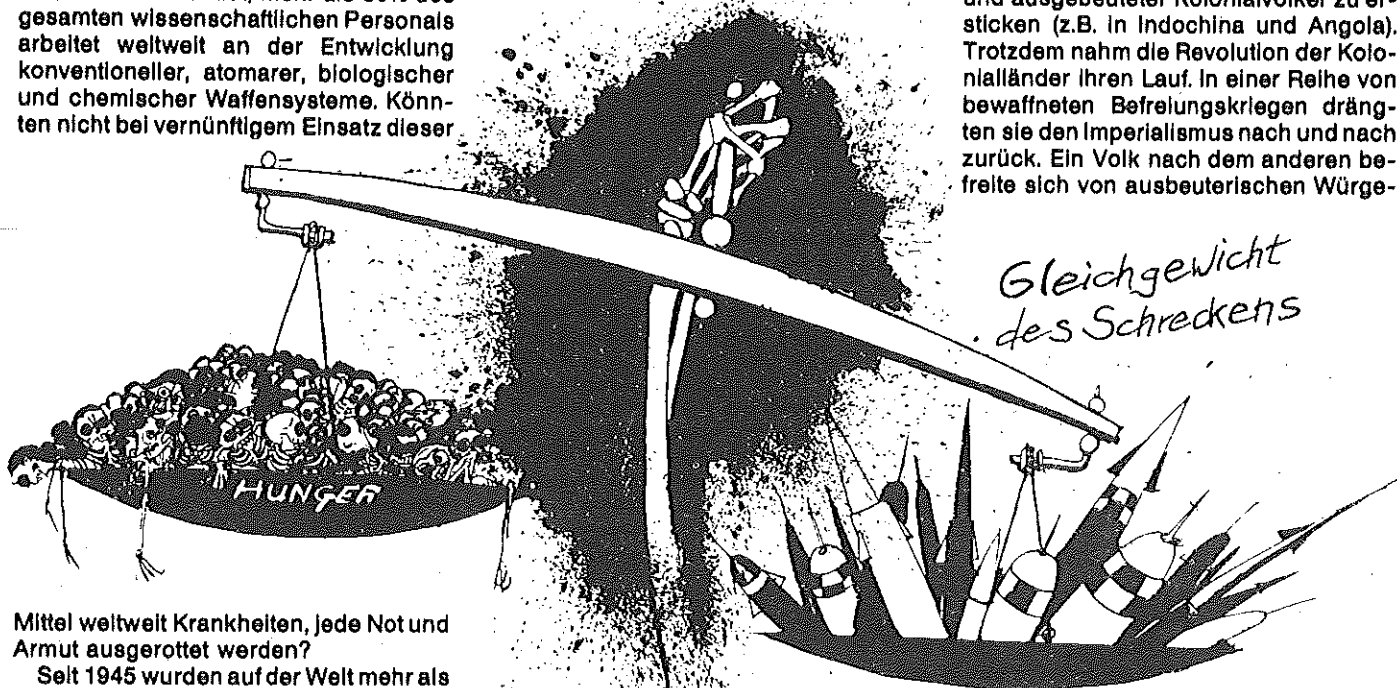
Droht ein neuer Weltkrieg? Diese Frage hast Du Dir sicher auch schon gestellt. Denn: trotz Abrüstungsverhandlungen und Diplomatie nimmt das Vernichtungspotential immer bedrohlichere Ausmaße an. Die vorhandene Atom Sprengkraft ist eine Million mal so groß wie die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Das amerikanische Rüstungsprogramm SDI ist das größte Militärprogramm seit Hitler. 100 Millionen Menschen müssen weltweit ihre Arbeitskraft an die Rüstungsindustrie verkaufen. Die Hälfte aller Forschungsmittel wird fürs Militär verschwendet, mehr als 50% des gesamten wissenschaftlichen Personals arbeitet weltweit an der Entwicklung konventioneller, atomarer, biologischer und chemischer Waffensysteme. Könnten nicht bei vernünftigen Einsatz dieser

kordzahl in der sogenannten „Nachkriegs“-Zeit, ja in der gesamten Menschheitsgeschichte. Und was folgte der Vernichtung einiger atomarer Mittelstreckensysteme auf dem Fuße? Die Modernisierung und Entwicklung neuer Waffensysteme und -strategien durch die NATO.

Es kann keine dauerhaften Abrüstungsverträge und schon gar keine vollständige atomare Abrüstung auf dem Verhandlungsweg geben, solange der Imperialismus existiert. Die Hoffnung auf

auf dem Gemeineigentum der Produktionsmittel und auf einer Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung beruht, wird dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf endgültig ein Ende bereiten. Erst dann können wir die Waffenarsenale auf der ganzen Welt verschrotten.

Beutegierige Großmächte und Imperialisten griffen zu Völkermorden, Napalmbomben, künstlichen Hungersnöten und Überschwemmungen, um die Aufstände und Befreiungskämpfe jahrhundertlang unterdrückt gehaltener und ausgebeuteter Kolonialvölker zu ersticken (z.B. in Indochina und Angola). Trotzdem nahm die Revolution der Kolonialländer ihren Lauf. In einer Reihe von bewaffneten Befreiungskriegen drängten sie den Imperialismus nach und nach zurück. Ein Volk nach dem anderen befreite sich von ausbeuterischen Würge-



Mittel weltweit Krankheiten, jede Not und Armut ausgerottet werden?

Seit 1945 wurden auf der Welt mehr als 200 Kriege geführt. Dabei gab es 250 Millionen Tote. Das sind viermal mehr als im Zweiten Weltkrieg. Weltfrieden hat es noch nie gegeben und wird es nie geben, solange es Kapitalismus gibt.

Nehmen wir das Jahr 1986. Es wurde von den Vereinten Nationen zum Friedensjahr erklärt. Und was passierte? Die Militärausgaben erreichten einen neuen Rekord. 1000 Mrd. Dollar wurden weltweit für Rüstung ausgegeben. Das waren 6% der Weltwirtschaftsleistung. 1945 gab es 3 Atomwaffen, 1986 60.000. Von Frieden keine Spur. Im Friedensjahr der Vereinten Nationen tobten auf jedem Kontinent Kriege und/oder Bürgerkriege.

Das Jahr darauf, 1987, war das Jahr des Abrüstungsabkommen zwischen Reagan und Gorbatschow über die Verschrottung atomarer Mittelstreckenwaffen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr eine breitere Öffentlichkeit, daß es bis dahin gar keine echten Abrüstungsverträge gegeben hatte, sondern die SALT- und sonstigen Verhandlungen nur immer eine Begrenzung der Aufrüstung zum Inhalt hatten.

Doch was war die Bilanz dieses „historischen“ Jahres '87? Weltweit 22 Kriege mit 2,2 Millionen Todesopfern – eine Re-

eine „Koalition der Vernunft“ mit den Kapitalisten ist vergeblich.

Der Kapitalismus hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Grundlage. Und dabei macht er nicht an nationalen Grenzen halt. Zur Niederhaltung seines äußeren und inneren Feindes braucht er eine Armee. Denn Kriege sind die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln. Und Bürgerkriege sind die Fortsetzung des Klassenkampfes mit militärischen Mitteln.

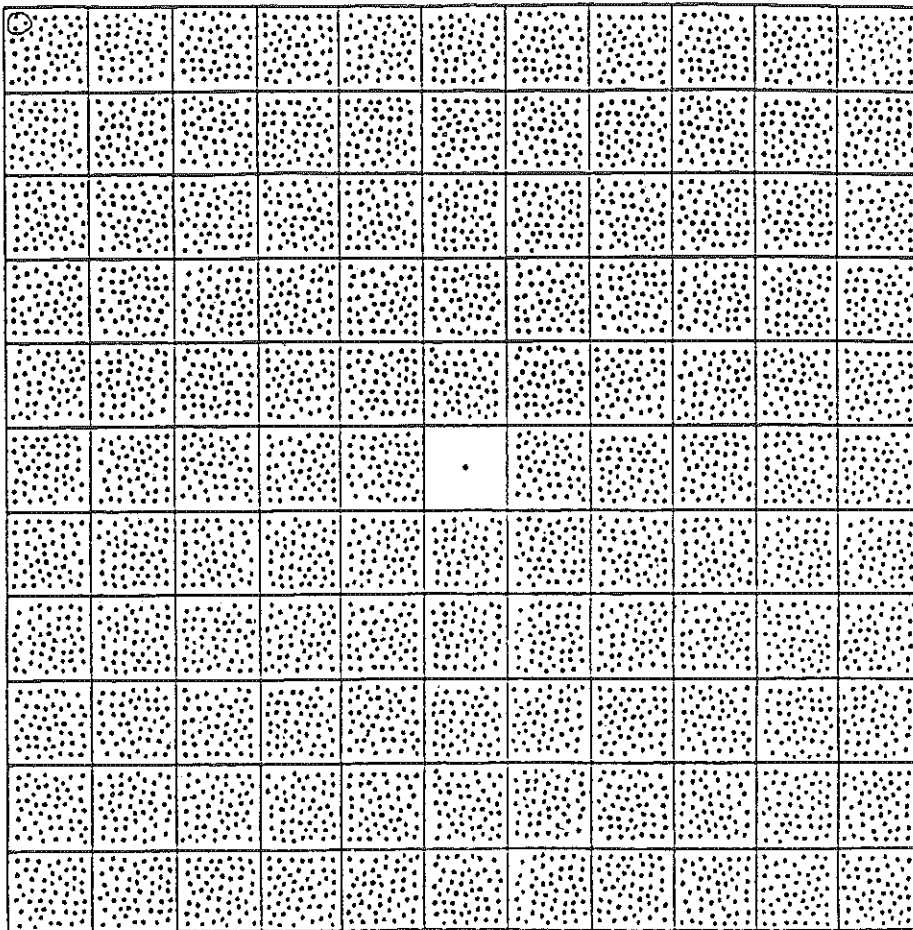
Wenn der Imperialismus sich auf Abrüstungsverträge einläßt, dann nur, um diese Verträge später zu brechen. Das zeigt die Erfahrung zwischen den beiden Weltkriegen. Und mit SDI verstoßen die USA gegen den ABM-Vertrag von 1972, den Weltraumvertrag von 1967 und gegen den begrenzten Teststoppvertrag von 1963.

Selbstverständlich unterstützen wir jede Forderung und jeden Kampf für eine Teilabrüstung hier und heute. Doch das genügt uns nicht. Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, die

griffen und stürzte Kapitalismus und Großgrundbesitz. In den letzten Jahrzehnten erlitt der Imperialismus gegen seine früheren Kolonien eine militärische Niederlage nach der anderen.

In den Ländern der Dritten Welt erreichte die Sowjetunion eine ungeheure Anziehungskraft. Die allgemeine Steigerung des Lebensstandards in der Sowjetunion wurde erstrebenswert für die





Diese Graphik zeigt die Zerstörungskraft der heutigen Atomwaffen im Vergleich zur Zerstörungskraft der Waffen des Zweiten Weltkrieges. Der Punkt im Quadrat in der Mitte symbolisiert die gesamte im Zweiten Weltkrieg verwendete Zerstörungskraft: drei Megatonnen. Die anderen Punkte stellen die heutigen Nuklear-Arsenale dar, die 6000 Zweiten Weltkrieges gleich kommen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verfügen über etwa die gleich große Zerstörungskraft. Der Kreis oben links schließt neun Megatonnen ein, die Waffen

eines einzigen „Poseidon“-U-Bootes, genügend, um die 200 größten sowjetischen Städte zu vernichten. Der Kreis unten in der Mitte schließt 24 Megatonnen ein, die Zerstörungskraft eines einzigen neuen „Trident“-U-Bootes, genügend, um alle größten Städte der nördlichen Halbkugel zu vernichten. Die Sowjets verfügen über ähnlich große Waffensysteme. Zwei Quadrate dieser Graphik (300 Megatonnen) stellen die Zerstörungskraft dar, um alle mittleren und großen Städte der Welt zu vernichten.

verschiedene Armeen von allen Seiten in Rußland, um die Revolution zu zerschlagen. Doch die sowjetischen Arbeiter und Bauern verteidigten mit allen Mitteln die Errungenschaften der Revolution. Da die ausländischen Soldaten immer mehr mit der Revolution sympathisierten und sich weigerten, den Befehlen ihrer imperialistischen Generäle zu gehorchen, mußten die westlichen Regierungen den Rückzug antreten.

1941 überfiel der Hitlerfaschismus das Land. Damals hatte Stalin längst sein Terrorregime errichtet, das sich in den Herrschaftsmethoden kaum von den Nazis unterschied. Aber die russische Bevölkerung und die Soldaten wußten genau, daß sich ihre allgemeinen Lebensbedingungen unter Kapitalismus und Faschismus enorm verschlechtern würden. Immerhin gab es auf der Grundlage der Planwirtschaft einen allgemeinen Anstieg des Lebensstandards. Deshalb waren die Massen in der Sowjetunion und später in ganz Osteuropa nicht bereit zu unsicheren kapitalistischen Zuständen zurückzukehren.

In Ost und West bestehen zwei unvereinbare Gesellschaftssysteme. Die Ost-

Masse der Bevölkerung, die in der unterentwickelten Welt in absolutem Elend lebt. Unter der Führung von Befreiungsarmeen kam es zur Schaffung von Staaten wie in der Sowjetunion. Die chinesische Revolution 1949 war der zweitgrößte Schock für die Kapitalisten nach der russischen Revolution. Den Kapitalisten ging dadurch ein riesiges Gebiet verloren, das sie nicht länger ausbeuten konnten. Andere Länder folgten diesem Beispiel: Kuba, Vietnam, Angola, Mosambik, Syrien . . .

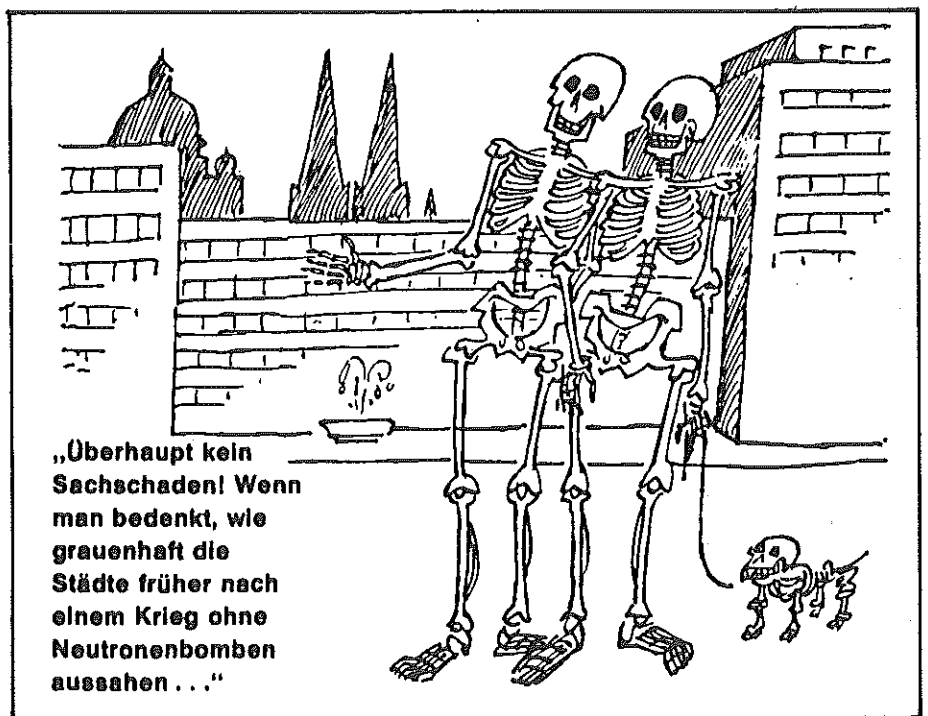
Je schlimmer das Elend für die Masse der Bevölkerung in der 3. Welt wird, desto wahrscheinlicher ist es, daß es zu neuen Revolutionen kommt, die entweder eine Arbeiterdemokratie zur Folge haben oder zunächst in einem System ähnlich der Sowjetunion oder China enden.

Die imperialistischen Großmächte wissen das ganz genau. Die einzige Möglichkeit, die sie letztlich sehen, um ihre Interessen durchzusetzen, ist der Krieg. Doch militärische Siege sind für den Imperialismus immer unsicherer. Der Prozeß der Weltrevolution kann durch nichts gestoppt werden. In diesem Sinne stellt die Existenz des sowjetischen Blocks eine enorme Bedrohung für den Imperialismus dar. Nicht, weil der Westen an einen Angriff oder an weltrevolutionäre Bestrebungen der Bürokratie glauben würde, sondern durch die enorme Überlegenheit, die das System des Staatseigentums an Produktionsmitteln und der geplanten Wirtschaft darstellt. Immerhin hat sich die Sowjetunion trotz Bürokratie innerhalb der 70 Jahre seit



(Mitarbeiter des amerikanischen Senats haben die Graphik geprüft und sie als getreue Wiedergabe der gegenwärtigen Nuklear-Arsenale bestätigt.)

der Oktoberrevolution von einem völlig rückständigen Land zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht entwickelt. Keinem anderen Land in der Dritten Welt ist dies auf der Basis des Kapitalismus gelungen. Zweimal hat der Imperialismus versucht, die Sowjetunion ins kapitalistische Lager zurückzuholen, und jedesmal ist er gescheitert. 1920 drangen 21



blockbürokratie hat keinerlei Interesse an einem Krieg mit dem Westen. Ihr System hat wirtschaftlich keinen Vorteil davon und die Kreml-Bürokratie hat genug Probleme, die Arbeiter in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten unter Kontrolle zu halten. Sie wissen nur zu gut, daß die Arbeiter in den westlichen Ländern niemals bereit wären, ihr bürokratisches System zu akzeptieren.

Die Rüstungsausgaben sind außerdem eine enorme Belastung für die Wirtschaft der Sowjetunion. Was in die Rüstung fließt, kann nicht konsumiert werden. Und je weniger die Konsumwünsche der Masse der Bevölkerung erfüllt werden können, desto weniger sind die Arbeiter bereit, die Herrschaft der Bürokratie hinzunehmen. Um diese Rüstungslasten zu senken, hat die Sowjet-



union großzügige Abrüstungsangebote gemacht.

Nicht außer Acht zu lassen ist, daß die Herrschenden Armeen auch gegen den inneren Feind – die Arbeiterklasse – brauchen. Dies gilt sowohl für die kapitalistischen als auch die Ostblockstaaten.

Doch damit ist die Frage eines Weltkrieges noch nicht beantwortet. VORAN geht davon aus, daß ein Weltkrieg nicht wahrscheinlich ist in den nächsten Jahren. Ein Weltkrieg auf dem heutigen Stand der atomaren, biologischen und chemischen Rüstung würde das Ende jeglicher Zivilisation bedeuten. Er wäre auch das Ende der Herrschenden selbst. Deshalb werden sie ihn nicht einfach über Nacht vom Zaun brechen – trotz aller Gegensätze zwischen Ost und West und zwischen den imperialistischen Staaten selbst.

Wer einen Weltkrieg anzetteln wollte, müßte zuerst eine brutale Militärdiktatur errichten, um die Arbeiter und die ge-

samte Bevölkerung seines Landes vollständig zu unterdrücken, damit jeder Widerstand im Keim erstickt wird. Aber anders als in den 30er Jahren ist die Arbeiterklasse in allen westlichen Ländern heute stärker und selbstbewußter denn je. In den bevorstehenden Klassenkämpfen der nächsten Jahre werden wir wiederholt die Gelegenheit erhalten, den Kapitalismus ein für alle mal zu beseltigen.

Wenn es der organisierten Arbeiterbewegung nicht gelingt, die Krise des Kapitalismus durch eine sozialistische Revolution zu beseltigen und wenn sie stattdessen entscheidende Niederlagen einsteckt, wird es passieren, daß in westlichen Ländern Militärregimes an die Macht kommen. Dann ist ein neuer Weltkrieg nicht ausgeschlossen. Deshalb lautet die Alternative am Ende des 20. Jahrhunderts: Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab, oder der Kapitalismus schafft uns ab.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte.
- ▶ Keine Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme.
- ▶ Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt.
- ▶ BRD raus aus der NATO / NATO raus aus der BRD.
- ▶ Abschaffung jeglicher Geheimdiplomatie. Veröffentlichung aller Geheimverträge.
- ▶ Der Verteidigungsetat der BRD muß für die Finanzierung der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung alternativer und gesellschaftlich nützlicher Produktion eingesetzt werden.
- ▶ Auflösung von Bundeswehr und NATO und garantierte Arbeitsplätze für alle ehemaligen Soldaten in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen.
- ▶ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung und Umstellung auf sinnvolle Produktion.

Umwelt und Verkehr

„Die Umwelt wird wichtige Fähigkeiten zur Erhaltung von Leben verloren haben. Bis zum Jahr 2000 werden 40% der im Jahre 1978 in den unterentwickelten Ländern noch vorhandenen Wälder abgeholzt sein. Die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre wird das vorindustrielle Niveau um 1/3 übersteigen. Die Bodenerosion wird weltweit im Durchschnitt mehrere Zentimeter Ackerland abgetragen haben. Die Wüstenausdehnung wird sich auf einen erheblichen Teil des Weide- und Ackerlandes auf der Erde erstrecken. In etwas mehr als zwei Jahrzehnten werden 15-20% aller Pflanzen- und Tierarten auf der Erde ausgestorben sein – ein Verlust von mindestens 500.000 Arten... Die Welt wird anfälliger sein für Naturkatastrophen ebenso wie für von Menschen verursachte Störungen... Der voraussehbare schnelle und einschneidende Verlust tropischer Wälder wird äußerst nachteilige Auswirkungen auf Wasser u.a. Ressourcen haben... Praktisch alle Prognosen der vorliegenden Studie deuten auf eine zunehmende Zerstörung und Verschmutzung der Ökosysteme der Küstengebiete hin... Während der Lebensdauer der Kernkraftwerke, die bis zum

Jahr 2000 wahrscheinlich errichtet werden, fallen voraussichtlich mehrere hunderttausend Tonnen hochradioaktiver, verbrauchter Brennelemente an... Im übrigen haben die Nebenprodukte der

Reaktoren Halbwertszeiten, die annähernd fünfmal so lang sind, wie die Periode der überlieferten Geschichte.“

Dieses Szenario stammt aus der amtlichen US-Studie „Global 2000“. Sie ist allen Politikern und Industriebossen bekannt. Und was passiert? Nichts! Keine Regierung wagt es, scharfe Umweltge-



setze zu erlassen. Kein Konzern ist bereit, aus Gründen des Umweltschutzes auf Profit zu verzichten. Als der Grüne Joachka Fischer in Hessen während der rot-grünen Koalition Umweltminister wurde, drohten die Chemiekonzerne sofort mit der Verlagerung der Produktion und dem Abbau von Arbeitsplätzen, falls er selbst seine bescheidenen Umweltforderungen in die Praxis umsetzen würde.

tung im November 1986, besaß sogar die Frechheit, sein Firmenjubiläum im selben Jahr unter dem Motto zu feiern: „100 Jahre für ein Leben in Zukunft“. Wessen Zukunft das nur sein kann, zeigt sich an den Profiten. Der R(h)eingewinn 1985 betrug 529 Millionen Schweizer Franken.

Von 100.000 gemeldeten Umweltchemikalien gelten 10.000 als gefährlich. Bei den meisten wird nicht die Langzeitwlr-

fen direkt am Arbeitsplatz ausgesetzt sind.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Krise wird die Umweltzerstörung immer bedrohlicher. Die Schädigung der Waldbestände ist schon soweit fortgeschritten, daß selbst bei sofortigem Nullausstoß aller Schadstoffe für über die Hälfte der Bäume wahrscheinlich jede Rettung zu spät kommt. In den Gebirgen sind ganze Täler und Dörfer von Erosions- und Überschwemmungsfolgen bedroht. Der Druck der Industriekonzerne auf Betriebsräte, Gemeinden, Städte und Regierung wird stärker werden: „Entweder drückt ihr bei den Umweltschutzaufgaben beide Augen zu, oder wir machen die Firma dicht und ihr habt die Arbeitsplätze und Steuern ein für allemal gesehen.“ Vor diese Alternative stellen die Kapitalisten die Politiker und Verwaltungsbeamten. Die Autolobby sorgt mit allen Mitteln dafür, daß riesige gesellschaftliche Ressourcen verschwendet werden und Umwelt und Mensch geschädigt werden durch den Vorrang des Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Verkehr.

Der Autoverkehr fordert pro Jahr 13.000 Tote und 500.000 Verletzte. 87% der Gesamtenergie für den Verkehrssektor werden auf der Straße verheizt. 45% der Stickoxide, 67% des Kohlenmonoxids, 44% des Kohlenwasserstoffs und 70% der Bleiemissionen kommen aus den Auspuffrohren.

Giftunfälle in der Industrie und beim LKW-Transport sind vorprogrammiert. Weniger Steuereinnahmen in der Rezes-



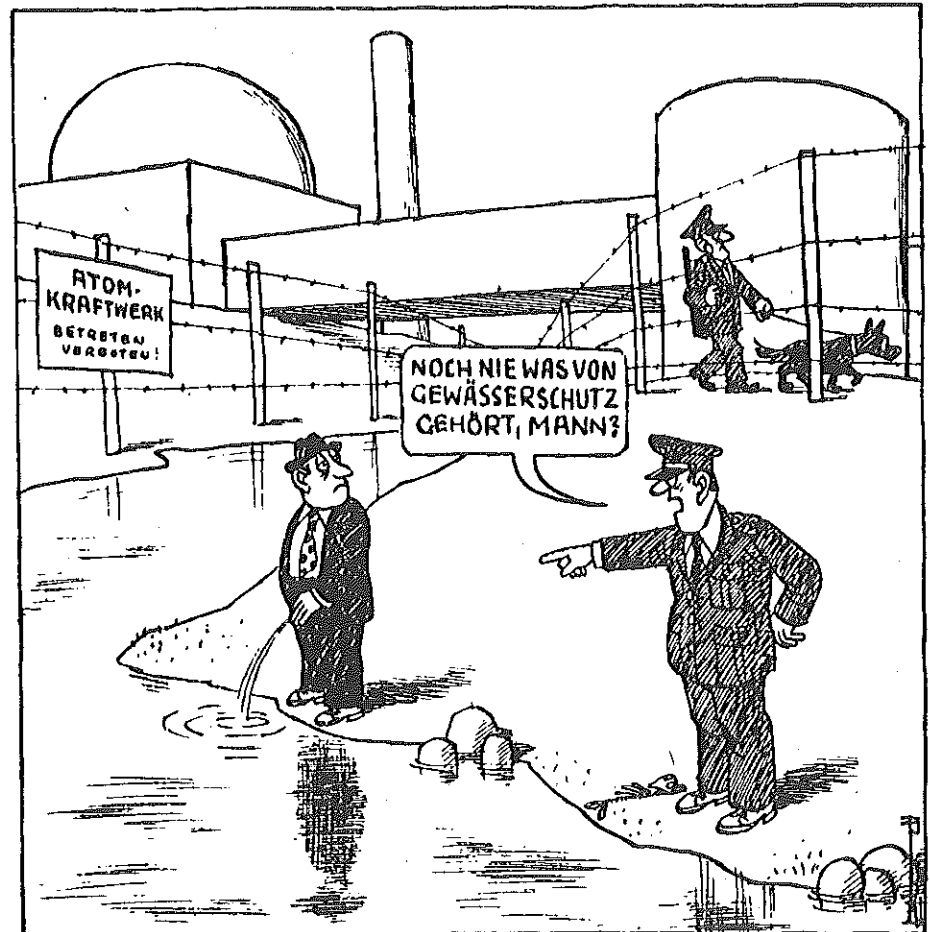
Die bestehenden Gesetze sind absolut lasch und werden oft nicht eingehalten. Es gibt keine ausreichende Kontrolle. Ein Skandal ersten Ranges: Es gibt keine zwingende Verpflichtung, Ersatzstoffe für das tödlich wirkende Asbest zu verwenden. Nach wie vor müssen die Behörden berücksichtigen, ob es einem Unternehmer wirtschaftlich zugemutet werden kann, Asbeststoffe zu ersetzen. Welcher Unternehmer wird es nicht schaffen, in Zeiten von wirtschaftlicher Krise dies den Behörden klarzumachen – wenn es sein muß auch mit Bestechungsgeld. Der Asbestlobby gelang es sogar, dem Norddeutschen Rundfunk bei Strafandrohung von 500.000,- DM zu verbieten, bestimmte kritische Äußerungen des DGB über Asbest zu wiederholen.

Pocht ein Arbeiter oder Angestellter auf die Einhaltung von Umweltschutzaufgaben oder geht mit Umweltskandalen im Betrieb in die Öffentlichkeit, wird er entlassen.

„Meiner Meinung nach sind die Unternehmer nicht dazu geschaffen, zum Wohle der Menschheit beizutragen. Sie sind unseligerweise da, um Profite zu machen.“ Dieses Eingeständnis eines Managers des Schweizer Chemiekonzerns Hoffmann-La-Roche macht deutlich, daß sich eine gesunde Umwelt nicht mit den Profitinteressen einer kapitalistischen Gesellschaft vereinbaren läßt. Und für ihre Profite gehen die Konzerne über Leichen. Hoffmann-La-Roche bewies dies bei der Dioxin-Katastrophe in der Zweigniederlassung Seveso 1976.

Eine noch größere Chemiekatastrophe hat sich seither in Bophal, Indien, ereignet. Der Chemiekonzern Sandoz, hauptverantwortlich für die Rheinvergif-

kung für den menschlichen Organismus untersucht. Kein Chemiker prüft nach, wie die ständig neuen Mixturen an Chemikalien miteinander oder wie sie auf Hitze, Sauerstoff oder bei der Verarbeitung reagieren. Am stärksten betroffen sind dabei die Arbeiter, die diesen Stoff-



sion und hohe Staatsverschuldung wird sogar zu Kürzungen bei Umweltmaßnahmen führen. Die staatlichen Kontrollen werden noch schlechter werden.

Solange die Profitproduktion der Motor ist für die Wirtschaft, solange ist umweltfreundliche Produktion und die Sanierung der Umwelt unmöglich. Umweltverschmutzung ist international und kann nur international gelöst werden. Gifte, die heute in irgendeinem Land in

die Atmosphäre, in den Boden oder ins Flußsystem gelangen, verbreiten sich über ganze Kontinente, Meere und sogar die ganze Welt. Darum ist die weltweite Errichtung der sozialistischen Demokra-

tie kein frommer Langzeitwunsch, sondern eine Überlebensfrage der nächsten Jahrzehnte.

Der Schutz der Umwelt verlangt nicht nur den Sturz des Kapitalismus im Westen, sondern auch den Sturz der Bürokratie im Osten, die sich genausowenig um die Umwelt kümmern, wie die Kapitalisten. Ihnen geht es nur um Macht und Privilegien, auch auf Kosten der Umwelt.

Mit dem Nach-mir-die-Sintflut-Handeln im Umgang mit der Natur muß Schluß gemacht werden, hier und heute.



Deshalb fordern wir:

- ▶ Scharfe Umweltgesetze. Kontrolle von Produktion, Abfällen, Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen durch Belegschaften und DGB-Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen.
- ▶ Umfassender und rascher Einbau von Filter-, Entrußungs- und Entschwefelungsanlagen.
- ▶ Sofortiger Stopp von umweltzerstörender Produktion und der Verwendung krebserzeugender chemischer Stoffe bei voller Weiterbezahlung der Löhne und Gehälter.
- ▶ Allgemeine Abkehr von gesundheits- und umweltgefährdenden Stoffen und Produktionsverfahren. Einsatz von Wissenschaftlern, Technikern und sonstigen Experten zur Erforschung neuer gesunder Produktionsverfahren.
- ▶ Weg von der chemisierten, von den Großkonzernen erzwungenen Lebensmittelproduktion. Direkte Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Landwirten mit dem Ziel: Regenerierung der Böden, Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts, Entwicklung von gesünderen, biologischen Anbaumethoden.
- ▶ Verstaatlichung der Chemie- und Nahrungsmittel-Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- ▶ Stopp gigantischer Großprojekte wie Flughafenausbau, Autoteststrecken, Kanäle usw.
- ▶ Für eine völlig Umorientierung in der Verkehrspolitik. Entwicklung und Förderung neuer Verkehrskonzepte und -systeme. Vorrang für den öffentlichen Personenverkehr und Eindämmung des Individualverkehrs:
 - Stopp von Autobahn- und Schnellstraßenneubau;
 - Gütertransport soweit wie möglich von der Straße auf die Schiene;
 - Nulltarif im öffentlichen Personenverkehr;
 - Massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, Verkürzung der Taktzeiten und Rund-um-die-Uhr-Betrieb im öffentlichen Personennahverkehr.
- ▶ Verstaatlichung der Autokonzerne und Umstellung der Produktion auf alternative Produktion soweit wie nötig.
- ▶ Für eine volkswirtschaftliche Produktionsweise in Harmonie mit der Umwelt. Für eine demokratische Planwirtschaft.

Teure Umwelt-Sünden

jährliche Umweltschäden: 103,5 Mrd. DM
- Schätzungen, Mindestwerte -

davon **Luftverschmutzung**

48,0 Mrd. DM

Schäden: Gesundheit, Material und Gebäude, Wald und Vegetation

Lärm

32,7 Mrd. DM

Schäden: Wohnwertverluste, Produktivitätseinbußen, Lärmkrankheiten

Gewässerverschmutzung

17,6 Mrd. DM

Schäden: Flüsse und Seen, Nord- und Ostsee, Grundwasser

Bodenzerstörung

5,2 Mrd. DM

Schäden: Radioaktivität, Deponien, Schwermetalle

Atomenergie

Seit 30 Jahren werden AKWs zur Energiegewinnung eingesetzt. Experten behaupteten: Alle 10.000 Jahre ist ein schwerer Unfall wahrscheinlich. Wie schnell doch die Zeit verging. Ende April 1986 kam es zu einem Super-Gau in Tschernobyl, bei dem das zehnfache an radioaktiver Strahlung einer Hiroshima-

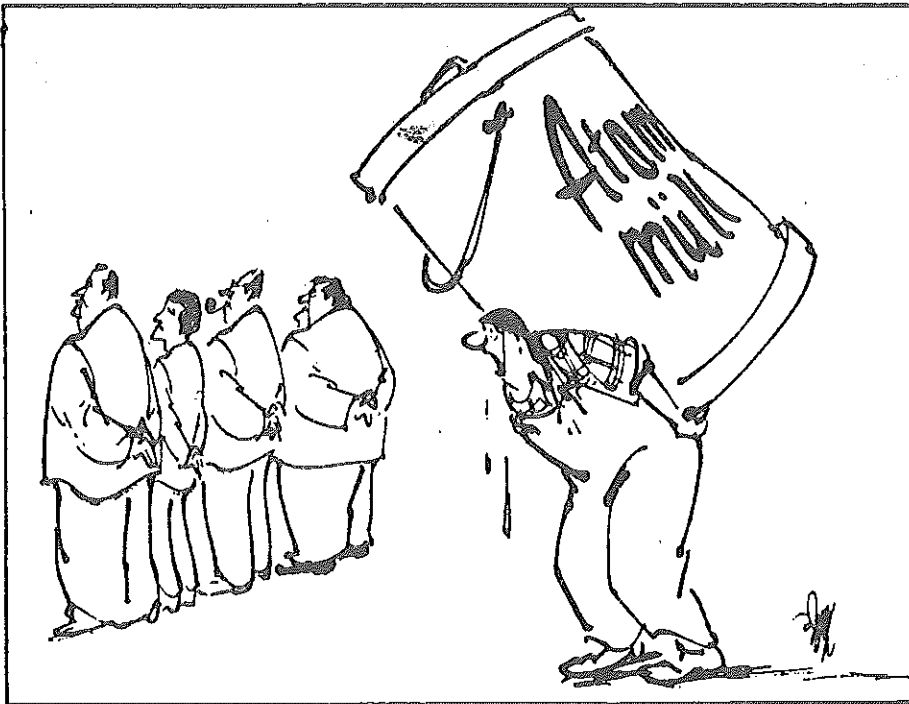
Bombe freigesetzt wurde. 500 Millionen, d.h. ein Zehntel der Weltbevölkerung, waren davon betroffen.

Seit Tschernobyl ist bewiesen, wovor Atomkraftgegner schon lange gewarnt haben: Die Welt kann auch ohne Atomkrieg atomar verseucht werden. Ganz friedlich - durch Nutzung der Atomener-

gie. Und was in Tschernobyl passierte, kann sich 300 mal wiederholen - in jedem AKW der Welt. Die offizielle US-Reaktorsicherheitsstudie von 1982 sagte für den heutigen AKW-Bestand der Welt für alle 4 bis 5 Jahre einen schweren Reaktorunfall voraus.

In den 17 AKWs der BRD gab es von 1982 bis 1984 427 Störfälle. In 40 Fällen mußte eine Schnellabschaltung durchgeführt werden. Die Öffentlichkeit erfährt





„Wohin damit?“

meist nichts davon. Selbst im Normalbetrieb geben AKWs radioaktive Strahlung ab und verseuchen die Umwelt. Radioaktivität verursacht Krebs-, Erb- und Stoffwechselkrankheiten. Längst ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß in der näheren Umgebung von AKWs häufiger als sonst Leukämie auftritt.

Völlig ungelöst ist die Entsorgung von radioaktivem Atom Müll. Dies ist in der BRD spätestens seit dem Skandal um die Hanauer Nuklearbetriebe Nukem, Alkem und die Transportfirma Transnuklear deutlich geworden. Atomfässer werden völlig unkontrolliert kreuz und quer durch Europa transportiert und verschoben. Schmiergelder helfen beim Zwischenlagern nach. Aber niemand weiß, wo und wie der Atom Müll endgelagert werden soll. Bis zum Jahr 2000 fallen mehrere hunderttausend Tonnen hochradioaktiver verbrauchter Brennelemente an, die hundertausende von Jahren vor sich hin strahlen.

Nach maximal 25 Jahren Betriebsdauer sind die ganzen AKWs radioaktiver Schrott. Die Abrißkosten für den Schnellen Brüter werden bereits auf zwei Milliarden Mark geschätzt, seine Baukosten auf 12 bis 15 Milliarden. 15-17 Milliarden Mark wurden also völlig sinnlos verpulvert.

Atomenergie ist nicht nur die gefährlichste Art der Energieerzeugung, sondern auch noch die unwirtschaftlichste. In einem funktionierenden AKW wird nur 1/4 der erzeugten Energie in Strom verwandelt, 3/4 werden als Abwärme nutzlos an die Umwelt verschleudert. Dadurch werden Flüsse aufgeheizt und deren Lebewesen zerstört. Der Wasserdampf, der in die Umgebung abgegeben wird, verändert das Klima.

Daß Atomstrom billiger sei als anders erzeugter Strom, ist eine glatte Lüge. Ein Großteil der Kosten wird nicht berücksichtigt: Gesundheits- und Umweltfolge-

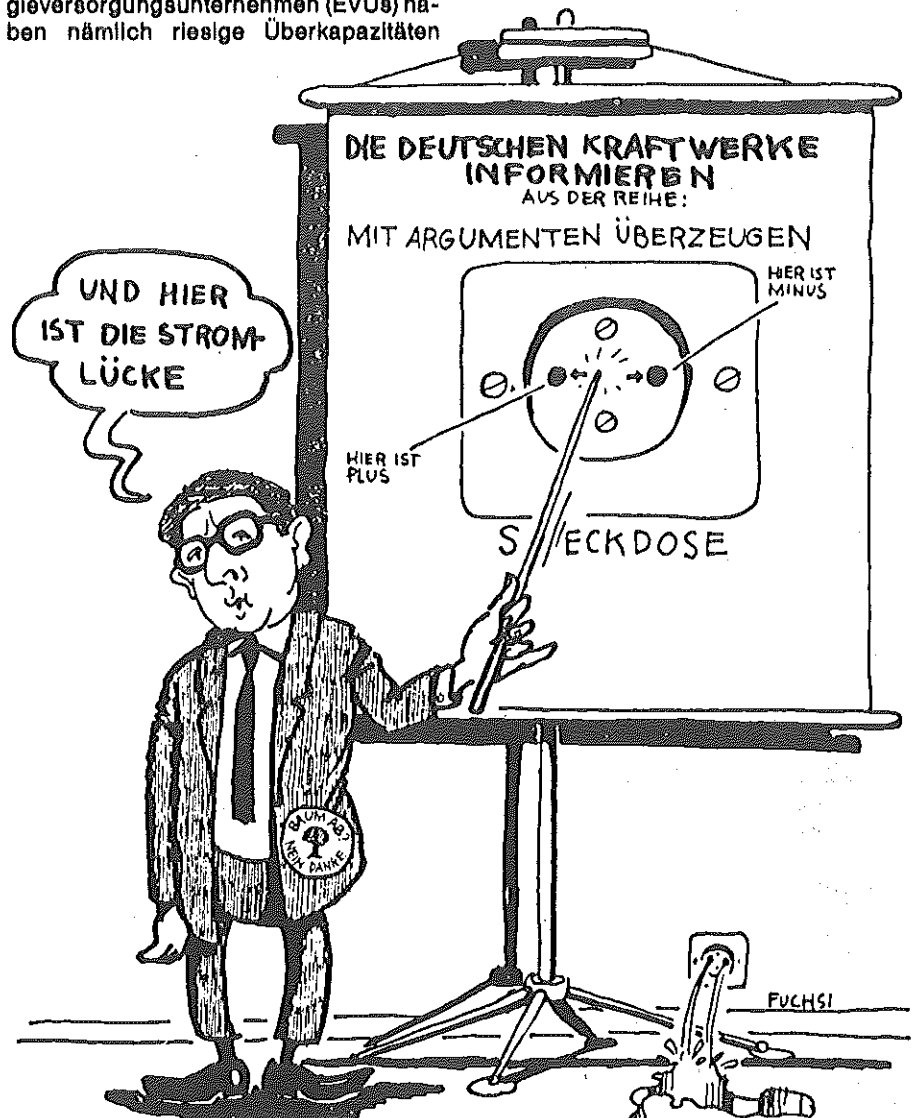
kosten, Endlagerung, Bewachung, Abriß. Diese Kosten bezahlen wir mit unseren Steuern. Und in den nächsten Jahren können wir uns auf saftige Energiepreiserhöhungen gefaßt machen. Die Energieversorgungsunternehmen (EVUs) haben nämlich riesige Überkapazitäten

aufgebaut, die jetzt über Strompreise finanziert werden müssen. Außerdem kommt es wegen häufiger Störfälle zu tege- oder sogar monatelangem Stillstand von AKWs.

Atomkraftgegner haben diese Entwicklung vorausgesehen. Der Staat hat seinen ganzen Polizei-, Verfassungsschutz- und Justizapparat gegen demonstrierende Atomkraftgegner aufgeföhren.

Staat und Energiekonzerne haben in der Vergangenheit unter dem Schlagwort „Kohle und Kernkraft“ den Eindruck erweckt, daß es für beide Energien eine Zukunft gäbe und in beiden Bereichen Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

1981 wurde der sogenannte Jahrhundertvertrag geschlossen, in dem eine jährliche Kohleförderung und -abnahme garantiert wurde. Die Kohle wurde zwar abgebaut, aber nicht genutzt, weil ein einseitiger Ausbau der Atomenergieerzeugung bevorzugt wurde. Geplante Kohlekraftwerke wurden nie gebaut. Die ganzen Investitionen gingen in den Atomstrom. Hochtemperaturreaktoren (HTR) sollten ursprünglich Prozeßwärme liefern zur Kohleerflüssigung bzw. -vergasung. Das hat sich jetzt als größter Schwindel der Atomlobby erwiesen. HTRs sind technisch dazu nicht in der Lage. Sie sind reine Stromproduzenten.



Die riesigen Überkapazitäten in der Energieerzeugung haben dazu geführt, daß die AKW-Betreiber mit Dumping-Preisen die Steinkohle verdrängen. Inzwischen gibt es riesige Kohlehalden. Die Kohleproduktion kann nur noch durch Subventionen aufrechterhalten werden und die sind inzwischen auf schwindelnde Höhen von 10 Mrd. DM im Jahr gestiegen. Das heißt, jeder Arbeitsplatz im Kohlebergbau wird mit 63.000 Mark im Jahr subventioniert. Jeder Bergarbeiter kann nur davon träumen, überhaupt soviel im Jahr zu verdienen.

Nachdem jahrelang mit falscher Propaganda enorme Überkapazitäten aufgebaut wurden, kommt es zur Stunde der Wahrheit. Für 30 Millionen Tonnen Kohle gibt es 1990 keinen Markt mehr. Das heißt, daß jede dritte Schachtanlage geschlossen werden müßte. 153.000 Arbeitsplätze sind dadurch bedroht; 60.000 von heute noch 160.000 direkt im Bergbau, 78.000 außerhalb und 15.000 Ausbildungsplätze. Da die Kohleregionen auch Stahlregionen sind und es in der Stahlindustrie zu massivem Arbeits-

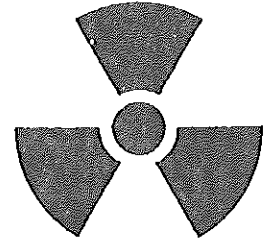
platz-Abbau gekommen ist, droht ganzen Industriegebieten die totale Verarmung.

Die Atomlobby ist sogar so frech zu behaupten, daß AKWs umweltfreundlicher seien als Kohlekraftwerke. Ein kurzfristiges Abschalten aller AKWs bedeutet angeblich 144.000 Tonnen mehr Schwefeldioxyd und 84.000 Tonnen mehr Stickoxyd. Tatsache ist, daß es heute moderne Filteranlagen für Kohlekraftwerke gibt. Das Argument der Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke haben die EVUs und der Staat selbst geschaffen, indem sie Kohlekraftwerke ohne Entschwefelungs- und Entstickungsanlage ans Netz gehen ließen. Allein das Geld, das für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf verschwendet wird, würde ausreichen, um sämtliche Kohlekraftwerke in der BRD zu entschwefeln und zu entstickern. Vorübergehend können außerdem emissionsärmere Kohle verfeuert und umweltfreundlichere Gas- und Ölkraftwerke eingesetzt werden.

Außer den Profitinteressen der AKW-

Betreiber gibt es keinen einzigen Grund, die AKWs auch nur eine Minute länger laufen zu lassen. Am 8.1.1985 – dem Tag mit dem höchsten Stromverbrauch in der Geschichte der BRD – hätte es bei der Abschaltung aller AKWs noch immer eine nicht eingesetzte Reserve-Kraftwerkleistung von 11.100 Megawatt, oder 18%, gegeben.

Und die Arbeitsplätze? Den Konzernen geht es nicht um Arbeitsplätze, Hauptsache der Profit stimmt. Die Entscheidung, Kernkraftwerke trotz be-



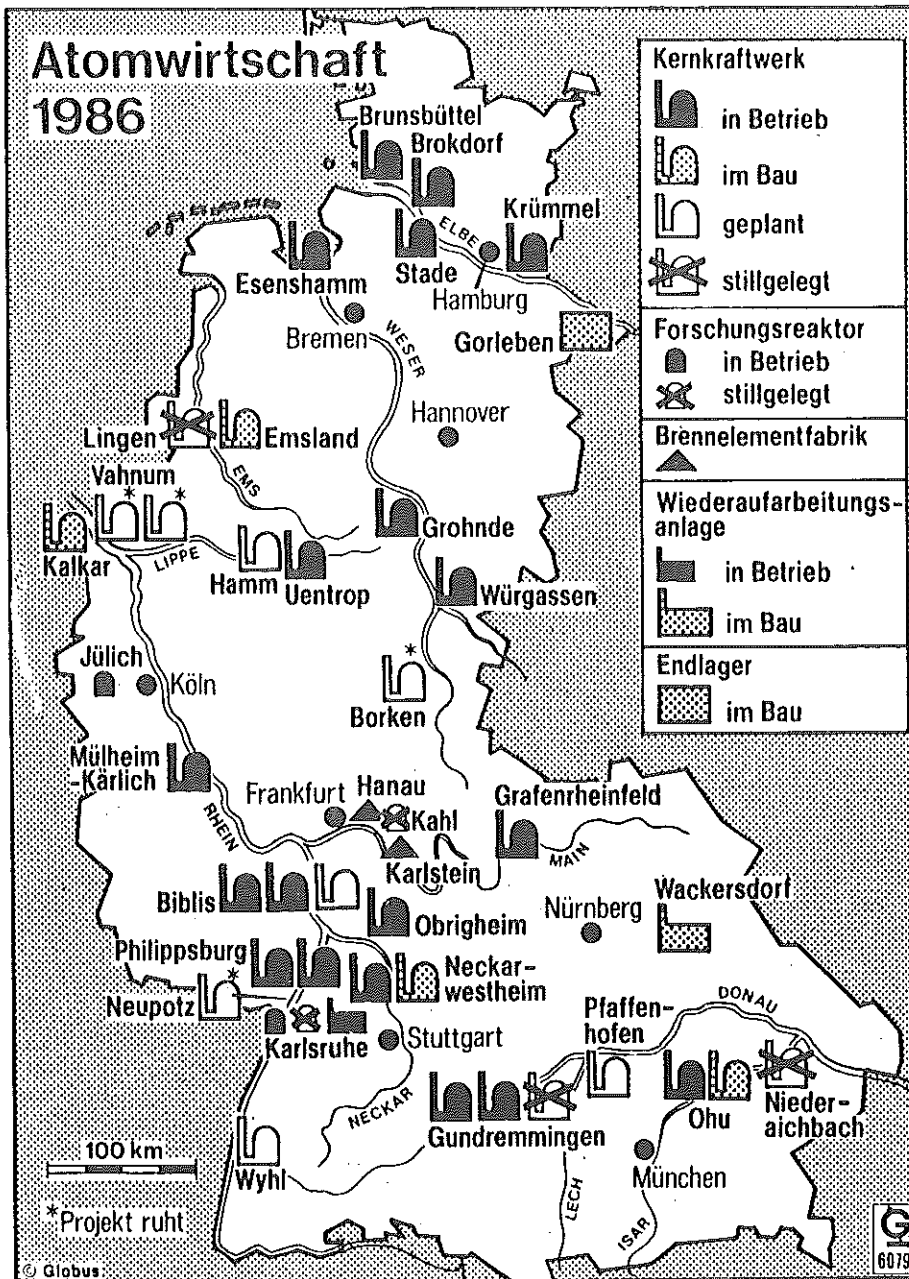
kannten Sicherheitsrisiken zu bauen, ist nicht von den heute dort Beschäftigten getroffen worden. Wie wäre es, wenn die Konzerne mal für ihr „unternehmerisches Risiko“ die Verantwortung tragen und bezahlen müßten, statt erst für den Bau und dann für den Abriss der AKWs Subventionen aus unseren Steuergeldern zu kassieren?

Natürlich darf kein Beschäftigter aus der Atomindustrie in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Im Bereich Umwelt (Filteranlagenbau u.ä.) sowie Erforschung und Einsatz alternativer Energien (z.B. Sonnenenergie) wird es genügend Arbeit geben. Außerdem werden selbst bei sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen noch erhebliche Folgearbeiten anfallen: Kontrolle und Beaufsichtigung der Anlagen, Erforschung sicherer Endlagermöglichkeiten usw. Denn mit dem Erbe des Atomschrotts wird sich die Gesellschaft noch lange herum-schlagen müssen.

Ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie, wie ihn SPD- und DGB-Beschlüsse vorsehen, hängt hinter den Erfordernissen für Umwelt, Gesundheit und Arbeitsplätzen zurück. Das Konzept der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, das am Verbund Kohle und Strom festhält und einen Arbeitsplatzabbau von 30.000 im Kohlebergbau akzeptiert, wird zu nichts anderem führen als zu einer Niederlage nach der anderen für die Bergarbeiter und ihre Familien. Es ist eine Illusion zu glauben, daß die restlichen Arbeitsplätze dadurch gesichert werden könnten. Das Gegenteil wird eintreten. Angesichts verschärfter Wirtschaftskrisen und weiter wachsender AKW-Kapazitäten wird der Arbeitsplatzabbau nicht bei 30.000 halt machen.

Die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen ist die einzige Forderung, die garantiert, daß die Umwelt nicht weiter radioaktiv verseucht, die Arbeitsplätze im Bergbau erhalten und die immensen Folgekosten des radioaktiven Abfalls minimiert werden.

Eine Trennung von friedlicher und militärischer Nutzung gibt es übrigens



nicht. AKWs entstanden als Folgeprodukt der Atombombenentwicklung. Jedes AKW kann durch einen militärischen Angriff in eine Atomwaffe verwandelt werden. Und die Atomindustrie ist eine Voraussetzung für großangelegte Atomwaffenproduktion. Die WAA in Wackersdorf wird in Massen Plutonium herstellen. Plutonium ist hochgiftig. Ein Millionstel Gramm reicht aus, um Lungenkrebs zu erzeugen. Es ist der Rohstoff für die Atombomben. Und es ist kein Zufall, daß die WAA genau dann fertig sein soll, wenn der Atomwaffenperrvertrag für die BRD ausgelaufen ist. Die ganze atomare Bedrohung muß gestoppt werden.



Deshalb fordern wir:

- ▶ Sofortiger Bau- und Planungsstopp für alle AKWs, den Schnellen Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.
- ▶ Sofortige Stilllegung aller zivilen und militärischen Atomanlagen und Verschrottung aller Atomraketen.
- ▶ Stopp der Atomtransporte; kein Export von Atomtechnologie ins Ausland.
- ▶ Offenlegung der Katastrophenschutzpläne und sämtlicher Reaktorstörfallberichte.
- ▶ Keine Entlassungen als Folge des Ausstieges aus der Atomenergie. Stattdessen Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung (z.B. Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerken) und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- ▶ Keine Entlassungen und kein Arbeitsplatzabbau im Kohlebergbau. Stattdessen verstärkter Einsatz von Kohle zur Energiegewinnung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
- ▶ Sofortiger Einsatz modernster Emissionstechnologie in bestehenden Kraftwerken.
- ▶ Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Meer, Biomasse usw.), damit auch fossile Energieträger wie Kohle auf lange Sicht ersetzt werden können.
- ▶ Maßnahmen zur rationellen Energienutzung (z.B. Nutzung industrieller Abwärme, Kraft-Wärme-Kopplung, Einföhrung besserer Standards in der Gebäudeisolierung, Herstellung von Motoren mit besserer Antriebsübertragung usw.).
- ▶ Alle am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzerne (Elektrokonzerne, Atomindustrie, Transportfirmen, Banken, Versicherungen) sind zu enteignen. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit und unter Anrechnung bereits gezahlter Subventionen.
- ▶ Verwaltung aller staatlichen EVU's und aller verstaatlichten Konzerne durch einen Rat, der drittelparitätlich zusammengesetzt ist aus
 - 1/3 Belegschaftsvertretern
 - 1/3 DGB-Vertreter
 - 1/3 Staat
 bei Wahl- und jederzeitiger Abwählmöglichkeit der 2/3 Arbeitnehmervertreter und Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- ▶ Alle Energieversorgungsunternehmen sowie der gesamte Energiesektor müssen zu einem volkswirtschaftlichen Energieversorgungsplan zusammengefaßt werden, zu rationellen und ökologisch sinnvollen Erzeugung von Strom und Energie.

Gesundheit

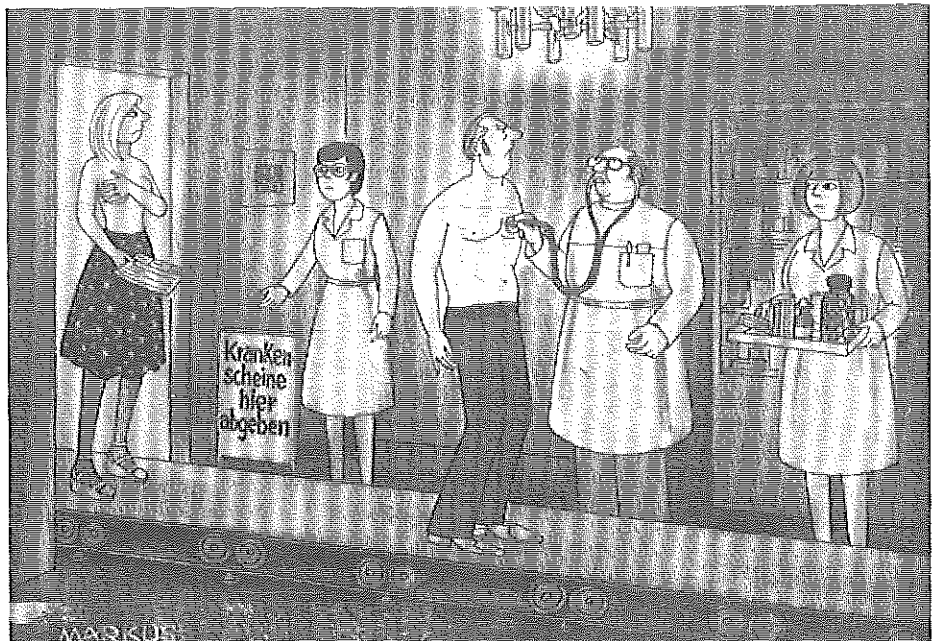
Neue Gefahren bedrohen Gesundheit und Leben. Plötzlich treten neue Krankheiten auf. Alarmierendstes Beispiel: AIDS. Umweltverseuchung, Nahrungsmittelvergiftungen, Sträß, Arbeitslosigkeit, zunehmender Druck am Arbeitsplatz und in der Schule verursachen Krankheiten. Der mörderische Autoverkehr sorgt für 10.000 Tote und 400.000 Verletzte im Jahr. Im Kapitalismus ist die Erhaltung und Förderung der Gesundheit kein Ziel. Genauso wie an der Umwelt wird am Menschen Raubbau betrieben. Die Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne kümmert es nicht, wieviel Gifte über Chemieinsatz in der Landwirtschaft, Verarbeitung und Konservierung von Nahrungsmitteln in das Essen gelangen. Hauptsache der Profit stimmt. Genau das Gleiche gilt für die Luft- und Wasserverschmutzer und die AKW-Betreiber. Die Grenzwerte bei den Smogverordnungen sind so festgelegt, daß die Anzahl zusätzlicher Todesfälle durch die Luftverschmutzung rechnerisch nicht höher liegt als bei zehn Toten pro eine Million Einwohner. Das gleiche zynische Prinzip wird bei allen anderen Grenzwerten angewendet.

Der zerstörerische Umgang mit der Natur und der unkontrollierte Einsatz von ständig neuen Stoffen und Strahlen bei der modernen Kriegführung und in der

Industrieproduktion führt zu völlig neuen Krankheiten. Allergien und Krebs nehmen bedrohliche Ausmaße an. Bereits heute leiden 35% aller Kinder unter einer Allergie. Zehntausende sterben jährlich an Krebs. Der Streit unter den Wissenschaftlern über die Ursachen von

AIDS ist noch nicht beendet. Einige behaupten, daß AIDS-Viren in militärischen Forschungslabors produziert und über Menschenversuche verbreitet wurden. Für die AIDS-Forschung hat der Staat bisher weniger ausgegeben als den Kaufpreis eines einzigen Tornados (Kampfflugzeug der Bundeswehr).

Die größte Gefahr für die Gesundheit droht am Arbeitsplatz. Nach Schätzun-



»Die Kasse bezahlt mich nicht dafür, mich mit jedem Wehwechen lange aufzuhalten.«

gen des DGB sterben jährlich 50.000 Arbeiter an der Folge von Giftstoffwirkungen. 30.000 davon sterben an Krebs. Atemwegkrankungen, Erkrankungen des Stoffwechselsystems und des Blutes sind die nächst häufigsten Todesursachen. Viele chemische Stoffe, denen man am Arbeitsplatz ausgesetzt ist, haben Auswirkungen auf das Erbgut. So wurde z.B. in einer Untersuchung festgestellt, daß bei 60% der Kinder, die an Leukämie erkrankten, die Väter jahrelang mit Benzol (z.B. in Benzin) zu tun hatten.

Sieben Millionen Arbeiter in der BRD arbeiten in Rauch, Staub, Gasen und Dämpfen. In den Arbeitsstoffverordnungen und Arbeitsschutzgesetzen wird dem Profit ganz klar Vorrang vor der Gesundheit der Arbeiter gegeben. Das gilt auch für die übrigen Arbeitsbedingungen: Schichtarbeit, Fließbandarbeit, einseitige körperliche oder geistige Belastung, Bildschirmarbeit.

Krebs ist einer der größten Umweltkandale, aber nur selten wird er als solcher anerkannt. Die Industrie benutzt grandiose Vertuschungsmethoden, um krebserregende Substanzen wie Formaldehyd oder Asbest weiterhin anzuwenden. Zu allem Übel werden Erkrankungen, die von der Arbeit herrühren, oft nicht als Berufskrankheiten anerkannt. Der Arbeiter muß beweisen, daß der Arbeitsplatz unsicher war, nicht der Unternehmer muß beweisen, daß er sicher war. Wie will ein Arbeiter beweisen, daß irgend eine Substanz, mit der er vor Jahren in irgendeiner Fabrik zu tun hatte, krebserregend war?

Die Angst um den Arbeitsplatz allein verursacht bereits psychische und psychosomatische Erkrankungen. Außerdem wird von den Unternehmern die Angst benutzt, um noch rücksichtsloser gesundheitsgefährdendere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ge-

hen viele Arbeiter sogar krank zur Arbeit oder verzichten auf notwendige Kuraufenthalte.

Ein weiteres Glied in diesem Teufelskreis sind die Suchtkrankheiten. Suchtkrankheiten sind ein Symptom für den kranken Zustand der Gesellschaft. Und es ist kein Wunder, daß mit zunehmenden

und Chefärzte in Krankenhäusern liegen weit darüber. Und damit das so bleibt, sorgen reaktionäre Ärzteverbände dafür, daß die Zahl der Medizinstudenten begrenzt, ihre Ausbildung verlängert und verschärft wird. Nicht mehr alle ausgebildeten Ärzte werden eingestellt. Praktikanten, Krankenpfleger, Arzthelfer und



Eine grundlegende Reform und Neuorientierung sind im Gesundheitswesen nötig.

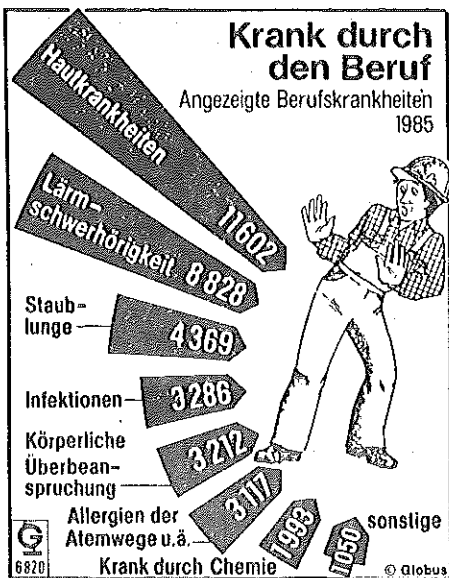
den materiellen und psychischen Problemen auch die Rauschgift-, Alkohol- und Tablettenabhängigkeit zunimmt.

Krankheitsbekämpfung im Kapitalismus heißt Bekämpfung von Symptomen und nicht von Ursachen. Und das Schlimmste daran ist: Es wird dabei auch noch kräftig Profit gemacht. Die Krankenkassen sind Selbstbedienungsläden für Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheker. Ein freipraktizierender Arzt verdient nach Abzug der Betriebsausgaben weit über 200.000,- DM im Jahr. Zahnärzte

Assistenzärzte werden immer stärker ausgebeutet.

Von Behandlung und Betreuung beim Arzt und in den Krankenhäusern kann oft nicht die Rede sein, eher wird man abgefertigt. Krankheitsbekämpfung besteht zu einem großen Teil im Verschreiben von Arzneimitteln. Durchschnittlich 650 Tabletten werden jedem Einwohner der BRD jährlich vom Arzt verschrieben. Dafür werden über 18 Mrd. DM ausgegeben. Viele Arzneimittel sind therapeutisch unwirksam. Dies gilt besonders für



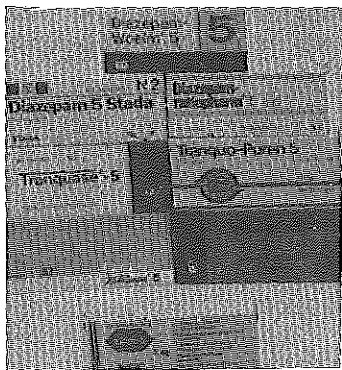


Herzmittel und Psychopharmaka. Oft machen sie abhängig und haben schädliche Nebenwirkungen. Medikamente, deren Wirkung wissenschaftlich umstritten sind, verursachen 1/4 der Gesamtkosten für Arzneimittel.

Und damit die Arzneimittel – egal ob sie was taugen – zum Patient kommen, gibt die Pharmaindustrie jährlich 5 Mrd. DM für Absatzförderung aus. Das ist mehr als sie für Forschung aufwendet, wobei die sogenannte Forschung in der Pharmaindustrie zum großen Teil darin besteht, immer wieder anders zusammengesetzte Medikamente auf den Markt zu werfen, deren Wirkungen sich kaum voneinander unterscheiden.

Die Pharmaindustrie und die Ärztelobby hat es bisher erfolgreich geschafft, eine Schmälerung ihrer Profite zu verhindern, wenn es sein mußte, auch mit Bestechungsgeldern und Zahnärztestreik. Über der Arbeiterklasse entlud sich eine riesige Kostenexplosion.

Die Leistungen werden laufend gekürzt. Gleichzeitig werden die Selbstbeteiligung an den Behandlungs- und Arzneimittelkosten und die Krankenversicherungsbeiträge laufend erhöht. Zuerst machen sie dich krank, und dann kannst du auch noch dafür bezahlen. Das darf nicht so weitergehen. Eine gesunde Umwelt und gesunde Arbeitsplätze sind die beste Kostendämpfung im Gesundheitswesen.



Die Pharmaindustrie macht Riesenprofite mit der Gesundheit.



Das britische Gesundheitswesen wurde von der Thatcher-Regierung so zugrunde gerichtet, daß es zu Streiks und gewerkschaftlichen Aktionen des Krankenhauspersonals kam.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Keine Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu Lasten der Masse der Bevölkerung und der Normalverdiener.
- ▶ Einstellung aller Arbeitslosen aus dem Gesundheitsbereich (Ärzte, Krankenhauspersonal usw.) zu einem garantierten Mindestlohn von netto 1500,- Mark und 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- ▶ Verstaatlichung der Pharmakonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung; Hinzuziehung von Wissenschaftlern und Ärzten bei der Prüfung neuer Medikamente; Weg mit allen unnützen Medikamenten.
- ▶ Für eine grundlegende Reform und Neuorientierung des Gesundheitswesens:
 - klassenloses staatliches Gesundheitswesen und gleiche Behandlungschancen für alle; klassenlose Krankenhäuser;
 - Einsatz modernster medizinischer Geräte und Mittel für alle Patienten;
 - stärkere Berücksichtigung von Naturheilverfahren und psychischem Wohlbefinden.
- ▶ Demokratische Kontrolle und Verwaltung der Krankenhäuser und des staatlichen Gesundheitsdienstes durch die Beschäftigten, die Gewerkschaften und den Staat; Stärkung der Patientenrechte.
- ▶ Abschaffung der privaten Krankenversicherungen.
- ▶ Abschaffung des Arzt- und Apothekerberufs als Freiberuf. Stattdessen Anstellung des ganzen Gesundheitspersonals im staatlichen Gesundheitsdienst.
- ▶ Massive Mittelerhöhung für die staatliche Erforschung von Krankheitsursachen, Vorsorge und Bekämpfung; gesundheitliche Aufklärung in Betrieben; Verstärkung der Vorsorgeuntersuchungen.
- ▶ Besondere AIDS- und Krebsforschungs- und Bekämpfungsprogramme. Keine Diskriminierung von AIDS-Kranken.
- ▶ Für ein optimales umweltfreundliches und sicheres Verkehrssystem, das Gesundheitsschäden und Unfälle verhindert.
- ▶ Für Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen, die nicht mehr krank machen. Drastische Wochen- und Lebensarbeitszeitverkürzung insbesondere für Berufsgruppen mit außerordentlicher Belastung (z.B. Bergarbeiter, Schichtarbeiter).

Neonazis

„Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.“ Dieser Satz von Bert Brecht über den Faschismus gilt noch immer.

Seit Ende der 70er Jahre gibt es eine ununterbrochene Kette von Terroranschlägen neonazistischer Organisationen; z.B.

- Sprengstoffanschlag auf dem Münchner Oktoberfest 1980;
- Brandanschläge auf Ausländerwohnheime, Straßenterror gegen Ausländer;
- Bedrohung und Ermordung von Juden (z.B. Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin 1980).

Neonazis haben viel mehr Menschen ermordet als die RAF. Der Terror der Neonazis wird aber von den Medien und vom Staat bewußt herungespielt. Und das kommt nicht von ungefähr. Zwischen Staatsapparat - angefangen bei der Bundeswehr über Justiz und Hochschulen - gibt es Querverbindungen zu Nazis. Alte und neue Nazis sitzen in führenden Positionen in Wirtschaft und Staat. Wen wundert es dann, daß Linke Berufsverbote und Disziplinarmaßnahmen reingedrückt bekommen, während Nazis Narrenfreiheit haben. Wen wundert es, wenn die NPD nicht zu einer verfassungsfeindlichen Organisation erklärt wird und ungestraft ihre nazistische Hetze betreiben kann. Und es ist auch nicht verwunderlich, daß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, während SS-Traditionsverbände weiterhin als gemeinnützig gelten.

Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wurde der § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) geschaffen. Auf rechtseradikale kriminelle Vereinigungen, die gezielt Anschläge pla-

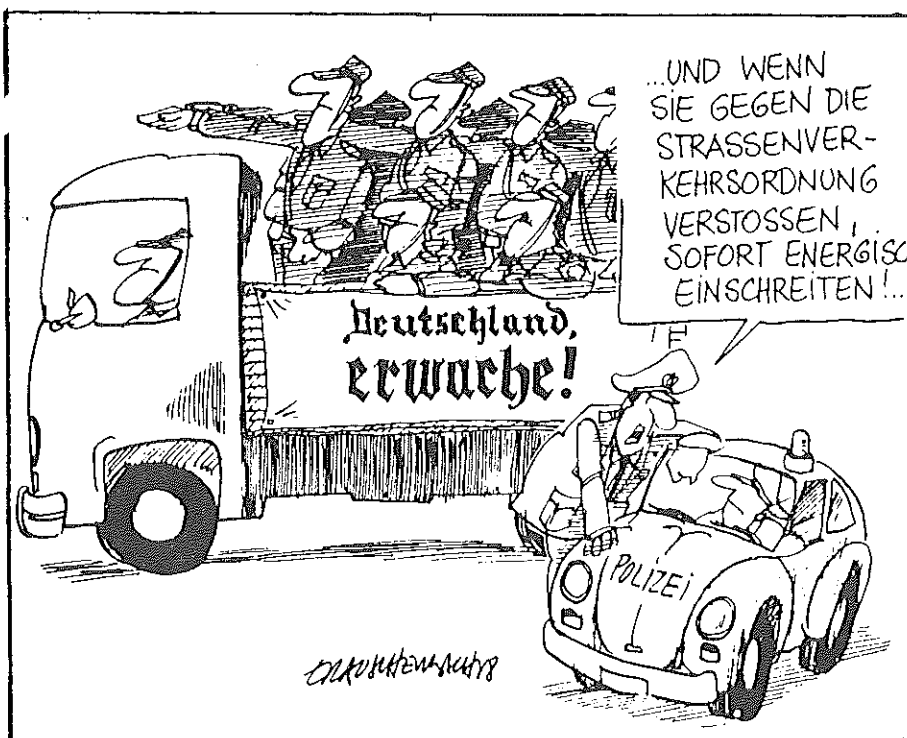
nen und durchführen, wird er aber nicht angewandt.

Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, daß es im Lager der rechten Parteien eine Polarisierung gegeben hat. Rechte, die unzufrieden sind mit der CDU und der CSU, sind z.T. zu den Neonazis übergelaufen. Das gilt für Mitglieder und Wähler. Die Wirtschaftskrise und die verzweifelte Lage vieler Menschen hat dazu geführt, daß Neonazis Zulauf bekommen. Unter der Jugend entstehen rechteradikale Schlägerbanden wie die Skinheads. Im Vergleich zur Zeit Ende der 60er Jahre sind sie heute viel gewalttätiger, und darin steckt die eigentliche Bedrohung für Gewerkschafter, Linke, Ausländer und Asylbewerber.

Oft hört man das Argument: Wenn die Wirtschaftskrise schärfer wird, gehen die Arbeiter nach rechts und es kommt wieder zum Faschismus. Diese Position hält keiner geschichtlichen Prüfung stand und ist keine Perspektive für die BRD. Der Sieg des Faschismus 1933 war keine automatische Folge der Wirtschaftskrise. Er war Ergebnis eines langen erbitterten Klassenkampfes, der 1918 mit der November-Revolution begonnen hatte. Weil die Arbeiterklasse damals wegen des Versagens der SPD- und dann auch der KPD-Führung nicht in der Lage war, die tiefe Krise des Kapitalismus durch eine sozialistische Revolution zu lösen, mußte es eine andere radikale Lösung geben. SPD und KPD



Die Wirtschaftskrise und die verzweifelte Lage vieler Jugendlicher führt zu einem Zulauf zu rechtsextremen Schlägertrupps.



lähmten sich gegenseitig, weil ihre Führungen sich nicht bedingungslos zu einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Faschisten zusammenschließen wollten.

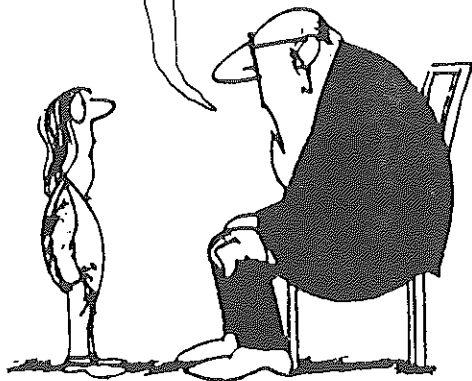
Die Arbeiterbewegung war gespalten und unfähig, einen Ausweg aus der Misere aufzufinden. Die Depression 1929 brachte große Massen der Mittelschichten und Arbeitslosen in eine absolut verzweifelte Lage, die nach einem Ausweg schrie. Dadurch war der Weg vorbereitet für die Machtergreifung Hitlers. Er war der einzige, der zumindest einen scheinbaren Ausweg aufzeigte. Und die Mittelschichten und manche verzweifelte Arbeitslose fielen darauf herein und unterstützten die Nazis. In der Arbeiterklasse hatten die Nazis nie eine Basis. Trotz des Versagens von SPD- und KPD-Führung hielten die Arbeiter zu ihren Parteien. SPD und KPD hatten bei den Wahlen immer etwa 40% der Stimmen. Die NSDAP erhielt bei freien Wahlen maximal 37%. Bei den Betriebsratswahlen im Herbst 1933 erhielten die Nazis nur 3% der Stimmen.

Die Massenbasis der Faschisten waren Millionen verarmter Bauern, bankrotte Kleinhändler, ruinierte Geschäftsleute, verzweifelte Kleinbürger und Dauer-Arbeitslose, die sich von ihrer Klasse entfremdet hatten.

Die Nazis wurden insgeheim vom Großkapital finanziert und in den Sattel gehoben. Die Hauptaufgabe bestand darin, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, sämtliche Zugeständnisse, die sich die Arbeiterklasse in der November-Revolution und in den 20er Jahren erkämpft hatte, wegzunehmen, damit rücksichtslose Ausbeutung betrieben werden konnte.

Um dafür genügend Kräfte zu mobilisieren, stützten sie sich mit geschickter, z.T. antikapitalistischer und gegen das „raffende Kapital“ gerichteter Demagogie auf die Mittelschichten. Und diese bildeten dann das menschliche Reservoir, mit dem der riesige faschistische Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparat aufgebaut werden konnte. Der entscheidende Grund, weshalb der Fa-

... UND DANN KAMEN 1933
VIELE BRAUNE LEBEWESSEN
AUS DEM WELTALL, MORDETEN UND
BRANDSCHATZTEN ÜBERALL
UND VERSCHWANDEN 1945
WIEDER VON DER ERDE.....



schismus heute nicht mehr an die Macht kommen kann, ist der, daß das Kleinbürgertum als Klasse kaum mehr vorhanden ist. Die Bauernschaft ist z.B. von fast 30% Anfang der 30er Jahre auf weniger als 6% zusammengeschrumpft. Über 80% der erwerbstätigen Bevölkerung sind heute lohnabhängig. Das heißt, das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft hat sich stark zugunsten der Arbeiterklasse verschoben.

Das sieht man auch daran, daß die Kapitalisten in der Nachkriegszeit gezwungen waren, die größten Zugeständnisse aller Zeiten an die Lohnabhängigen zu machen. Und wenn jetzt in der Krise versucht wird, diese Zugeständ-

nisse wieder wegzunehmen, werden die Arbeiter damit nicht einverstanden sein. Sie werden nicht automatisch nach rechts gehen, sondern durch betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe ihre Interessen verteidigen und Klassenbewußtsein entwickeln.

Nur wenn die kommenden Kämpfe zwischen Arbeiterbewegung und herrschender Klasse in erneuten großen Niederlagen für uns enden, ist es überhaupt möglich, daß es wieder zu einer totalitären Diktatur kommt. Dies würde dann eine Militärregierung sein, die – im Unterschied zum Faschismus – keine Massenbasis in der Gesellschaft hat und daher von vornherein viel schwächer wäre.

Die Herrschenden halten sich die Neonazis heute als Hilfstruppen, um zu spalten und zu terrorisieren. Kapitalisten geben Ihnen großzügige Spenden und der Staat macht Ihnen allerlei finanzielle Zugeständnisse.

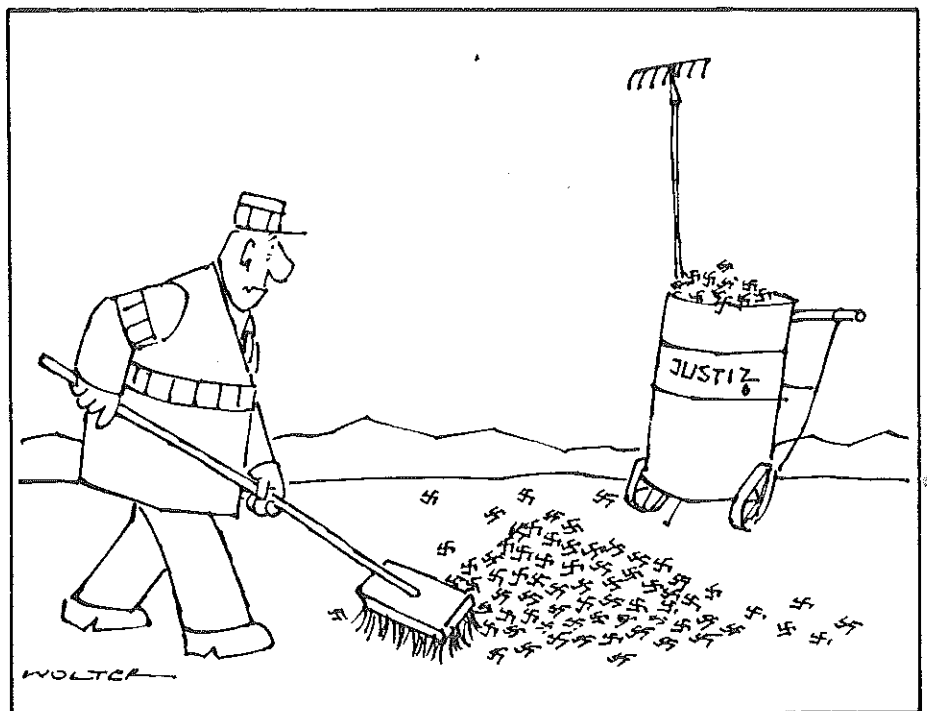
In Zeiten wirtschaftlicher Krise mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird es den Nazis gelingen, immer wieder gewissen Zulauf zu bekommen. Jugendliche und Erwachsene, die verzweifelt sind oder eine enorme Wut über die Zustände empfinden, werden auf die einfach gezimmerte Demagogie hereinfliegen.

Es ist Aufgabe von Gewerkschaften und SPD, den Nazis das Wasser abzugraben. Bürgerliche Kräfte und Parteien werden dazu nicht in der Lage sein. Denn dazu ist es nötig, einen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzuzeigen und für eine sozialistische Alternative zu mobilisieren. Den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus können oder wollen bürgerliche Kräfte nicht sehen. Die faschistische Gefahr kann aber nur dann mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, wenn das kapitalistische System beseitigt ist. Die SPD

muß eine offensive sozialistische Politik betreiben und damit den Leuten, die anfällig für Nazi-Propaganda sind, eine echte Zukunftsperspektive bieten. Selbst Jugendliche, die sich rechtsradikalen Jugendbanden angeschlossen haben, können durch Erklären der wahren Ursachen ihrer miesen Lage vom Rechtsradikalismus abgebracht und für sozialistische Ideen gewonnen werden.



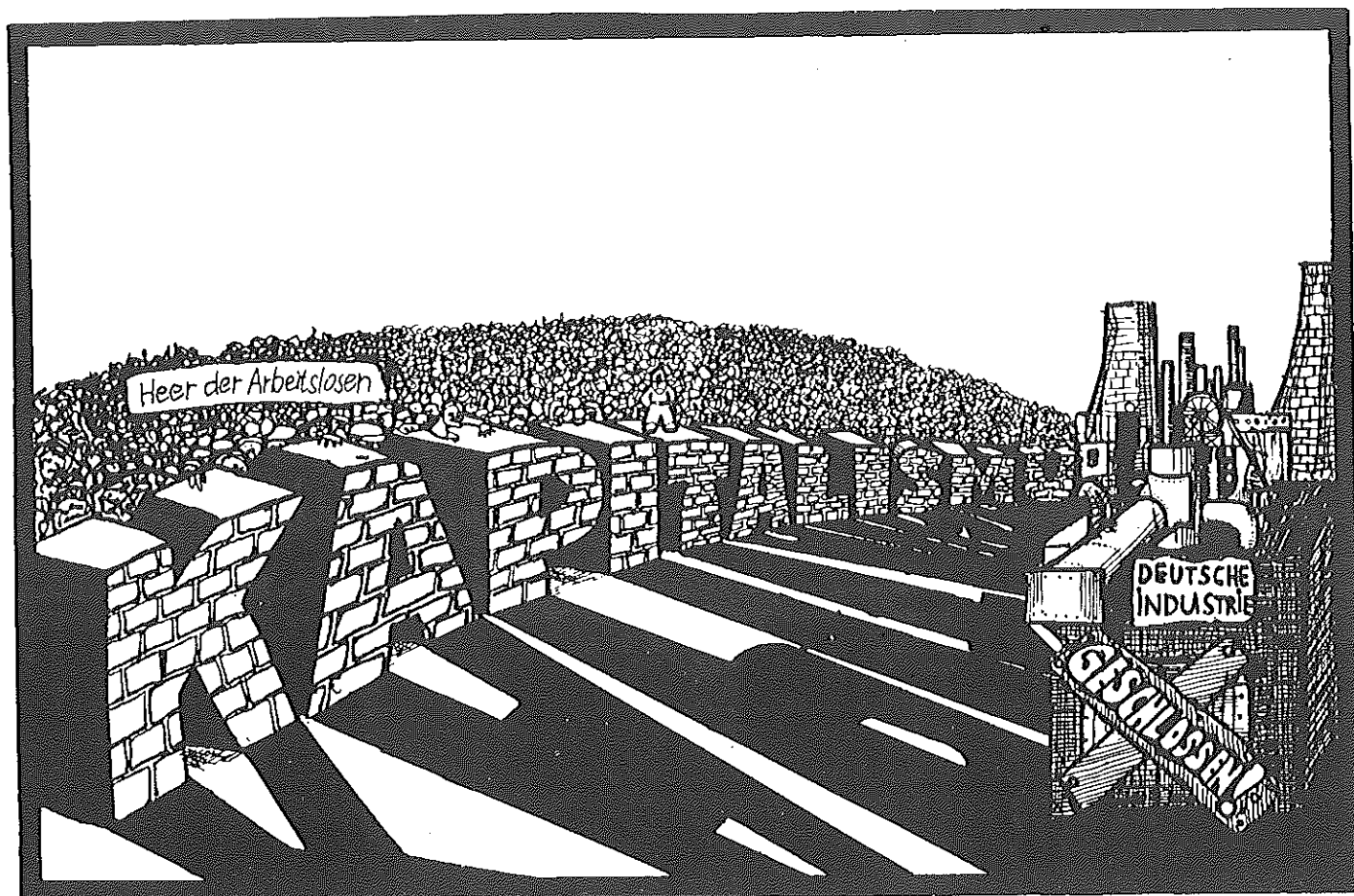
Wo Nazis ihr Unwesen treiben, hilft nur eins: organisierte Gegenwehr. Wo immer sie auftreten, müssen sie durch Gegenmobilisierung und Blockadeaktionen daran gehindert werden. Gewerkschaften und SPD müssen diesen Widerstand organisieren. Wo die SPD die Mehrheit in den Gemeinden und Städten hat, muß sie Nazi-Auftritte verbieten. Es darf keine Vermietung von öffentlichen Räumen und Plätzen für Nazis geben. Wenn nötig müssen Gewerkschafts- und SPD-eigene Selbstschutzgruppen aufgestellt werden, um alle bedrohten Veranstaltungen, Demonstrationen, Personen und Gebäude gegen faschistische Übergriffe zu verteidigen.



„Der Rest kommt unter den Teppich“

III.

Der sozialistische Ausweg



Alles ist unsicher in dieser Welt: Arbeitsplätze, Einkommen, Wohnung, demokratische und gewerkschaftliche Rechte, Frieden, Umwelt, Gesundheit... alles! Nirgends gibt es die „helle Welt“. Deshalb bleibt uns nur eins: die bestehende Welt verändern – und zwar radikal.

Wenn sich der Kapitalismus die Befriedigung unserer grundlegenden menschlichen Bedürfnisse nicht mehr leisten kann, können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten. Wir müssen ihn abschaffen. Doch was soll an seine Stelle treten? In keinem Fall eine Gesell-

schaft wie in der DDR oder in der Sowjetunion. Diese Staaten nennen sich sozialistisch, doch sie sind es nicht. Nirgends auf der Welt gibt es Sozialismus. Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft ist noch lange kein Sozialismus.

Sozialismus bedeutet Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen. Im Ostblock ist die Arbeiterklasse aber politisch noch schlimmer unterdrückt, als in den bürgerlichen Demokratien in Westeuropa. Das heißt aber nicht, daß Planwirtschaft und Demokratie nicht zusammenpassen. Gerade die Krise in der

Sowjetunion und in den anderen Ostblockstaaten zeigt, daß Planwirtschaft ohne Demokratie nicht mehr funktioniert. Die Massen in diesen Staaten wollen nicht zurück zum Kapitalismus, sondern vorwärts zum Sozialismus. Sie wollen selber bestimmen und nicht länger von einer totalitären Diktatur gegängelt werden.

Wie soll eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Unterschied zum Kapitalismus und im Unterschied zur Sowjetunion aussehen? Wie können wir den Sozialismus erkämpfen?

Für eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise

In der kapitalistischen Marktwirtschaft herrschen Anarchie und Dschungelgesetze der Konkurrenz. Es wird nicht in erster Linie produziert, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profite zu erwirtschaften. Ob ein Unternehmer Waschmaschinen oder Streichhölzer herstellen läßt, ist ihm letztlich egal: Hauptsache, der Profit stimmt. Ob er überhaupt produzieren läßt, oder sein Kapital lieber auf die Bank bringt, an den Devisen- und Aktienbörsen der Welt spekuliert, ist allein seine Entscheidung.

Dabei wird dieses Kapital von den Arbeitern erwirtschaftet. Denn Profit ist nichts anderes als die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. Erhalten die Arbeiter den vollen Gegenwert der von ihnen geschaffenen Werte, dann könnte es keinen Profit geben.

Mit technischem Fortschritt und steigender Produktivität können immer mehr



Planwirtschaft: Trotz Bürokratie überlegen

Wir alle wissen, daß die Wirtschaft in der Sowjetunion gekennzeichnet ist durch Korruption, Fehlplanung, Bürokratismus, Schwarzmarkt, Funktönärsprivilegien und gigantischer Mißwirtschaft.

Aber bei aller Kritik dürfen wir die errungenen Fortschritte nicht vergessen. In Ländern wie der UdSSR ist das System des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und die Konkurrenz abgeschafft. Die zentralstaatliche Planwirtschaft hat gewaltige Fortschritte ermöglicht: Zwischen 1917 und 1970 hat sich der Anteil der UdSSR an der Weltindustrieproduktion von 3% auf 20% gesteigert. Zwischen 1913 und 1963 stieg die Industrieproduktion auf das 52fache an (im selben Zeitraum in den USA nur auf das 6fache). Rußland entwickelte sich in wenigen Jahrzehnten von einem halbfeudalen, rückständigen Land zur zweitgrößten Industriemacht der Welt. Das hat kein anderes Land in solch kurzer Zeitspanne geschafft. Ohne eine geplante Produktionsweise wäre dies nicht möglich gewesen.

Wie wir sehen, beziehen sich diese Angaben auf einen Zeitraum von 50 Jahren (1913-1963). In dieser Periode war Rußland von zwei Weltkriegen (Gesamtdauer 8 Jahre), einem Bürgerkrieg (Dauer 3 Jahre) und - infolge der Stalin'schen Zwangskollektivierung

der Landwirtschaft - von einer riesigen Hungersnot (3 Jahre) schwerstens getroffen. Diesen Katastrophen fielen jeweils Millionen Menschen zum Opfer. Landwirtschaft und Industrie erlitten furchtbare Rückschläge. Der Zeitraum der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands ist also eigentlich auf nur 35 Jahre innerhalb des angegebenen Halb-Jahrhunderts zu veranschlagen.

Innerhalb derselben 50 Jahre waren die USA von ähnlichen Katastrophen verschont (abgesehen von den im Kapitalismus zwangsläufigen Krisen). An den beiden Weltkriegen konnten sie sich sogar auf Kosten anderer Länder erheblich bereichern . . .

Vor diesem Hintergrund ist das im Vergleich zu den USA erheblich schnellere Wachstum der UdSSR-Industrie sogar noch erstaunlicher. Der Grund für diese einzigartige Entwicklung ist allein in der geplanten Produktion zu finden.

Und dies alles trotz hemmender Bürokratie, Mißwirtschaft und Fehlplanung. Was wäre an Produktivitätsfortschritten innerhalb einer Planwirtschaft dann erst möglich, wenn die herrschende Funktionärsclique endlich mittels einer politischen Revolution gestürzt würde? Wenn dadurch der ganze bürokratische Ballast wegeräumt und alle Hemmnisse für die weitere Entwicklung beseitigt wären?!

Im Vergleich zu den USA ist die UdSSR wirtschaftlich zwar immer noch im Rückstand. Doch ein Großteil des Vorsprungs, den die USA noch 1913 hatten, ist bereits aufgeholt.

Auch wenn man Länder wie China und Indien vergleicht, sieht man die Überlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Anarchie. Beide Länder waren noch 1949 auf dem gleichen elend niedrigen Niveau. China war sogar eher rückständiger. 1949 fand in China eine Revolution statt. Eine zentrale Planwirtschaft trieb den Aufbau voran. (Eine wuchernde Bürokratie hemmte ihn andererseits - wie in der UdSSR.) Indien blieb nach seiner Unabhängigkeit 1949 kapitalistisch. Und wo steht China heute? Und wo Indien? Wo gibt es mehr Hungersnöte, mehr Arbeitslosigkeit, mehr Analphabeten, verheerende Seuchen und Krankheiten, schärferes Elend der breiten Massen?

Wenn es heute in den Ländern mit Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft immer größere Probleme gibt, liegt das nicht an der Planwirtschaft, sondern an der fehlenden Demokratie. Denn eine hochentwickelte Wirtschaft braucht Demokratie, wie der menschliche Organismus den Sauerstoff.

Waren hergestellt werden. Das ist an sich nichts Schlechtes, denn es könnte ja zur Hebung des Lebensstandards und zur Verkürzung der Arbeitszeit beitragen. Aber die Löhne der Arbeiterklasse steigen nicht im gleichen Umfang mit. Es kommt zu Stockungen des Absatzes und zu (Überproduktions-)Krisen. Kurzarbeit, Entlassungen, Firmenschließungen und Arbeitslosigkeit sind regelmäßig die Folge. Denn die Unternehmer wälzen die Krisenlasten so gut es geht auf die Arbeiter ab.

So erleben wir den Widersinn, daß zuviel produziert werden kann, obwohl noch viele Bedürfnisse befriedigt werden müssen. Landwirtschaftliche Produkte werden vernichtet, obwohl es Hunger und Armut in der Welt gibt. Produktionsanlagen liegen brach, obwohl es genügend Arbeitskräfte gibt und noch viele Güter und Dienstleistungen fehlen. In den reichsten Ländern der Welt, wie den USA oder der BRD, gibt es Armut.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen reißen gewaltige Löcher in die Kassen: Der Wirtschaft entgeht ein Teil der Produktion infolge von Unterauslastung der Kapazitäten und durch Betriebsschließungen, dem Staat entgehen Steuereinnahmen, die Sozialversicherungen haben höhere Ausgaben, die Erwerbslosen kriegen keinen Lohn. Wenn es gelingt, alle Arbeitslosen produktiv zu beschäftigen (und eine Planwirtschaft kann dies), dann lassen sich in der BRD auf einen Schlag wirtschaftliche Jahreswerte in Höhe von 200 Milliarden DM zusätzlich erzeugen.

Eine gewaltige Summe, die beinahe beliebig verwendet werden kann: zur Senkung der Wochenarbeitszeit, zur Sanierung der Umwelt, zur Hebung des Lebensstandards. In einer geplanten Wirtschaft wäre kein Grund für Arbeitslosigkeit oder mangelhaft ausgelastete Produktionskapazitäten. Die gesamte notwendige Arbeit kann auf alle Arbeitsfähigen aufgeteilt werden. Mit den jährlichen Produktivitätsfortschritten wird die wöchentliche Arbeitszeit gesenkt. In kurzer Zeit wird es möglich sein, eine 4-Tage-

Woche bei 5-Stunden-Tag einzuführen. Der Chip wäre in einer demokratischen Planwirtschaft nicht mehr Jobkiller, sondern Arbeitszeitverkürzer.

Wir brauchen keine Rüstungsproduktion mehr. Wir werden keine 50 verschiedenen Waschmittelsorten bzw. -verpackungen haben. Großkonzerne können nicht mehr die breite Anwendung patentierter Erfindungen behindern. Absichtliche Verschleißproduktion wird ein für alle Mal ein Ende haben.

An die Stelle hemmungslosen, kurz-sichtigen Raubbaus an Menschen, Natur und Umwelt durch das Profitsystem wird eine vorausschauende Politik treten.

Die moderne Technologie mit ihren Möglichkeiten der Erweiterung von Informations- und Kommunikationssystemen würde unter demokratischer Arbeit-

terkontrolle zur schnellen und flexiblen Ermittlung von Verbraucherwünschen und -bedürfnissen sowie in der Produktion zur schonenden und sparsamen Umsetzung in eine breite Produktpalette beitragen.

Solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, läßt sich die Produktion nicht planen. Deshalb muß die Großindustrie in Gemeineigentum überführt werden. Worauf es dabei ankommt, sind die größten Konzerne. Ungefähr 200 (bei einer Gesamtzahl von 100.000 Unternehmen) sind es, die mehr als 75% der gesamten Industrieproduktion kontrollieren. Eine ganz kleine Minderheit ist es also, die die Macht in der Wirtschaft (und folglich auch im Staate) in Händen hält. Ihre Herrschaft läßt sich mit einem geicherten Leben für uns nicht vereinbaren.

**Ein Betrieb ohne
Unternehmer
ist wie ein Fisch
ohne Fahrrad.**

Deshalb fordern wir:

- ▶ Verstaatlichung der 200 größten Industrieunternehmen, der Banken und Versicherungen.
- ▶ Entschädigung nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.
- ▶ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen statt vom Profit ausgeht.
- ▶ Umfassende demokratische Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch die arbeitende Bevölkerung innerhalb einer sozialistischen Planwirtschaft!

Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung

Gemeineigentum und Planung der Produktion geben die Mittel in die Hand, die Wirtschaft harmonisch und entsprechend den Bedürfnissen zu entwickeln. Doch die Erfahrung zeigt auch: Verstaatlichung alleine nützt noch nicht viel, wenn damit einfach nur das Eigentum übertragen wird und sonst alles beim Alten bleibt, wenn statt privatem Management eine staatliche Verwaltungsbürokratie entsteht, wenn die Beschäftigten genauso wenig zu melden haben wie

vorher. Das zeigen Beispiele staatlicher Betriebe im Kapitalismus, wie Bahn und Post. Letztlich werden sie den Gesamtinteressen des Kapitals untergeordnet.

Zum Beispiel sitzen Vertreter der Automobilindustrie im Aufsichtsrat der Bundesbahn. Kein Wunder, daß die Bahn vor dem Individualverkehr kapitulliert oder vor dem Ziel, den Gütertransport vom privaten Spediteur auf die Schiene zu verlagern. Zum Beispiel die Bundespost: Lukrative Bereiche sollen privatisiert wer-

den; gegen die staatliche Verwaltung von Verlusten hat das Kapital nichts einzuwenden.

Nicht zuletzt auch die Beispiele der Ostblockstaaten machen deutlich, wie notwendig eine demokratische Kontrolle in den staatlichen Betrieben ist.

Demokratische Arbeiterkontrolle ist nicht ein Ziel, das wir erst im Sozialismus verwirklichen wollen. Diese Forderung ist auch schon innerhalb des kapitalistischen Betriebsablaufs aktuell. Es gibt genug Ansatzpunkte dafür: Einstellungen und Entlassungen, Arbeitsgeschwindigkeit und -belastung, Arbeitssicherheit

und Gesundheitsschutz, die Kontrolle über den Produktionsablauf, die Produktionsmethode und die Produktpalette.

Oder die Frage des Geschäftsgeheimnisses und der verfälschten Bilanzen: Welcher einzelne Arbeiter weiß schon, was in „seinem“ Betrieb insgesamt vor sich geht? Welcher Betriebsrat kennt schon die geheimen Geschäftspraktiken seiner Chefs? Ständig verschleiern die Unternehmer die Gewinne. Ihre eigenen Einkünfte, ihr persönlicher Luxus, die Verwendung der von uns erarbeiteten Profite, langfristige Investitionsplanungen, die Einführung neuer Technologien – das alles interessiert uns. Darüber wollen wir endlich genau Bescheid wissen.

Zwar sind über die bisherigen Mitbestimmungsmodelle in einer Reihe von Großbetrieben Belegschaftsvertreter an der Geschäftsleitung beteiligt. Doch die oben skizzierte Arbeiterkontrolle geht weit über die bisher praktizierte Mitbestimmung hinaus.

Nichtsdestoweniger sind schon die bisherigen Mitbestimmungsrechte den Unternehmern ein Dorn im Auge, weil sie nicht ganz schalten und walten können, wie sie wollen. Die Unternehmer und ihre Parteien wollen deshalb die gewerkschaftlichen Rechte verschlechtern. Gegen eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte wehren sie sich mit allen Mitteln. Und die Gerichte kommen ihnen dabei zu Hilfe.

Alle Angriffe der Unternehmer und des Staates auf gewerkschaftliche Rechte und die Mitbestimmung müssen abgewehrt werden. Jedes erkämpfte Recht muß verteidigt werden. Gleichzeitig müssen aber die Mängel der Mitbestimmung aufgezeigt werden (siehe Kasten). Angesichts verschärfter Angriffe des Kapitals, zunehmender Arbeitshetze, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen müssen weitergehende Kontrollrechte der Arbeiter gegen den Widerstand der Unternehmer erkämpft werden.

Verwaltung und Management staatlicher Betriebe im Kapitalismus müssen

Die Grenzen der Mitbestimmung

„Es gab lange und heftige Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaften den Weg der Sozialisierung oder der Überführung in Gemeineigentum fordern sollen. Wir haben uns für den Weg der Mitbestimmung und damit der Mitverantwortung entschieden...“ (Eugen Loderer, früherer IG-Metall-Vorsitzender)

Die Praxis der Mitbestimmung bis heute hat gezeigt:

- Die Information der Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensleuten ist aufgrund der Geheimhaltungspflicht mangelhaft.

- Die Arbeitervertreter können durch hohe Aufsichtsratsbezüge eingelullt werden. Ein Teil der Gelder soll zwar an die DGB-„Stiftung Mitbestimmung“ abgeführt werden; dies geschieht aber keineswegs in vollem Umfang.

- Durch die abgehobene Tätigkeit der Aufsichtsratsvertreter, die von der Belegschaft nicht kontrolliert werden kann (Aufsichtsräte sind an Weisungen der Arbeiter nicht gebunden!) sowie die hohen Vergütungen kommt es zur Vorseibständigkeit der Funktionäre.

- Mitbestimmung birgt die Gefahr, daß die Arbeiter weniger auf ihre eigene Kraft, als auf das Verhandlungsgeschick ihrer Repräsentanten vertrauen.

- Mitbestimmung hat die Krise an

Rhein, Ruhr und Saar, die sich in diesen Regionen bedrohlich auswächst, nicht verhindert, dafür aber besonders im Montanbereich lange Jahre für einen massiven Arbeitsplatzabbau auf dem Verhandlungswege (d.h. ohne harte Abwehrkämpfe) gesorgt.

- In Zeiten wirtschaftlicher Krise reicht die Mitbestimmung nicht aus, um die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Es besteht sogar die Gefahr, daß mit Hilfe der Mitbestimmung Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden. Die Betriebsräte laufen Gefahr, nur die Interessen ihrer Belegschaft zu sehen und sich sogar mit „ihrem“ Unternehmer gegen Belegschaften von Konkurrenzbetrieben stellen.

- Mitbestimmung wird zur Mitverantwortung für Krisen, die keine Belegschaft zu verantworten hat. Die Betriebsräte stehen unter dem Druck, Interessen ausgleichen zu müssen, die sich gar nicht ausgleichen lassen. Das führt dann dazu, daß Betriebsräte Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitsplatzabbau zustimmen, anstatt einen gewerkschaftlichen und politischen Kampf zur Verteidigung jedes Arbeitsplatzes zu führen. Bei Entlassungen geht es oft nur noch um die Höhe des Sozialplanes.

- Mitbestimmung hat die Konzentration von wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen nicht verhindern können.

ebenfalls im Interesse der Beschäftigten und der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung insgesamt laufen. Dies gilt sowohl für heute schon in Staatshand be-

findliche Betriebe wie auch für zukünftige Teilverstaatlichungen (z.B. von Firmen, die mit Schließung drohen).

Die demokratische Arbeiterverwaltung eines Betriebes, Konzerns oder einer Branche könnte zum Beispiel so aussehen, daß in den Aufsichts- und Leitungsgremien je 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat sitzen.

1/3 Vertreter der Belegschaft können die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten und deren Sachverstand im Produktions- und Verwaltungsbereich einfließen lassen.

1/3 Vertreter der Gewerkschaften können die Gesamtinteressen der Beschäftigten in der entsprechenden Branche (z.B. Zulieferer- und Abnehmerbetriebe) einbringen. Schließlich soll es nicht zu erneuter Konkurrenz zwischen einzelnen verstaatlichten Betrieben kommen, sondern zu einer harmonisch abgestimmten Gesamtplanung. Außerdem kann der DGB die Interessen der Konsumenten bzw. Kunden (z.B. bei der Post) vertreten, also die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung generell.

1/3 Vertreter des Staates können die Belange gesamtstaatlicher Rahmenpla-



nung (z.B. Infrastruktur, Energieversorgung) einbringen.

Bei 2/3 Arbeitervertretern und nur 1/3 Staatsvertretern können allzu starke staatliche Eingriffe verhindert werden.

Entscheidend ist allerdings, daß sich die 2/3 Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter nicht von den Interessen und Wünschen ihrer Basis entfernen können. Deshalb müssen sie bei voller Rechenschaftspflicht wählbar und jederzeit abwählbar sein. Außerdem dürfen sie nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn (plus Ersatz der Auslagen für ihre Tätigkeit). Wer hohe Einkommen erhält, kann sich nicht mehr in die Lage eines normal verdienenden Arbeiters versetzen. Es besteht dann die Gefahr des „Abhebens“ der Funktionäre. Durch Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit sowie Begrenzung der Einkommen kann jedoch eine enge Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet werden.

Natürlich ist eins klar: Auch ein staatlicher Betrieb mit demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung kann sich den Zwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht entziehen, solange die Mehrheit der Industrie noch in Privat-hand ist und nicht gesamtgesellschaftlich geplant werden kann. Er kann jedoch zeigen, daß die Arbeiterbewegung auch ohne Unternehmer in der Lage ist, die Betriebe zu verwalten und ihren Bedürfnissen soweit wie möglich Rechnung tragen. Er kann Ausgangspunkt für eine breitere Mobilisierung zur Übernahme der Schaltstellen der Wirtschaft in Arbeiterhand sein.

Bereits heute ist es so, daß die Hälfte aller Verbesserungen im Produktionsablauf auf die Initiative „gewöhnlicher“ Arbeiter zurückgeht. Und heute sind Verbesserungen nur Maßnahmen, die sich für den Unternehmer in Profit auszahlen. Der Arbeiter bekommt dafür allenfalls ein paar Mark Sonderzuwendungen. In einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiter an jedem Fortschritt in Form von besseren Lebensbedingungen teilnehmen, können sie sich mit ihrer Arbeit voll identifizieren. Das würde das große Potential an kreativen und gestalterischen Fähigkeiten erst richtig entfesseln, das heute durch harte strapaziöse Arbeit und durch den Frust der Ausbeutung im Laufe eines Arbeitslebens verlorengeht.

Die schöpferische Kraft der Arbeiter ist das Entscheidende am betrieblichen Alltag. Sind es nicht die Arbeiter, die den Gang der Produktion aufrechterhalten? Fachleute und Spezialisten spielen dabei eine große Rolle. Aber wer finanziert ihre Ausbildung? Die Arbeiter mit ihren Steuern. Und sind die Ingenieure, Techniker und Angestellten nicht auch Lohnabhängige? Ihre Arbeitskraft wird auch ausgebeutet, selbst wenn sie mehr verdienen. Sie müssen die technische Entwicklung vorantreiben und den Produktionsablauf so rationell wie möglich gestalten. Sie liefern die Daten und Statistiken. Das Management trifft nur die Entscheidungen. Und Ausgangspunkt der Entscheidung ist einzig und allein das

Ziel der Profitmaximierung.

In einer sozialistischen, demokratisch gelenkten Wirtschaft würde das Management nicht mehr vom Kapital eingesetzt und ihm rechenschaftspflichtig sein, sondern die Arbeiterkassen würde sich ihre Aufseher, Buchhalter, Betriebsleiter wählen.

Ausgangspunkt für Entscheidungen wäre die sinnvolle Produktion für den gesellschaftlichen Bedarf, sowie die Verbesserung der Produktionsmethoden mit dem Ziel Arbeitszeitverkürzung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Umweltfreundlichkeit von Produktion und Produkt.



Der fünfmonatige Kampf um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen war ein Wendepunkt im Klassenkampf der Nachkriegsgeschichte.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Weg mit dem arbeiterfeindlichen Geschäftsgeheimnis! Schluß mit der „Schweigepflicht“ für Betriebsräte! Für das Recht auf jederzeitigen Einblick in alle Geschäftsbücher durch Vertreter der Belegschaft!
- ▶ Verteidigt die Mitbestimmung gegen Unternehmerangriffe.
- ▶ Ausbau der Mitbestimmungsrechte zur vollen Arbeiterkontrolle über die Produktion. Wir wollen darüber bestimmen, was und wie mit unserer Arbeitskraft produziert wird! Die Entscheidung über Einstellungen und Entlassungen muß in den Händen der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper liegen!
- ▶ Demokratische Arbeiterverwaltung in staatlichen Betrieben, Konzernen oder Branchen, die wie folgt aussehen könnte:
 - Ein Drittel Delegierte der jeweiligen Belegschaft, um deren Interessen zur Geltung zu bringen!
 - Ein Drittel Delegierte des DGB, um die Interessen der gesamten Arbeiterklasse zu berücksichtigen!
 - Ein Drittel Vertreter des Staates, wegen der Koordinierung mit der staatlichen Rahmenplanung.
 - Entsendung der 2/3 Arbeitervertreter in die Leitungsgremien auf Grundlage demokratischer Wahlen (einschließlich des Rechts auf jederzeitige Abwahl)
 - kein Arbeitervertreter darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.

Für eine sozialistische Demokratie in Ost und West

„Wenn ihr so was wollt wie im Osten, könnt ihr mit mir nicht rechnen.“ Diese Einstellung vieler Leute ist sehr gut zu verstehen. Sie haben die Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Ostblockstaaten vor Augen, Korruption, Mißwirtschaft und relativ niedrigen Lebensstandard. Andererseits lebt die Elite dieser Staaten – die Spitzenfunktionäre der Partei, des Staates und der Gewerkschaften – in Saus und Braus, verfügt über enorme Privilegien, wie luxuriöse Ferienvillen, Dienstwagen mit Chauffeur, eigene, nur für ihren Einkauf bestimmte Läden, Privatärzte usw.

Dieser Kritik schließen wir uns voll und ganz an. Trotz aller Errungenschaften, die durch die östlichen Planwirtschaften in der Vergangenheit ermöglicht wurden (siehe Seite 40), schrumpften die Wachstumsraten in allen osteuropäischen Staaten seit Jahren oder stagniert die Wirtschaft gar.

Allerdings müssen wir uns auch klar machen, daß demokratische Rechte und relativ hoher Lebensstandard keineswegs typisch für den Kapitalismus sind. Verelendung und Diktaturen sind für die

Aber sind sie deshalb sozialistisch? Sicher, es gibt dort Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft, der alte bürgerlichen Staatsapparat wurde gestürzt. Das sind zwar notwendige, aber keineswegs ausreichende Bedingungen für den Sozialismus.

Sozialismus bedeutet, daß die verstaatlichten Produktionsmittel unter der direkten Regie der Arbeiterklasse und zu ihrem Nutzen eingesetzt werden, also Arbeiterdemokratie. Sozialismus bedeutet das Ende von Kriegen und Aufrüstung und das Absterben der Unterdrückungs-Funktion des Staates. Sozialismus ist eine höhere Gesellschaftsform als der Kapitalismus, sie muß sich am Niveau des höchstentwickelten Kapitalismus messen lassen.

Davon kann jedoch in keinem Land des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ die Rede sein. Und es kann auch gar keinen isolierten „Sozialismus in einem Land“ geben, schon gar nicht in unterentwickelten Ländern. Entweder es gibt ihn weltweit oder gar nicht. Denn der Kapitalismus hat die Produktionsmöglichkeiten so gesteigert, daß sie auf die

gab. Doch blieb dieser erste Arbeiterstaat der Welt lange Jahrzehnte isoliert. Die revolutionäre Welle erfaßte zwar nach dem 1. Weltkrieg nahezu ganz Europa. Doch wegen des Versagens der Führung der Arbeiterorganisationen siegte die Arbeiterklasse außer in Rußland nirgends. Hinzu kam, daß die imperialistischen Staaten die Sowjetunion belagerten, zum Teil einmarschierten und einen mehrjährigen Bürgerkrieg entfachten, der ungeheure Verwüstungen anrichtete.

Unter diesen katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen mußte es unweigerlich zu einer Rückentwicklung kommen. Diese Rückentwicklung fand in Form einer zunehmenden Bürokratisierung und Errichtung einer totalitären Diktatur unter der Führung Stalins statt. Die Arbeiterräte wurden entmachtet, den Arbeitern Stück für Stück ihre demokratischen Rechte und politischen Freiheiten geraubt. Die bolschewistische Partei wurde stalinisiert. Demokratische Diskussionen wurden verboten, sämtliche politische Gegner Stalins ausgeschaltet, Millionen ermordet.



(aus: „Sowjetunion heute“, deutschsprachige Zeitschrift der UdSSR)

Mehrheit der Menschen in der „Dritten Welt“ kapitalistischer Alltag. Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf soziale und demokratische Errungenschaften in den Industrieländern zeigen, daß auch hier Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung nicht dauerhaft sind.

In einer Reihe von Staaten wurde der Kapitalismus gestürzt: China, DDR, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei, Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Albanien, Vietnam, Nord-Korea, Süd-Jemen, Birma, Afghanistan, Äthiopien, Angola, Mozambique, Syrien, Kuba.

Belieferung internationaler Märkte angewiesen sind, er hat einen Weltmarkt geschaffen. Der Sozialismus als höhere Stufe muß darauf aufbauen und zu einer weltweiten Planung der Produktion im Interesse der Menschheit führen.

Die Oktoberrevolution 1917 in Rußland hat die Ära der sozialistischen Revolution eröffnet. Großgrundbesitzer und Kapitalisten wurden enteignet, der bürgerlich-zaristische Staatsapparat zerschlagen. Für kurze Zeit hatten die Arbeiter in Form einer Räte- oder Sowjetdemokratie die Macht. Das war die demokratischste Regierung, die es jemals

Die Revolution war entartet. Von ihren Errungenschaften blieb nur noch das Staatseigentum an Produktionsmitteln unangetastet. Politisch war die Arbeiterklasse vollkommen entrechtet worden.

Alle anderen Staaten, in denen nach dem 2. Weltkrieg der Kapitalismus gestürzt wurde (Osteuropa, China, Kuba usw.) orientierten sich an diesem stalinistischen System. Sie waren von Anfang an bürokratisch verformt. Auf der Grundlage von Staatseigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft waren zwar enorme wirtschaftliche Fortschritte möglich. Doch gleichzeitig war die Büro-



Die Führungsschicht in der Sowjetunion genießt Luxus und Privilegien.

kratie eine Bremse für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt, weil Bürokratie immer bedeutet: Fehlplanung, Mißwirtschaft, Korruption, Vetternwirtschaft, Erstickung von Initiative und Kreativität. Je hochentwickelter und komplexer Wirtschaft und Gesellschaft wurden, umso schwerer wog das Bleigewicht der Bürokratie. Schon mehrfach haben die osteuropäischen Arbeiter den Versuch unternommen, das bürokratische Joch von ihrem Rücken zu werfen: DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1956, 1970, 1976 und 1980.

In keinem dieser Fälle wollten die Arbeiter zurück zum Kapitalismus, sondern vorwärts zu einer sozialistischen Demokratie. Jedesmal kam es zu einer mehr oder weniger ausgeprägten Entwicklung von Arbeiterräten, die sich vorübergehend Positionen eroberten, um die Macht der Bürokratie auszuschalten.

Instinktiv orientierten sich die Arbeiter an den Prinzipien einer Arbeiterdemokratie, wie sie Lenin aufgestellt hatte:

- Wähl- und Abwählbarkeit aller Vorgesetzten und Funktionäre.
- Begrenzung des Lohnes aller Funktionäre auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Keine stehende Armee, sondern ein bewaffnetes Volk, d.h. demokratisch aufgebaute Arbeitermilizen.

Da die Bürokratie in diesen revolutionären Krisen nie ganz entmachtet wurde, konnte sie immer wieder zum (militärischen) Gegenschlag ausholen, um ihre Macht zu erhalten. In den letzten Jahren hat sich die Krise enorm verschärft. Jedes Ostblockland befindet sich in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise.

Der Regierungsantritt Gorbatschows im März 1985 hat die Frage aufgeworfen, ob Bürokratie und totalitäre Herrschaft durch Reformen oder eine Revolution von oben beseitigt werden können. Diese Frage muß verneint werden. Die sogenannten Reformen Gorbatschows

sind nichts weiter als eine Neuauflage verschiedener Elemente früherer Politik. Sie sind die verzweifelte Reaktion der Bürokratie auf die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der 80er Jahre und den steigenden Unmut der Bevölkerung. Anleihen beim Kapitalismus durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente werden die Probleme auf Dauer nur verschärfen.

Gorbatschows Versuche, die politischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Bürokratie kann die Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln. Sie selbst ist das Hindernis für den Fortschritt, denkt jedoch nicht daran, ihre Position freiwillig zu räumen. Sie muß durch eine politische Revolution bewußt gestürzt werden.

Die politische Revolution im Osten und die sozialistische Revolution im Westen müssen mit dem Ziel geführt werden, daß die Macht nie mehr in die Hände einer bürokratischen Clique fallen darf.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Freie, demokratische und unabhängige Gewerkschaften in Ost und West.
- ▶ Eine politische Revolution zum Sturz der Bürokratie in den stalinistischen Staaten.
- ▶ Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft in den kapitalistischen Ländern.
- ▶ Sozialistische Demokratien in Ost und West auf der Grundlage einer Planwirtschaft.
- ▶ Demokratische Wahlen für alle Funktionäre. Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.
- ▶ Alle Führungsaufgaben müssen allmählich von allen übernommen werden können.
- ▶ Kein Ein-Parteien-System, sondern volle demokratische Freiheiten für alle Personen und Parteien, sofern sie nicht mit Waffengewalt den Kapitalismus wiederherstellen wollen.



Wer kann den sozialistischen Ausweg durchsetzen?

Wir leben in einer krisenhaften Epoche der Menschheitsgeschichte, wo sich in allen Teilen der Welt die Probleme zuspitzen:

- Hunger, Elend, Kriege und eine riesige Verschuldung in den Ländern der „3. Welt“;
- wirtschaftliche Probleme und politische Instabilität in den planwirtschaftlich organisierten Ländern;
- Massenarbeitslosigkeit, Verarmung zunehmender Schichten der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Industrieländern;
- weltweiter Raubbau an der Natur und Umweltzerstörung;
- ein ungeheures Niveau an Rüstung und Ausgaben für Militärzwecke.

Die Herrschaftssysteme in Ost und West sind an ihre Grenzen gestoßen. Sie sind nicht mehr in der Lage, die ungeheuren Möglichkeiten des technologischen Fortschritts nutzbringend für die Gesellschaft einzusetzen. Im Kapitalismus liegt das an der Jagd nach Profiten als einziger Triebfeder des Systems, wobei die gesellschaftlichen Bedürfnisse außer Acht bleiben; im Ostblock an der Herrschaft einer schmarotzerischen Bürokratie, die in erster Linie an der Erhaltung ihrer Macht und Privilegien interessiert ist und damit die Entfaltung der positiven Möglichkeiten einer Planwirtschaft blockiert.

Rosa Luxemburg hat zu ihrer Zeit einmal gesagt, die Alternative der Zukunft sei „Sozialismus oder Barbarei“. Diese Prognose hat sich bestätigt. Weil der Sozialismus in den 30er Jahren nicht erkämpft wurde, schlitterte die Menschheit in die Barbarei von Faschismus, Diktaturen und Weltkrieg.

Heutzutage stellt sich die Alternative noch drastischer: entweder Sozialismus oder Vernichtung der menschlichen Zivilisation. Der Kampf um den Sozialismus ist ein Wettlauf mit der Zeit, dessen Ausgang noch zur Lebzeit der heutigen jungen Generation entschieden wird.

Der Schlüssel zum Aufbau des Sozialismus liegt letztlich in den entwickelten Industrieländern. Denn die Arbeiter und Bauern in der „Dritten Welt“ können sich zwar aus eigener Kraft von Kapitalismus und Großgrundbesitz befreien. Sie können sich jedoch nicht vom Weltmarkt abschotten und auf der Grundlage von Unterentwicklung den Sozialismus aufbauen. Der Imperialismus beherrscht den Weltmarkt; seine Macht muß in den Industriezentren gebrochen werden.

Die einzige Kraft, die dies erreichen kann, ist die Arbeiterklasse. Sie produziert letztlich den gesamten gesellschaftlichen Reichtum. Wegen ihrer Stellung im Produktionsprozeß kann sie die Hebel der wirtschaftlichen (und damit auch

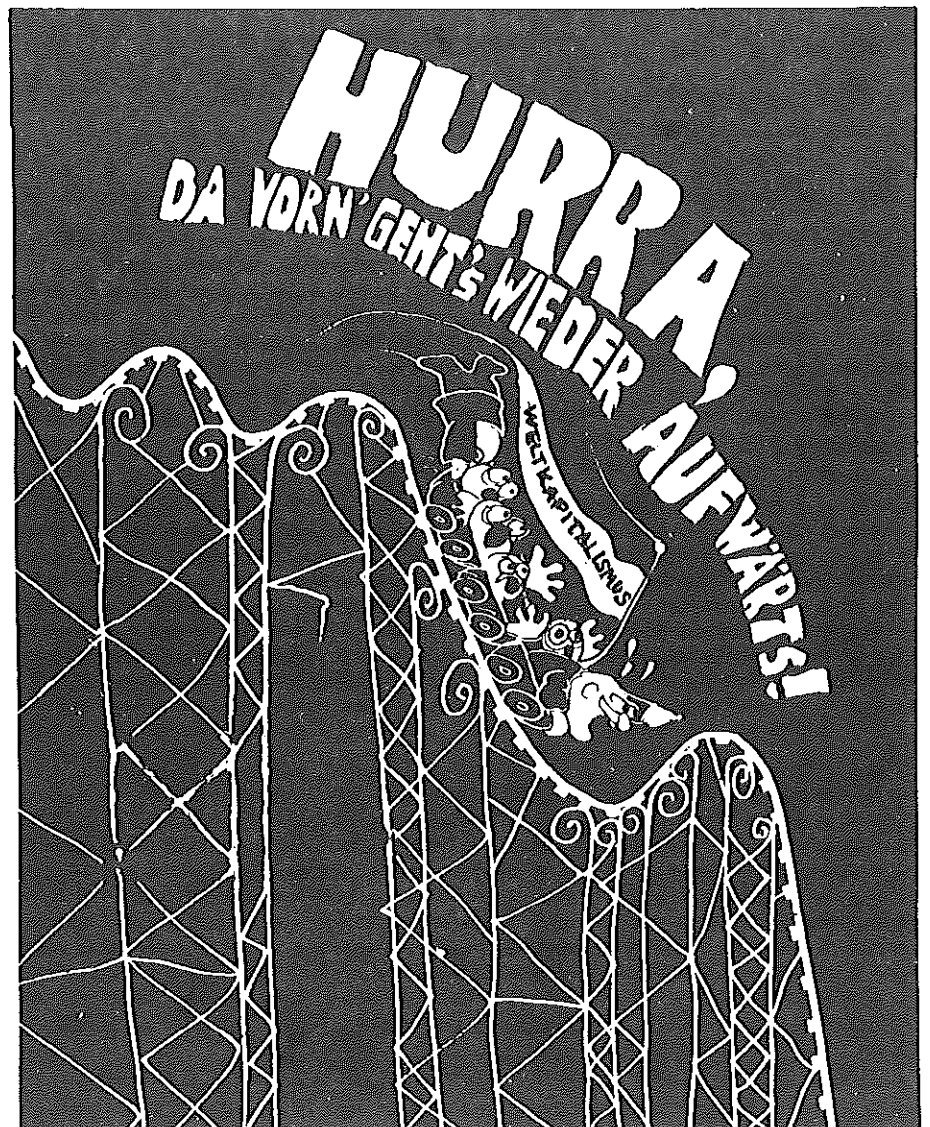
der politischen) Macht in ihre Hände nehmen. Sie ist zu kollektivem Handeln und zum Aufbau starker Kampforganisationen fähig.

Die Arbeiterklasse ist heutzutage zahlenmäßig stärker als je zuvor in der Geschichte. Zu ihr gehören nicht nur die unmittelbar in der Produktion beschäftigten Arbeiter, sondern auch das Heer von kleinen und mittleren Angestellten und Beamten, deren Arbeits- und Lebensbedingungen sich nicht mehr wesentlich von denen der Arbeiter unterscheiden. Das klassische Kleinbürgertum (Bauern, Handwerker, kleine Selbständige usw.), das noch in den 20er und 30er Jahren bis zu 50% der Bevölkerung in den Industrieländern ausmachte, ist in der Nachkriegszeit durch Industrialisierung und Konzentration in allen Wirtschaftsbereichen immer mehr zusammengeschrumpft und zu Lohnabhängigen geworden, die auch nichts weiter zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft.

Die Klasse der Lohnabhängigen macht heute in den Industrieländern mindestens rund 80% der Bevölkerung aus. Wenn sie sich ihrer Macht bewußt ist und geschlossen gegen die Herrschenden aufsteht, dann ist sie durch nichts zu stoppen.

Das wissen auch Unternehmer und Staat. Deshalb versuchen sie, mit allerhand Tricks die Arbeiterklasse in verschiedene Schichten zu spalten: Arbeiter, Angestellte, Beamte. Innerhalb dieser verschiedenen Schichten geht die Spaltung dann weiter zwischen Männern und Frauen, Ausländern und Deutschen, Jung und Alt, Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Privatindustrie, Beschäftigte zwischen Konkurrenzbetrieben ... Es werden systematisch Vorurteile geschürt, rückständigere Arbeiter gegen bewußtere ausgespielt. Teile und herrsche, das ist das Prinzip der Klassenherrschaft.

Ob und wie weit dem Kapital diese





Spaltungsversuche gelingen, hängt von den aktuellen Klassenkämpfen ab. Es hängt vom Bewußtsein und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, von ihr Kampfkraft ab, d.h. von der politischen und praktischen Stärke ihrer Organisationen.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich im Lauf Ihrer Geschichte mächtige Organisationen aufgebaut: SPD und Gewerkschaften. Mit Ihren zusammen fast 9 Millionen Mitgliedern und deren Familien sind sie die stärkste politische Kraft; sie könnten eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft durchsetzen – mit einem klaren sozialistischen Programm und einer entschlossenen, kämpferischen Führung. Doch gerade daran hat es in der Vergangenheit immer wieder gefehlt, obwohl es in der deutschen Geschichte mehrfach revolutionäre Kämpfe der Arbeiter und Situationen gab, in denen das Kapital am Abgrund seiner Herrschaft stand.

Viele Jugendliche betrachten heute DGB und SPD als verknöcherte und etablierte Organisationen. Dieses Mißtrauen ist verständlich. Doch SPD und DGB sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse.

VORAN geht davon aus, daß positive Veränderungen und schließlich die grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft nur möglich sind, wenn sie von der Mehrheit der Mitglieder von DGB und SPD getragen werden.

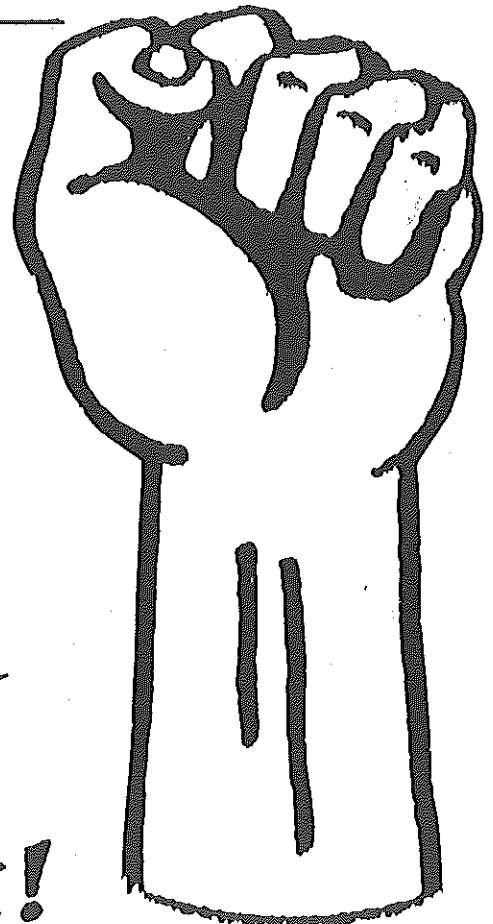
Die organisierten Arbeiter sind insgesamt zwar noch in der Minderheit und die meisten Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder sind noch relativ passiv. Aber nichts bleibt, wie es ist. Unter dem Druck der künftigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und verstärkter Klassenkämpfe werden die Arbeiter auf ihre traditionellen Organisationen zurückgreifen bei der Suche nach einer politischen Antwort. In diesem Zusammenhang werden Gewerkschaften und SPD

die gesellschaftliche Entwicklung wieder spiegeln. Frische Impulse, neue Ideen jugendlicher Mitglieder werden sie von unten her wieder beleben. Viele tausend junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler werden wieder und wieder versuchen, diese Organisationen in Ihrem Sinne zu verändern.

- ▶ Werdet Mitglied in SPD und DGB
- ▶ Sorgt mit dafür, daß die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der lernenden Jugend werden.
- ▶ Kämpft mit für eine sozialistische Erneuerung der SPD.

Einen Finger
kann man
brechen,

Fünf Finger
sind eine
Faust!



Marxisten haben die Aufgabe, diese Entwicklung aktiv zu unterstützen und sich für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und für eine sozialistische Erneuerung der SPD einzusetzen. Das geht nur, wenn man in diesen Organisationen auf der Basis tagtäglicher Erfahrung der Arbeiterklasse mit den Widersprüchen im Kapitalismus und der unzulänglichen oder falschen Politik der gegenwärtigen Führung die Überlegenheit und Notwendigkeit des Sozialismus erklärt. Und dafür muß man aktives Mitglied sein, mit einer klaren Perspektive und viel Geduld bei der Erklärung sozialistischer Ideen.

In der Zukunft werden wir erleben, daß die weltpolitischen Erschütterungen, sozialen Explosionen und auch die Niederlagen und die Enttäuschung mit der bisherigen Politik der Führung viele SPD- und Gewerkschaftsmitglieder rasch radikalisieren. Es wird Sprünge geben im Bewußtsein der Massen. Immer mehr Arbeiter werden selbst erkennen, daß eine völlige Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nötig ist und daß die Arbeiterklasse dafür ein klares Programm und eine marxistische Führung braucht, die dort weitermacht, wo Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufgehört haben. Und diese Führung kann nur aus der organisierten Arbeiterbewegung hervorgehen, d.h. aus Gewerkschaften und SPD.

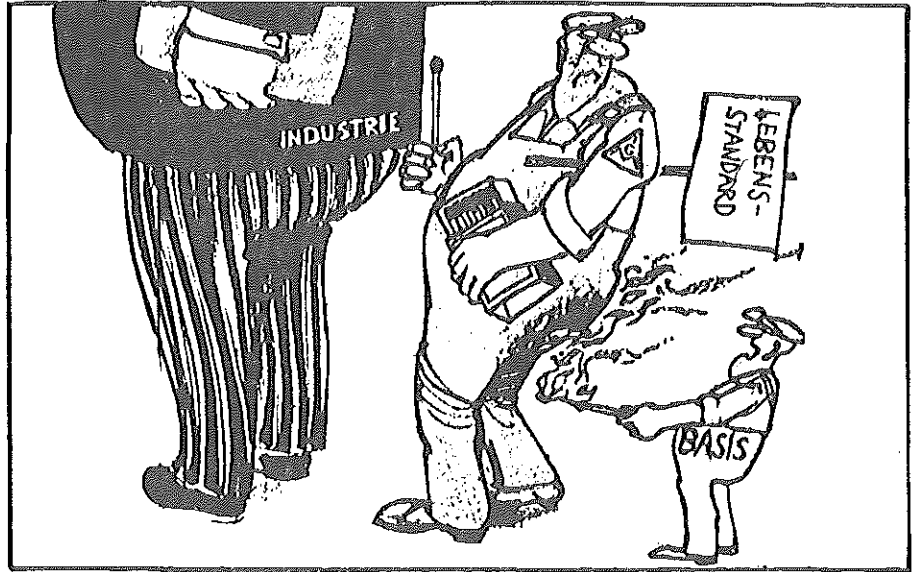
Für klassenkämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die Macht im Staat haben die Unternehmer. Durch ihre Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben sie die ökonomische Macht. Und wer die ökonomische Macht hat, hat auch die politische Macht.

Der einzelne Arbeiter ist machtlos. Er ist abhängig vom Unternehmer, ihm hilflos ausgeliefert, weil ihm nichts anderes übrig bleibt, als seine Arbeitskraft zu verkaufen, um existieren zu können. Und die Verkaufsbedingungen diktiert der Chef. Die einzige Möglichkeit für die Arbeiter, ihre Interessen zu verteidigen und die Macht der Unternehmen einzuschränken oder sogar zu brechen, besteht im solidarischen Zusammenschluß.

Nicht umsonst heißt es: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Und dieser starke Arm ist nichts anderes als die DGB-Gewerkschaften. Der DGB ist mit seinen fast acht Millionen Mitgliedern die potentiell stärkste Kraft in der Gesellschaft. Allein die IG Metall hat mehr als 2,5 Millionen Mitglieder und ist damit die stärkste unabhängige Einzelgewerkschaft der Welt.

Der relativ hohe Lebensstandard der Arbeiterklasse in der BRD ist Ergebnis dieser Stärke. Im Nachkriegsaufschwung waren in der Regel nicht mal Streiks nötig, um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub, gewerkschaftliche Rechte oder sonstige Verbesserungen durchzusetzen. Allein die Existenz der Gewerkschaften, die Macht, die dahinter steht, reichte aus, um den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. In der Krise sind die Unternehmer immer weniger bereit, Zugeständnisse zu machen. Sie fordern sogar Lohnabbau und Rückgängigmachung erkämpfter Reformen



und demokratischer Rechte. Die Gewerkschaften werden aus der Offensive in die Defensive gedrängt. Die Unternehmer und der Staat starten einen Angriff nach dem anderen auf die Arbeiterklasse. Offene Klassenkämpfe stehen wieder auf der Tagesordnung.

Die Unternehmer und ihre Parteien hoffen sich von der abnehmenden Zahl der Industriearbeiter eine Schwächung der Gewerkschaften. Selbst in Gewerkschaften und SPD wurden Theorien entwickelt über die Dienstleistungsgesellschaft mit Übergewicht von Angestellten, die nicht zu kollektivem Handeln fähig wären. Die konservativen Vorurteile gegenüber den Angestellten und Beamten werden immer mehr durch die Realität widerlegt. Bei den Angestellten und Beamten haben die DGB-Gewerkschaften

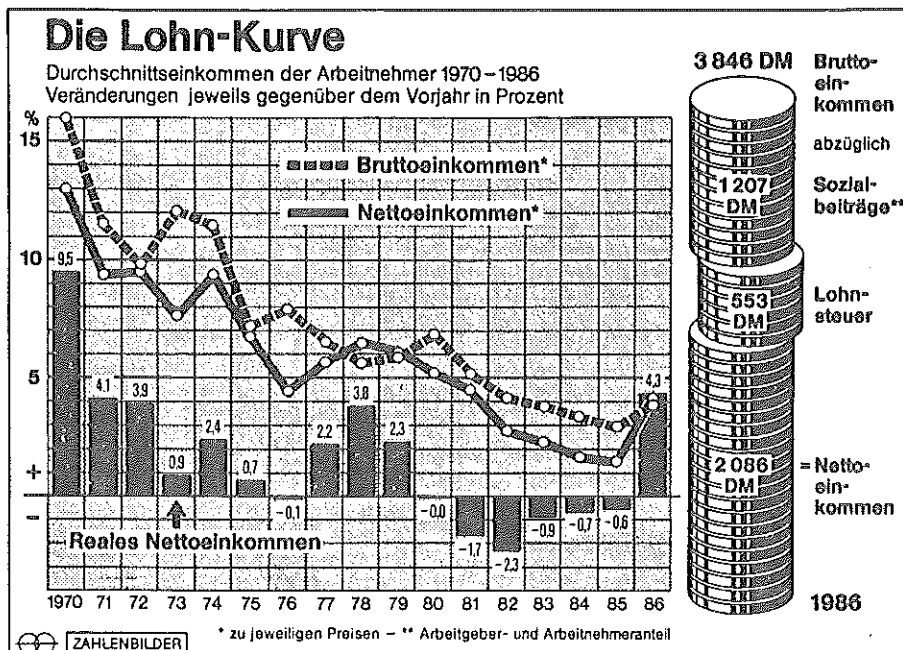
die stärksten Mitgliederzuwächse. Angestellte und Beamte werden nicht weniger von der Krise betroffen als Arbeiter. Und das widerspiegelt sich zunehmend in ihrem Bewußtsein. Bereits in den letzten Jahren gab es Arbeitskämpfe von Angestellten, die als Vorwegnahme noch größerer Kämpfe in der Zukunft gesehen werden müssen.

Die gesamte Arbeiterklasse wird durch den Druck der kapitalistischen Krise in Kämpfe gezwungen. Doch was wird das Ergebnis dieser Kämpfe sein?

In den Kämpfen der letzten Jahre gab es Erfolge (Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaub, Realloohnerhöhung), aber auch Rückschläge und Niederlagen. Die größte Niederlage für die Arbeiterklasse ist der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, vor allem die Massenentlassungen in der Stahl-, Wert- und Kohleindustrie. Ganz allgemein hat sich der Druck am Arbeitsplatz verschärft. In vielen Betrieben wurden übertarifliche Leistungen abgebaut. Die Gesetze der Kohl-Regierung haben die Lage der Arbeiterklasse zusätzlich verschlechtert.

Warum war es nicht möglich, trotz starker Gewerkschaften all diese Angriffe abzuwehren? Und wie werden wir es schaffen, die noch größeren bevorstehenden Angriffe abzuwehren? Und wie kommen wir aus der Defensive in die Offensive? Eines ist klar: Bei voller Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis und mit einer entschlossenen Führung können die Gewerkschaften auch in der Krise alle Räder zum Stillstand bringen und ihren Willen durchsetzen. Die Stärke von Unternehmern und Regierung besteht einzig und allein in der relativen Passivität der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben heute genauso wenig wie die SPD ein klares Ziel, an dem sich der alltägliche Kampf orientieren



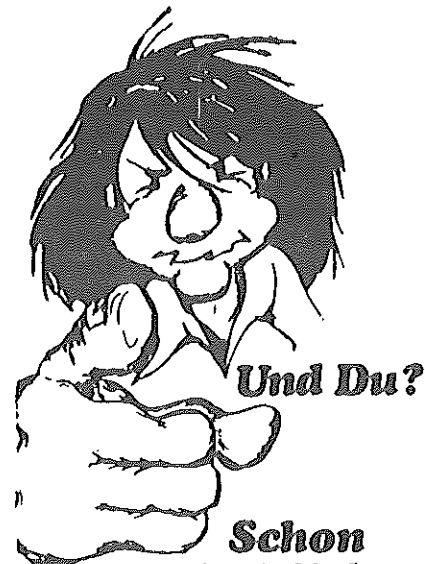
tiert. Zwar enthalten die meisten Grundsatzzprogramme ausdrücklich das Ziel einer anderen Wirtschaftsordnung und die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Aber dieses programmatische Ziel hat keinen Bezug zur alltäglichen Kleinarbeit. Wie in der SPD hat der Nachkriegsaufschwung dazu geführt, daß Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus gestärkt wurden. Man glaubte, es würde ausreichen, mit der Macht der Gewerkschaften zu drohen, um ständige Verbesserungen zu erreichen.

Die Gewerkschaften haben eher den Charakter von Versicherungen bekommen als von Kampforganisationen. Die Funktionäre arbeiteten im Geiste der Sozialpartnerschaft und im Vertrauen in den bürgerlichen Staat. Gleichzeitig haben sie sich von der Basis entfremdet durch hohe Gehälter. Gewerkschaftsvorsitzende verdienen heute locker 100.000 Mark im Jahr. Zusätzlich stecken sie oft noch saftige Aufsichtsratsantlemen ein. Wen wundert es dann, wenn Arbeiter und Gewerk-

und schreibe 524.000 Mark erhielt und darüber hinaus noch allerhand Geschäfte betrieb, um sein Gehalt „aufzubessern“.

Gewerkschaftsführer schämten sich nicht zuzugeben, daß sie Hunderttausende von Mark im sozialen Wohnungsbau anlegen. Früher hieß es in den Gewerkschaften: „Arm sein ist keine Schande.“ Heute heißt die Moral im Funktionsapparat „Reich sein ist keine Schande“. Und diese Einstellung hat Konsequenzen für die gesamte Organisation. „Wer wie ein Unternehmer verdient, der legt sein Geld wie ein Unternehmer an, und nach einer Weile denkt er wie ein Unternehmer.“ Auf diesen Nenner brachte es ein Delegierter einer Berliner Vertreter-Versammlung der IG Metall.

Natürlich sollten wirklich notwendige Überstunden und Spesen bezahlt werden. Doch manche Überstunde würde wegfallen, wenn die Multifunktionäre einige ihrer Funktionen, Parlamentssitze und Aufsichtsratsmandate abtreten würden. Die wirklichen Einkommen (samt aller Nebenverdienste) müssen endlich of-



Schon gewerkschaftlich organisiert ?

tigen Fragen und bei Wahlen. Oftmals wurden gegen den Vorstand Beschlüsse durchgesetzt.

Das Problem ist nur, daß gute Beschlüsse auf dem Papier nichts nützen, wenn der Vorstand nichts unternimmt, um sie umzusetzen. Das gilt z.B. für den Kampf für Arbeitszeitverkürzung. Nachdem die 35-Stunden-Woche auf Gewerkschaftskongressen seit 1974 gefordert wurde, legten sich die Vorstände erst mal quer. In manchen Gewerkschaften setzten rechte Führer den Vorruchstand als Alternative dagegen. Aber auf dem DGB-Kongreß 1978 konnte weder der DGB-Vorstand noch Vorstandmitglieder der Einzelgewerkschaften noch die Antragskommission die Forderung nach 35-Stunden-Woche als konkretes Ziel verhindern. Trotzdem arbeitete 10 Jahre später die Mehrheit der Beschäftigten noch immer 40 Stunden in der Woche.

Der DGB-Vorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften sind nicht bereit, einen vollen Kampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu organisieren. Kämpfe von Einzelgewerkschaften endeten mit faulen Kompromissen. Angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit müßte bereits der Kampf um die 30 oder 25-Stunden-Woche geführt werden. Diskussionen in diese



schaftsmitglieder Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Führer haben. Sitzen unsere Spitzenfunktionäre nicht in zu vielen bequemen Aufsichtsratsesseln? Haben sie sich nicht schon längst mit der kapitalistischen Marktwirtschaft arrangiert? Haben sie nicht den Kontakt zur Basis verloren? Kennen sie überhaupt noch unsere Arbeitsbedingungen aus eigener Erfahrung? Wissen sie, wie unsere Alltagsnöte und -probleme aussehen?

Wenn am Ende einer Tarifrunde die Kollegen sich wieder mal das Ergebnis betrachten, so kommt mancher nicht um die Feststellung herum, daß die eigene Führung wieder allzusehr vor dem Kapital nachgegeben hat. Zu Recht weisen sie darauf hin, daß diejenigen, die mit den „Arbeitgebern“ die Lohnprozente aushandeln, aus eigener Erfahrung gar nicht mehr wissen, wieviel für den Lebensstandard einer normalen Arbeiterfamilie auf dem Spiel steht.

Wenn sich gar einmal ein „normales“ einfaches Gewerkschaftsmitglied nach dem Einkommen seiner Spitzenfunktionäre erkundigt, wird es meistens nur eine ausweichende Antwort bekommen. Die Basismitglieder der Gewerkschaften waren geschockt, als bekannt wurde, daß der frühere Chef der Neuen Heimat, Albert Vietor ein Jahresgehalt von sage

fengelegt werden.

Wenn alle Funktionäre nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen würden, dann wäre die verschwundene Basisnähe fast schon automatisch wiederhergestellt.

Die Krise der Gesellschaft hat Bewegung in die Gewerkschaften gebracht. Viele Kolleginnen und Kollegen haben erkannt, daß die Gewerkschaft wieder zu einer echten Kampforganisation werden muß. Auf Gewerkschaftskongressen in den letzten Jahren kam es zu teilweise harten Auseinandersetzungen bei wich-



Richtung werden von oben abgeblockt. Es heißt: Es müßte erst die 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden. Und bei der heutigen Führung wird das Jahre dauern. Das heißt, daß die Gewerkschaftsführung Massenarbeitslosigkeit akzeptiert. Das zeigt sich auch bei der Haltung von IGM- und IGBE-Führung bei Massenentlassungen im Stahl- und Kohlebereich. Es wird kein konsequenter Kampf geführt um den Erhalt der Arbeitsplätze. Es wird anerkannt, daß es Überkapazitäten gibt und ein Arbeitsplatzabbau unverzichtbar sei. Bei den Kämpfen geht es dann nur noch um die Höhe der Sozialpläne.

Teilstreiks und Demonstrationen werden oft nur organisiert, um Dampf abzulassen. Sie sind aber nicht Teil einer Strategie zur vollen Durchsetzung einer Forderung. Das zeigt sich daran, daß oft völlig verzettelte Aktionen durchgeführt werden. Es gibt keine Versuche, durch einheitliches Vorgehen die Macht des ganzen DGB einzusetzen. Angriffe auf Gewerkschaftsrechte, staatliche Umverteilung zugunsten der Reichen und Sozialabbau waren harte Angriffe gegen die Arbeiter. Sie hätten eigentlich einer klaren Antwort bedurft, z.B. eines eintägigen Generalstreiks des DGB. Das hätte Unternehmer und Staat in die Knie gezwungen. Und es wäre auch ein hervorragendes Mittel, um den Arbeitern ihre Stärke bewußt zu machen.

Auf die Dauer wird aber kein noch so rechter Gewerkschaftsführer Massenstreiks verhindern können. Irgendwann werden es die Mitglieder satt haben, durch inkonsequente Aktionen Dampf abzulassen. Sie werden Kämpfe fordern, die wirklich was bewegen. Je mehr die

Gewerkschaftsbürokratie zum Bremsklotz der Bewegung wird, desto mehr werden Forderungen nach Demokratisierung der Gewerkschaften und nach Kontrolle von unten aufkommen.

Viele Kolleginnen und Kollegen kritisieren bereits heute, daß Vorstände in Tarifrunden zuviel zu sagen haben. Sie legen fest, ob, wann und wo eine Urabstimmung durchgeführt wird. Für den Streik braucht man laut Satzung der IG Metall eine Mehrheit von 75%, aber für die Annahme eines Ergebnisses, d.h. Streikabbruch, nur 25% der Stimmen.

In der Vergangenheit wurden innergewerkschaftliche Kritiker oft mundtot gemacht. Besonders die Gewerkschaftsju-

gend wurde von oben mit bürokratischen Mitteln auf Vorstandslinie gehalten, was vielen Jugendlichen das Interesse an Gewerkschaftsarbeit verdorben hat. Anhänger und Mitglieder von linken Gruppen oder innergewerkschaftliche Oppositionsgruppen bei Betriebsratswahlen wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, während CDU-Mitglied und Anti-Gewerkschaftsminister Norbert Blüm noch immer Gewerkschaftsmitglied ist.

Um für die sich verschärfenden Klassenkämpfe gewappnet zu sein, ist es unbedingt erforderlich, daß alle DGB-Gewerkschaften voll und ganz demokratisiert werden.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Für stärkere Einbeziehung aller Mitglieder in die innergewerkschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Für durchsichtige Strukturen und freien Informationsfluß.
- ▶ Öffnung aller DGB-Gewerkschaften für Arbeitslose und volle Integration als aktive Mitglieder.
- ▶ Für das Recht auf freie innergewerkschaftliche Kritik! Keine Disziplinierungsmaßnahmen mehr gegen kritische Kollegen! Schluß mit Ausschlußverfahren gegen Kritiker! Wiederzulassung ausgeschlossener Mitglieder in die Gewerkschaften! Für demokratische Einheitsgewerkschaften!
- ▶ Schluß mit Ämterhäufung! Keine allmächtigen Multifunktionäre mehr.
- ▶ Volle Rechenschafts- und Auskunftspflicht aller Funktionäre und Vertreter (z.B. in Tariffunktionen) gegenüber ihrer Basis.
- ▶ Für die Umwandlung aller Funktionen (z.B. hauptamtliche IGM-Bezirksleiter) in Wahlfunktionen. Wählbarkeit und Abwählbarkeit aller Funktionäre durch die entsprechende Basis.
- ▶ Die Bezahlung hauptamtlicher Funktionäre darf einen durchschnittlichen tariflichen Facharbeiterlohn der entsprechenden Branche nicht übersteigen. Gehaltssteigerungen für Funktionäre nur im gleichen Umfang, wie sie in den jeweiligen Tarifrunden erkämpft werden. 100%ige Abführung aller Nebenverdienste (aus Aufsichtsratsantienemen, Parlamentsdiäten etc.)
- ▶ Entscheidung über alle Kampfmaßnahmen durch eine Urabstimmung, bei der eine einfache Mehrheit entscheidend ist!

Unser Verhältnis zu den Grünen

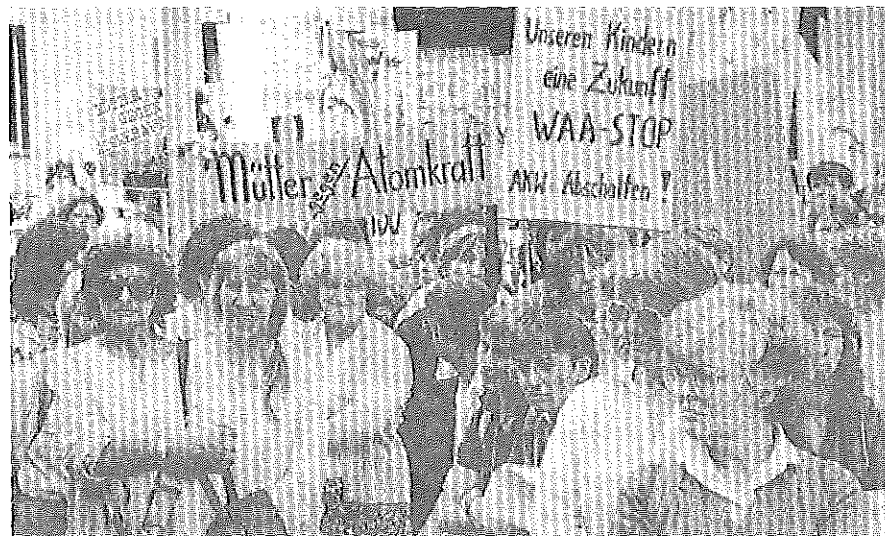
Als 1980 die Grünen entstanden, wurden sie von vielen Jugendlichen als echte Alternative zu SPD und Jusos betrachtet. Und tatsächlich waren Grüne-Abgeordnete die einzigen, die den Protest und die Stimmung kritischer Jugendlicher in den Parlamenten zum Ausdruck brachten.

Aber heute sind die Hoffnungen in die Grünen als Partei links von der SPD stark erschüttert. Wahlverluste, Flügelkämpfe, drohende Spaltung, Tendenzen zur Anpassung an das herrschende System sind Ausdruck davon, daß die Grünen als reine Anti-Partei, die nur vom Versagen der SPD und Jusos lebt, keine dauerhafte Stabilität bekommen können.

Der Traum mancher Grüner, daß ihre Partei die „SPD als historische Antwort auf den Konservatismus ablösen“ könnte, ist vorbei. Die SPD hat eine Tradition und eine Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung, wie sie die Grünen nie erreichen können und die auch nicht ernsthaft von den Grünen gebrochen werden kann. Aber eine Partei, die nicht

die Aussicht hat, irgendwann die Mehrheit hinter sich zu bekommen, kann auch ihr Programm nicht in die Praxis umsetzen.

Und eigentlich ist das Programm der Grünen nicht mal ein Ausweg aus der Misere. Es enthält viele Reformforderungen, die begrüßenswert sind, aber auch



Die Hoffnungen in die Grünen als Partei links von der SPD sind erschüttert.

viele reaktionäre Forderungen. Selbst wenn man die positiven Forderungen herausgreift, bleibt der Weg offen, wie sie durchgesetzt werden sollen. Auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft können sie nicht durchgesetzt bzw. abgesichert werden. Nötig ist eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Aber das wollen die Grünen nicht, sie haben kein sozialistisches Programm.

Die Konsequenz wird sein, daß sich die Grünen, dort wo sie in die Regierungsverantwortung kommen, immer mehr in die kapitalistischen Sachzwänge verstricken, bis schließlich kein Unterschied mehr ist zu rechtssozialdemokratischer Politik. Joschka Fischer argumentierte z.B. als zeitweiliger Umweltminister in Hessen in Sachen Sondermüll genauso wie sozialdemokratische Minister mit den sogenannten Sachzwängen.

Viele Grün-Wähler und auch SPD-Mitglieder glaubten, über die Grünen könnte die SPD nach links gedrückt werden. Das war eine fatale Fehleinschätzung, die in Hessen zu einer CDU/FDP-Regierung und in Hamburg zu einer Neuaufgabe der sozialliberalen Koalition geführt hat.

Richtig ist, daß sich die SPD erst än-

dern muß, um mit ihr was zu verändern. Und hier liegt der springende Punkt: Die SPD verändert sich nicht automatisch, nicht von alleine und nicht durch die Existenz der Grünen.

Es gibt nicht den einfachen, bequemen Weg über Proteststimmen für die Grünen, um damit die SPD nach links zu schieben. Denn es stellt sich die Frage, wer dann in der SPD diesen Druck von links aufgreifen und für die Umsetzung solcher Politik sorgen soll, wenn nicht ein schlagkräftiger sozialistischer Flügel. Ginge es allein nach der Parteirechten, so würde sie in einem entsprechenden Fall die Zusammenarbeit mit CDU oder FDP vorziehen.

In Hamburg hat sich Anfang 1987 gezeigt, wie die Parteirechte mit 7 bis 10% Grünstimmen umgeht: erst rot-schwarze Zusammenarbeit und dann Koalition mit der rechten FDP. Manche Hamburger, die bei den Bürgerschaftswahlen die GAL gewählt hatten, waren wohl geschockt darüber, daß sie genau das Gegenteil von dem bewirkten, was sie wollten. Deshalb ist der beste Weg den bürgerlichen Parteien den Weg zur Regierungsmacht zu versperren, der Kampf für eine absolute Mehrheit für die SPD.

Gut, aber wer garantiert, daß die SPD

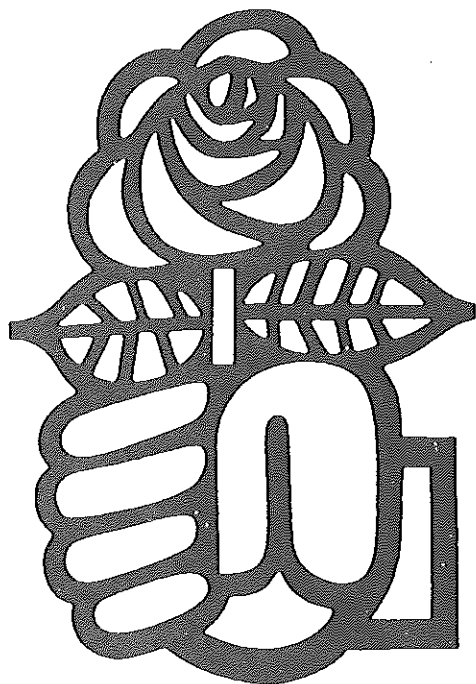
eine andere Politik macht als die CDU? Schließlich hat der Sozialabbau schon unter sozialliberaler Koalition angefangen. Die Politik von SPD-regierten Ländern oder Städten unterscheidet sich kaum oder überhaupt nicht von der der CDU.

Richtig: Deshalb reicht es eben nicht aus, nur zu wählen. So wichtig es aus den genannten Gründen ist, der SPD die Stimme zu geben, muß klar sein: Parlamentswahlen sind nicht das Entscheidende, um für seine Interessen zu kämpfen. Noch wichtiger ist es, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein“ (Marx).

Die Mitgliedschaft von DGB und SPD ist die entscheidende Kraft in der Gesellschaft, die etwas verändern kann. Wenn ihre Organisationen in einem schlechten Zustand sind, kann die Konsequenz nicht sein, neue aufzubauen oder zu den Grünen zu gehen, sondern die bestehenden Organisationen in echte Kampforganisationen zu verwandeln! Wer einen Linksrutsch der SPD, wer klare sozialistische Politik von ihr will, kommt nicht umhin, in der Partei um entsprechende Mehrheiten zu kämpfen.

Für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm

Für einen kämpferischen sozialistischen Juso-Verband



Die SPD ist die traditionelle Partei der deutschen Arbeiterklasse. Sie wurde als politisches Kampfinstrument der Arbeiter zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gegründet. Doch viele ihrer marxistischen Traditionen sind verschüttet, Chancen zur sozialistischen Veränderung wurden mehrfach in der Geschichte vertan, das sozialistische Ziel ist heute nicht erreicht, viele in der Partehierarchie sehen die Partei eher als Selbstzweck denn als Kampfinstrument.

Besonders in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg machte sich die Auffassung breit, daß kapitalistischer Aufschwung und Wirtschaftswunder ewig anhalten würden und dauerhafte Verbesserungen für die Arbeiterklasse auf Grundlage des Kapitalismus möglich seien.

Als die SPD/FDP-Koalition 1969 an die Regierung kam, begann sie auch zunächst mit einem schwingvollen Reformprogramm, das der SPD noch 1972 ein herausragendes Wahlergebnis bescherte. Doch mit dem Einbruch der

Weltwirtschaftskrise 1974/75 ging diese Periode zu Ende. Es begann ein schleichender Reformabbau und damit ein Niedergang der Popularität und des Wähleranhangs, die schließlich 1982/83 die Kohlregierung an die Regierung brachten.

Sicher, die FDP war der Wachhund des Kapitals in der sozialliberalen Koalition. Mit ihr zusammen war und ist ohnehin keine konsequente Politik im Interesse der Arbeiter und Jugend machbar. Es bedarf einer absoluten Mehrheit der SPD. Doch ein Blick auf andere Länder zeigt, daß auch dies allein nicht ausreichend ist. In verschiedenen Ländern (u.a. Frankreich, Griechenland, Spanien, Großbritannien, Schweden, Österreich) hatte die Sozialdemokratie schon satte Parlamentsmehrheiten und betrieb dennoch eine Politik des Reformabbaus und der kapitalistischen Krisenverwaltung zu Lasten der Arbeiterklasse.

Daraus müssen die Lehren gezogen werden. Die Sozialdemokratie braucht ein klares sozialistisches Programm. Für

die Durchsetzung von Reformen gegen das Kapital muß mobilisiert werden. Damit Reformen dauerhaft abgesichert werden können, müssen sie mit dem Kampf für eine sozialistische Veränderung verbunden werden. Die SPD muß bei Wahlen um eine Mehrheit für ein solches Programm kämpfen. Es kann aber nicht per Stimmzettel und Parlamentsmehrheit umgesetzt werden. Dazu muß die SPD im Schulterschluß mit den Ge-

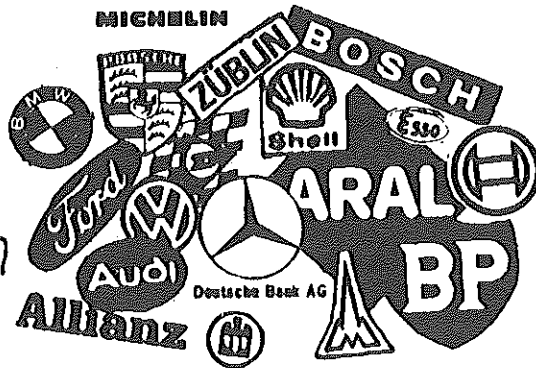
der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Jugendliche ergriffen die Initiative zum Protest gegen allerlei Mißstände in der Gesellschaft.

Aber viele dieser Bewegungen sind bislang an den Jungsozialisten vorbeigegangen. Es ist nicht gelungen, vielen gegen einzelne Mißstände aktiv gewordenen Jugendlichen eine sozialistische Gesamtperspektive aufzuzeigen und sie bei den Jusos zu organisieren. Bislang



Großes liegt vor uns

es gibt viel zu sozialisieren



Packen wir's an!

werkschaften ihre Mitglieder, Anhänger und Wähler, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung mobilisieren.

Jede andere Politik führt letztenendes zur Kapitulation vor den Sachzwängen eines krisenhaften Kapitalismus und letztlich zu Niederlagen. Wir müssen daher für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm und einer kämpferischen, marxistischen Führung eintreten, die für dieses Programm die Arbeiterklasse mobilisiert und es entschlossen umsetzt. Dafür ist der Aufbau eines starken marxistischen Flügels in der Partei nötig.

Die Jungsozialisten als linke Jugendorganisation der SPD können hierbei eine Schlüsselrolle spielen. Die Jusos sind die größte politische Jugendorganisation in der BRD. Ende 1986 waren 186.000 SPD-Mitglieder im Juso-Alter, dh. jünger als 35 Jahre. Etwa 35.000 davon sind aktiv in Juso-Arbeitsgemeinschaften, Schüler- oder Hochschulgruppen. Bei den Jusos sind also soviel Jugendliche aktiv, wie die Grünen insgesamt Mitglieder haben.

Das politische Klima und die Stimmung unter den Jugendlichen hat in den letzten Jahren objektiv bessere Bedingungen geschaffen für die Stärkung der Jungsozialisten. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und politischen Situation hat besonders unter der Jugend stark zugenommen. Noch nie waren so viele Jugendliche politisch aktiv. Die Jugend stellte den Großteil der Aktivisten in

gibt es auch immer noch zu wenig Arbeiterjugendliche bei den Jusos.

Die Jungsozialisten verstehen sich nicht nur als Jugendorganisation, sondern auch als ein sozialistischer Richtungsverband in der SPD, das heißt, sie wollen Impulse für eine sozialistische Politik in die Partei tragen. Doch eine umfassende, klare sozialistische Alternative zur gegenwärtigen Politik der Parteiführung muß auch bei den Jusos erst noch entwickelt werden.

Diese Schwächen in Theorie und Praxis gilt es zu überwinden. VORAN ruft alle Jugendlichen auf, daran aktiv mitzuwirken. Diese Broschüre und der Kampf um die darin enthaltenen Forderungen sollen einen Beitrag dazu leisten.

Helft mit, Mehrheiten für sozialistische

- ▶ Diskutiert dieses Programm.
- ▶ Werdet aktiv bei den Jusos und helft mit beim Aufbau eines starken marxistischen Kampfverbandes der arbeitenden und lernenden Jugend.
- ▶ Kämpft mit für eine SPD-Alleinregierung mit sozialistischem Programm.

Forderungen zu erkämpfen und auf dieser Grundlage Jugendliche bei den Jusos und in der SPD zu organisieren.

Ein sozialistisches Programm muß von Jungsozialisten durch aktive Außenarbeit auf der Straße, vor Betrieben, Lehrwerkstätten, Schulen und Hochschulen an die Jugend herangetragen werden. Die Forderungen müssen Bestandteil von Kampagnen um bestimmte Fragen sein.

Es muß eine Atmosphäre geschaffen werden, die zeigt, daß die Probleme der Lehrlinge, arbeitslosen Jugendlichen und Jungarbeiter an erster Stelle stehen. Jungarbeiter/innen müssen sich bei den Jusos wohlfühlen können. Umorientierung der Jusos auf die Arbeiterjugend muß heißen, daß die Fragen des Alltagslebens (Arbeitsleben, Arbeitslosigkeit, berufliche Bildung, Wehr- und Zivildienst, Wohnungsnot usw.) in den Mittelpunkt der Juso-Arbeit rücken. Lehrlinge und junge Berufstätige müssen zu Wort kommen, aus ihren Erfahrungen berichten.

Nur aus dem Marxismus und einer klaren sozialistischen Perspektive kann auch eine sozialistische Orientierung für die praktische Juso-Arbeit erwachsen, und nur so kann der Verband zu einer Kampforganisation der arbeitenden und lernenden Jugend werden. Und ein starker marxistischer Juso-Verband ist die beste Voraussetzung dafür, daß wir in der gesamten SPD eine Mehrheit für ein sozialistisches Programm bekommen. Denn: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.



Liebe Leser!

Ihr habt jetzt unsere Forderungen und Ziele kennengelernt.
Vielleicht habt Ihr noch Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge?
Dann laßt uns dies wissen.

Vielleicht möchtet Ihr mit anderen Genossen, Kollegen und Freunden
darüber diskutieren? Dann fordert noch weitere Exemplare an.

Vielleicht möchtet Ihr direkt mit einem Redaktionsmitglied von Voran
über unser Programm reden? Dann nehmt mit uns Kontakt auf,
und fordert einen Referenten von Voran an, der Rede und Antwort stehen kann.
Unser Programm ist nicht nur zum Lesen da. Laßt es uns gemeinsam durchsetzen!

Redaktion Voran, 5000 Köln 1, Hansaring 4, Telefon 0221 / 1345 04

Ich möchte weitere Informationen über **VORAN**

eine Liste weiterer Voran-Veröffentlichungen

ein Probe-Exemplar der Zeitung

.....
Vorname

.....
Name

.....
Straße

.....
Ort

.....
Telefon

Ich möchte

****VORAN** unterstützen und**

Voran abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60

Voran weiterverkaufen und bestelle Exemplare
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein Voran-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Bitte einsenden an:
Voran, Hansaring 4, 5000 Köln 1

